

# **Anträge**

**zum Bezirksparteitag**

**am 18. Juni 2016**

**in Frankfurt**

**SPD** Bezirk Hessen-Süd

**Herausgeber: SPD-Bezirk Hessen-Süd**

**Textverarbeitung: SPD-Bezirk Hessen-Süd**

Die Anträge der Unterbezirke und Arbeitsgemeinschaften  
wurden durch e-mail übermittelt und unverändert übernommen

**Druck: SPD-Hausdruckerei**

**Frankfurt am Main, Mai 2016**

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>Antragsgruppe A</b> Organisation – Parteien – Verbände	Seite	5
<b>Antragsgruppe B</b> Wirtschaft – Finanzen	Seite	21
<b>Antragsgruppe C</b> Sozialpolitik	Seite	28
<b>Antragsgruppe D</b> Bildungspolitik	Seite	54
<b>Antragsgruppe E</b> Innenpolitik, Rechtspolitik – Kommunalpolitik	Seite	56
<b>Antragsgruppe F</b> Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik	Seite	63
<b>Antragsgruppe G</b> Europa	Seite	78
<b>Antragsgruppe H</b> Verkehr- Energie – Umwelt - Landwirtschaft -	Seite	85



# Antragsgruppe A

## Organisation – Parteien - Verbände

### A 1

#### (Bezirksvorstand)

#### Mehr Gerechtigkeit wagen

##### 1. SozialdemokratInnen werden gebraucht

Die Vielfalt und das Gewicht der politischen Probleme, die derzeit gleichzeitig auf der Tagesordnung stehen, führen zu Angst und Verunsicherung bei großen Teilen der Bevölkerung.

- Die zunehmende Ungleichheit wirft die Frage nach mehr Gerechtigkeit immer schärfer auf.
- Neue Studien über mögliche Armutsentwicklungen und die Krise der privaten Altersvorsorge machen die Frage einer auskömmlichen Rente erneut aktuell.
- Der Umbau der Arbeitsgesellschaft bei zunehmender Digitalisierung sorgt für Zukunftsängste der Beschäftigten.
- Es gelingt nicht, die Langzeitarbeitslosigkeit ernsthaft abzubauen.
- Die unveränderte soziale Auslese bei der Bildung bremst sozialen Aufstieg aus.
- Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen besonders in den Ballungsräumen belastet die verfügbaren Einkommen mit hohen Mieten.
- Europa droht unter der Politikunfähigkeit seiner Regierungen zu zerbrechen.
- Neuer Nationalismus breitet sich aus in ganz Europa.
- Der Klimawandel entwickelt sich noch immer relativ ungebremst
- Die Not aus Krieg, Armut und Klimawandel erreicht Nordeuropa in Gestalt von Flüchtlingsströmen.
- Kriegerische Konflikte und scheiternde Staaten sind nur mühsam unter Kontrolle zu bringen.
- Gleichzeitig formiert sich in Deutschland erfolgreich eine neue rechtspopulistische Partei, die auf Abschottung und Ausgrenzung setzt.

Fragt man die vielen, die heute nicht mehr wählen gehen, dann warten sie sehnsüchtig darauf, dass eine Partei all diesen Entwicklungen entschieden entgegentritt. In einigen Ländern Südeuropas haben sich neue linke Gruppierungen gebildet. In Deutschland ist das noch nicht der Fall. Es bleibt bei der Linkspartei, deren Politikkonzepte bisher eher vergangenheitsorientiert sind.

Die SozialdemokratInnen werden so dringend gebraucht, wie seit langem nicht mehr. Und sie sind auch in der Lage, Antworten zu geben. Auf der Basis unserer Grundwerte und gestützt auf eine lange Geschichte haben eine Reihe von Gliederungen, wie die beiden hessischen Bezirke, der Landesverband Schleswig-Holstein und eine Reihe von anderen Gliederungen politische Konzepte entwickelt, um die einzelnen Probleme

1 anzugehen. Jetzt gilt es, diese Konzepte zusammenzuführen und auf dieser Basis eine  
2 klare wertorientierte Politik umzusetzen.

## 3 4 **2. Unsere Aufgabe: Mehr Gerechtigkeit**

5  
6 Der Wertekompass der SPD - Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität - verpflichtet uns  
7 zu einer Politik für mehr Gerechtigkeit, dies ist Identitätskern der Sozialdemokratie.  
8 Unsere politische Glaubwürdigkeit und mithin die Möglichkeit künftiger  
9 Regierungsmehrheiten unter sozialdemokratischer Führung hängen deshalb  
10 maßgeblich davon ab, ob unsere Politik in den Augen unserer Wählerinnen und Wähler  
11 einen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit leistet. Dies gilt nicht nur im nationalen Rahmen,  
12 sondern ebenso im europäischen Kontext und im globalen Maßstab.

13  
14 Wir SozialdemokratInnen wissen, Gerechtigkeit muss immer wieder neu erkämpft  
15 werden. In den letzten Jahrzehnten haben die Privilegierten in unserer Gesellschaft  
16 ihren zunehmenden Vorsprung an Vermögen, Einkommen und politischem Einfluss  
17 auch dadurch verteidigt, dass sie versucht haben, immer neue Spaltungslinien in der  
18 Gesellschaft zu schaffen. Jung gegen alt, Beschäftigte gegen Arbeitslose, Deutsche  
19 gegen Ausländer, immer neue Debatten wurden angezettelt. Damit konnten nicht nur  
20 gemeinsame Angriffe gegen bestehende Privilegien reduziert werden, gleichzeitig  
21 wurde auch der soziale Zusammenhalt in unserer Gesellschaft beschädigt. Entlang der  
22 Spaltungslinien versucht jetzt die AfD politische Mehrheiten zu organisieren.

23  
24 Voraussetzung sowohl für neue Mehrheiten für die SPD als auch für ein  
25 Zurückdrängen der AfD sind klare politische Grundlinien, die mehr Gerechtigkeit  
26 herstellen. Es geht nicht um jedes einzelne Instrument, aber es geht um ein  
27 Steuersystem, das die bestehende Ungleichheit schrittweise reduziert und das so  
28 gestaltete ist, dass es zukünftige Ungleichheit verhindert. Es geht um eine  
29 Alterssicherung, die einem normalen Arbeitnehmer ein menschenwürdiges Alter  
30 ermöglicht, und es geht um ein Bildungssystem, das keine soziale Selektion mehr  
31 kennt.

32  
33 Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen.  
34 Dies bedeutet, dass nicht nur finanzielle Ressourcen, sondern auch Chancen und  
35 Risiken gesellschaftlich gerecht verteilt sein müssen. Nicht gemeint ist Gleichmacherei  
36 – im Gegenteil! Nur vor dem Hintergrund gerechter Verteilung ergibt sich Raum für die  
37 Entfaltung individueller Fähigkeiten und Potenziale. Folglich dürfen natürliche  
38 Ungleichheit und soziale Herkunft niemals zum sozialen Schicksal werden. Der Markt  
39 allein leistet keine gerechte Verteilung von Ressourcen, Chancen und Risiken. Dazu  
40 bedarf es einer zielgerichteten Verteilungspolitik und eines aktiven und starken  
41 Staates.

## 42 43 **3. Bildung und Infrastruktur sind Investitionen in die Zukunft**

44  
45 Große Herausforderungen lassen sich nicht länger leugnen oder einfach in die Zukunft  
46 verschieben. Um den Wohlstand und die Qualität des Wachstums in Deutschland zu  
47 sichern, stehen wir vor enormen Zukunftsinvestitionen in die Bildung und die öffentliche  
48 Infrastruktur, in die Finanzierung der Energiewende und der Handlungsfähigkeit der  
49 Kommunen, in eine Renaissance des sozialen Wohnungsbaus in den Ballungszentren,  
50 in die Vermeidung von Altersarmut und Pflegenotstand und nicht zuletzt in die  
51 Beseitigung des angehäuften Atommülls. Zugleich sind nach Einführung des  
52 Mindestlohns die Entgeltgleichheit, also gleicher Lohn für Männer und Frauen für  
53 gleiche Arbeit unaufschiebbar geworden.

1 Zur sozialdemokratischen Politik gehörte immer auch das Versprechen von  
2 persönlichem Aufstieg. Eingelöst werden kann dieses Aufstiegsversprechen aber nur  
3 in einer solidarischen Gesellschaft, die auch reale Chancen auf dem Arbeitsmarkt  
4 bietet, ein hochwertiges, kostenloses, für alle Bevölkerungsschichten offenes und  
5 durchlässiges Bildungssystem zur Verfügung stellt und über einen Sozialstaat verfügt,  
6 der die existenziellen Lebensrisiken absichert. Beim Aufstiegsversprechen der  
7 Sozialdemokratie geht es um die Befreiung der individuellen Lebenschancen von den  
8 Zufälligkeiten der sozialen Herkunft oder des Geschlechts. Es ging immer um  
9 individuelle Leistung und soziale Sicherheit in einer Gesellschaft, in der Politik mehr  
10 Verteilungsgerechtigkeit und einen intakten Sozialstaat gewährleistet.

11  
12 Schon heute kann die Finanzkraft des Staates mit diesen vor uns liegenden Aufgaben  
13 nicht mehr mithalten. Im Gegenteil: Der Staat ist heute kaum noch in der Lage seine  
14 kaputten Straßen und Brücken zu reparieren. Und inmitten unserer reichen  
15 Gesellschaft wächst die Kluft zwischen oben und unten, arm und reich, zwischen den  
16 Erfolgreichen und den Abgehängten. Die Armut wird immer mehr zum Thema. Die  
17 Armut von Kindern. Die Armut von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und  
18 Rentnerinnen und Rentnern, die von ihrem Lohn oder ihrer Rente nicht leben können.  
19 Aber auch in der so genannten Mittelschicht wachsen der wirtschaftliche Druck und die  
20 Ängste vor dem sozialen Abstieg. Der bisher breite Konsens über Kernbestandteile  
21 einer sozialen Marktwirtschaft, wie die Sozialpartnerschaft oder das Verständnis, dass  
22 es in unserer Gesellschaft einigermaßen gerecht zugehen muss, erodieren zusehends.  
23 Eine Politik für mehr Gerechtigkeit leistet beides, Abbau der Ungleichheit und die  
24 Bereitstellung der notwendigen Mittel für Zukunftsinvestitionen.

#### 25 26 **4. Gerechtigkeit und Zusammenhalt**

27  
28 Gerechtigkeit und Zusammenhalt bedingen einander. In einer Gesellschaft, in der die  
29 einen sich mehr Bildung, mehr Gesundheit, mehr Bildung und manchmal mehr  
30 politischen Einfluss kaufen können, während die anderen mit unterfinanzierten  
31 öffentlichen Einrichtungen zurecht kommen müssen, bleibt der Anspruch nach  
32 Gerechtigkeit unerfüllt und der für gemeinsame Lösungen notwendige Zusammenhalt  
33 wird immer mehr geschwächt. Die SPD bleibt der Gerechtigkeit verpflichtet und  
34 unternimmt eigene Anstrengungen, um den Zusammenhalt in Deutschland zu stärken.  
35 Personaldebatten ersetzen diese Anstrengungen nicht.

36  
37 In der Demokratie brauchen wir Mehrheiten für unsere Politik, das heißt eine  
38 umfassende Zustimmung durch die Bürgerinnen und Bürger. Eine Sozialstaatspolitik,  
39 die auf die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und den Schutz der sozial  
40 Schwächeren zielt, braucht die Unterstützung der Mittelschicht. Die Erfahrung zeigt,  
41 dass die Zustimmung für eine wirksame Sozialstaatspolitik in  
42 der Mittelschicht unter folgenden Bedingungen wächst:

- 43  
44 •wenn es bei der Verteilung der Lasten tatsächlich gerecht zugeht, die wirklich starken  
45 Schultern also mehr tragen als die schwächeren,  
46 •wenn die sozialen Sicherungssysteme und Dienstleistungen tatsächlich effizient und  
47 von guter Qualität sind und  
48 •wenn die Angehörigen der Mittelschicht sich selbst in sozialen Notlagen gut gesichert  
49 fühlen.

50  
51 Das bedeutet: Die Bürgerinnen und Bürger der Mittelschicht werden einer  
52 Sozialstaatspolitik nur dann mehrheitlich zustimmen, wenn sie einen glaubhaften und  
53 wirksamen Versicherungs- und Risikoschutz für die existenziellen Risiken des  
54 Lebens bietet, von denen auch sie selbst betroffen sein könnten. Dann aber darf von  
55 ihnen nicht verlangt werden, im Falle eigener Arbeitslosigkeit oder Krankheit, erst das

1 eigene Vermögen aufzulösen oder sich diskriminierenden Bedürftigkeitsprüfungen zu  
2 unterziehen.

3  
4 Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen sind überzeugt: Man darf die Dinge nicht  
5 so hinnehmen wie sie sind. Man kann sie verändern. Eine linke Volkspartei muss sie  
6 verändern.

### 7 8 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

9  
10 Annahme: erledigt durch:  
11 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:  
12 Überweisung an: Nichtbefassung:  
13  
14  
15

## 16 **A 2**

### 17 18 **(Jusos Hessen-Süd)**

#### 19 20 **Wir wollen Freiheit, Gleichheit, Solidarität:** 21 **Geschlechtergerechtigkeit jetzt!**

#### 22 23 **„Sozialdemokratie“ steht für „Gerechtigkeit“**

24 Die Sozialdemokratie stand schon immer für soziale Gerechtigkeit. Gerechtigkeit, das  
25 ist die Gesamtheit der wechselseitigen Ansprüche und Verbindlichkeiten, der Rechten  
26 und Pflichten, die Menschen gegeneinander haben. Weil wir soziale Wesen sind und in  
27 Gemeinschaften leben, müssen wir Regelungen finden, um die Güter und Lasten  
28 unseres sozialen Zusammenlebens gerecht und solidarisch zu verteilen. Übersetzt  
29 bedeutet das: Wir wollen, dass wir anerkannt werden (in unserer Leistung und unseren  
30 Fähigkeiten, aber auch jenseits dessen), unsere Bedürfnisse ernstgenommen und  
31 befriedigt, und Belastung und Verantwortung auf vielen Schultern verteilt werden.

32 Wir wollen Freiheit und Gleichheit - die Freiheit zu unterschiedlichen (und z.B.  
33 nicht nach Geschlecht) vorgezeichneten Seins- und Lebensweisen, basierend auf  
34 Gleichheit in der Verteilung von Anerkennung und Ressourcen. Das bedeutet für uns  
35 Gerechtigkeit. Viel zu oft wurden und werden dabei jedoch Geschlechterfragen  
36 ausgeblendet. Wenn es uns also ernst ist mit Prinzipien universaler Freiheit und  
37 Gleichheit – die nunmal auch für Frauen, Trans\* und Inter\*Menschen, Arme,  
38 sogenannte ‚Bildungsschwache‘, Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung und  
39 Menschen *of Color* gelten – „wird nichts weniger auf der Tagesordnung stehen als die  
40 Restrukturierung, um nicht zu sagen Revolutionierung aller Bereiche der Gesellschaft.“  
41 (Klinger 1994) Das Ziel, Gerechtigkeit anzustreben und erlangen zu können, wird sonst  
42 nicht gelingen können.  
43

#### 44 **Geschlechtergerechtigkeit – Gleichheit, Differenz und Dekonstruktion zusammen** 45 **denken**

46 Oft lassen sich die den geschlechterpolitischen Debatten zugrunde liegenden  
47 Forderungen– vereinfachend dargestellt – den Aspekten Gleichheit, Differenz und  
48 Dekonstruktion zuordnen. Um der Komplexität der Frage der Geschlechtergerechtigkeit  
49 gerecht zu werden, ist es notwendig, die verschiedenen Aspekte nicht als Gegensätze,  
50 sondern als verschiedene Perspektiven auf das gleiche Spannungsfeld zu betrachten.  
51 Denn „Differenz ohne Gleichheit bedeutet gesellschaftlich Hierarchie, kulturell  
52 Entwertung, ökonomisch Ausbeutung. Gleichheit ohne Differenz bedeutet Assimilation,  
53 Anpassung, Gleichschaltung, Ausgrenzung des ‚Anderen‘.“ (Prenzel 1990)  
54

1 **1. Wir wollen Gleichheit: Gleiches Recht auf Ressourcen, Einflussmöglichkeiten**  
2 **und Wertschätzung für unterschiedliche Lebensweisen**

3 Ein Gleichheitsansatz vertritt die Auffassung, dass Menschen – unabhängig ihres  
4 Geschlechts – gleiche Rechte, Einflussmöglichkeiten und Wertschätzung erhalten  
5 sollen. Er nimmt insbesondere materielle Ungleichheiten in den Blick, so  
6 beispielsweise die Aufteilung in einen ‚privaten‘ Bereich der Fürsorge- und  
7 Haushaltsarbeit (Reproduktionsarbeit) und einen ‚öffentlichen‘ Bereich der  
8 Erwerbsarbeit (Produktionsarbeit). Durch eine derartige Aufteilung und  
9 geschlechtsspezifische Arbeitsteilung kommt es zu einer Benachteiligung von Frauen\*  
10 im Erwerbsleben, bei Einkommen, beruflichen Positionen und hinsichtlich ihrer sozialen  
11 Sicherheit – während sie gleichzeitig unbezahlte ‚weibliche‘ Fürsorge- und  
12 Haushaltsarbeit leisten, z.B. die Betreuung und Erziehung von Kindern, die Pflege alter  
13 oder kranker Menschen und die Erhaltung der körperlichen und psychischen  
14 Gesundheit ihrer Mitmenschen.

15  
16 **2. Wir wollen Differenz: Verschiedene Lebensweisen anerkennen**

17 Nur für sich genommen birgt der Gleichheitsansatz die Gefahr, das Leben von  
18 Menschen einer männlichen Norm zu unterwerfen: So ist es *wertvoller* 40 Stunden pro  
19 Woche zu arbeiten, stets anpassungsfähig, autonom, flexibel und mobil, konkurrenz-  
20 und gewinnorientiert, durchsetzungs- und leistungsfähig zu sein als sich um die  
21 eigenen Mitmenschen zu kümmern, emotional zu reagieren und dem kapitalistischen  
22 Leistungsdogma zu widersprechen. In diesem Sinne hebt ein Differenzansatz die  
23 symbolische Dimension geschlechtsbezogener Ungerechtigkeit hervor: Die Dominanz  
24 des Männlichen und Unterordnung des Weiblichen in der symbolischen  
25 Geschlechterordnung drücken sich in Androzentrismus (die mit Männlichkeit  
26 assoziierten Eigenschaften und Verhaltens-, Denk- und Seinsweisen als Norm für das  
27 Allgemeinmenschliche zu setzen, an dem gemessen Frauen ‚das Abweichende,  
28 Andere‘ sind) und Sexismus aus als Grundstrukturen einer hierarchischen  
29 Geschlechterordnung, die als historisches Erbe bis heute wirkmächtig sind. Denn  
30 unsere bewussten und unbewussten Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit  
31 tragen zur Zementierung von struktureller Geschlechterungleichheit bei, indem sie  
32 Lebensformen und Lebensentscheidungen geschlechtlich vorstrukturieren.

33 Gleichheit ist also nicht in der Angleichung der untergeordneten an die  
34 privilegierte Seite zu erlangen, nicht durch die Anpassung von Frauen an männlich  
35 assoziierte Eigenschaften, Verhaltensmuster, Werthaltungen und Lebensformen.  
36 Vielmehr müssen wir auch das mit Männlichkeit Assoziierte als Norm hinterfragen.  
37 Gleichzeitig dürfen wir nicht Gefahr laufen – und Differenzansätze tendieren hierzu –  
38 traditionelle Vorstellungen, wie Frauen und Männer sind bzw. sein sollen, als natürliche  
39 Geschlechterdifferenz fortzuschreiben. Differenz bedeutet demnach — im Sinne einer  
40 Aufhebung — die Freiheit, unterschiedliche, aber nicht vorgegebene Seins- und  
41 Lebensweisen zu realisieren.

42  
43 **3. Wir wollen Dekonstruktion: Die Freiheit, anders zu sein**

44 Die Geschlechterordnung – die Aufteilung von Menschen in „Männer“ und „Frauen“ –  
45 ist insbesondere so wirkmächtig, weil sie „in den Köpfen und Körpern“ (Bourdieu 2005)  
46 verankert ist. Geschlecht wird gemeinhin als natürliche Grundtatsache angenommen:  
47 Es gibt Frauen und Männer und sie zeichnen sich durch einen natürlichen Unterschied  
48 aus, der sich in unterschiedlichen — spezifisch männlichen oder weiblichen —  
49 Charaktereigenschaften und gegensätzlichen Geschlechtsidentitäten niederschlägt  
50 (bspw. konkurrenzorientierte Männer und beziehungsorientierte Frauen). Dem ist, und  
51 das zeigt auch die Forschung, mitnichten so. Vielmehr handelt es sich bei Männlich-  
52 und Weiblichkeit um historisch und kulturell variierende Vorstellungen und Leitbilder.  
53 So gibt es auch heutzutage viele Kulturen, welche ein drittes Geschlecht oder mehrere  
54 zusätzliche Geschlechtskategorien und/oder die Möglichkeit des Geschlechtswechsels  
55 kennen.

1 Die naturalistische Annahme von Geschlecht als naturgegebenes und  
2 unverrückbares Identitätsmerkmal gründet vor allem in der Vorstellung, dass die  
3 biologischen Fortpflanzungsfunktionen das bestimmende Fundament der  
4 Geschlechterdifferenz sind. Durch Heterosexualität werden Männer und Frauen folglich  
5 voneinander geschieden und zueinander in Bezug gesetzt. Diese heterosexuelle Norm  
6 legt schließlich fest, wer wen lieben und begehren, wer wie leben darf (obwohl auch  
7 Sexualität historischem Wandel unterliegt).

8 Die Forderung, ein „echter“ Mann oder eine „richtige“ Frau zu sein, führt zum  
9 Zwang der Zuordnung und Anpassung und damit verbunden zu Abspaltungen und  
10 Vereinseitigungen: „Wer weniger überzeugend Frau ist, ist aber deshalb nicht mehr  
11 Mann, sondern weniger Mensch. Schwache oder misslungene Ausprägung der  
12 Geschlechtszugehörigkeit macht jemand zu einem weniger ernstzunehmenden  
13 Gegenüber; im Extremfall droht uns der Verlust der Soziabilität überhaupt und damit  
14 der Verlust aller Verwirklichungschancen unserer leibbezogenen Bedürfnisse. Es droht  
15 ein Abgrund, wenn wir aus der Geschlechterordnung herausfallen.“

16  
17 So betrachtet stellt Gleichheit die Grundlage dar für Differenz im Sinne der Freiheit,  
18 unterschiedliche Lebensweisen zu verwirklichen, ohne dass daraus Nachteile  
19 erwachsen; Dekonstruktion sorgt dafür, dass diese Lebensweisen sich jederzeit  
20 verändern können und dürfen, also keine neuen gewaltvollen Normen entstehen. *Was  
21 aber bedeutet Geschlechtergerechtigkeit nun konkret?*

## 22 23 **Die Norm in Frage stellen: Arbeits- und soziale Sicherungsverhältnisse radikal 24 reformieren!**

25 Feministische Wohlfahrtsstaatsanalysen haben seit Langem nachgewiesen, dass der  
26 Sozialstaat auf die traditionelle Geschlechterordnung aufbaut und deswegen  
27 Geschlechterungleichheit zementiert. So setzen das Beschäftigungssystem und der  
28 Wohlfahrtsstaat setzen eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung voraus; orientiert  
29 wird sich dabei am ‚männlichen Normalarbeitsverhältnis‘, d.h. eine durchgängige  
30 Vollzeitbeschäftigung ist Voraussetzung für die Versorgung von Erwerbstätigen und  
31 ihrer Angehörigen. Die von Frauen geleistete, privatisierte Fürsorgearbeit ist zentral für  
32 das Überleben des Wohlfahrtsstaates, wird aber niemals finanziell honoriert, z.B. in  
33 Form einer eigenständigen Existenzsicherung. Stattdessen droht denjenigen, die sich  
34 um Angehörige und Familie kümmern und nicht erwerbstätig sein können, die  
35 finanzielle Abhängigkeit von ihren Partner\*innen sowie Altersarmut insbesondere nach  
36 einer Scheidung. Das betrifft in erster Linie Frauen. Mit dem Ehegattensplitting,  
37 beitragsfreier Mitversicherung und geringfügiger Beschäftigung fördert der deutsche  
38 Staat die traditionelle innerfamiliäre Arbeitsteilung des „Ernährer- und  
39 Hausfraumodells“ – und benachteiligt alle nichtehelichen Lebens- und Familienformen:  
40 Von Alleinerziehenden, unverheirateten Eltern über nicht-heterosexuelle  
41 Partner\*innenschaften und Familien, in denen mehr als zwei Erwachsene sich um ihre  
42 Mitmenschen kümmern. Auch ist das Beschäftigungs- und Erwerbssystem in  
43 Deutschland ist von einer enormen Hierarchie zwischen unterschiedlichen  
44 Tätigkeitsfeldern und den darin erzielbaren Einkommen geprägt: Reproduktionsnahe  
45 Erwerbsarbeit ist am unteren Ende angesiedelt, ganz zu schweigen von der  
46 schattenwirtschaftlich vor allem von Migrantinnen unter sehr prekären Bedingungen  
47 geleisteten Fürsorge- und Haushaltsarbeit.

48 Wer in Deutschland also nicht vollbeschäftigt erwerbstätig und/oder verheiratet  
49 ist, verliert eine eigenständige und zufriedenstellende Existenzsicherung; denn  
50 Ansprüche auf und Höhe der sozialen Sicherung hängen von der Dauer der  
51 Erwerbsarbeit und der Höhe des Erwerbseinkommens ab, ohne dass familiär geleistete  
52 Fürsorgearbeit ausreichend sozialpolitische Anerkennung findet. Armut und soziale  
53 Ängste sind die Folge.

1  
2 **Deshalb fordern wir:**

- 3 • Keine Orientierung am „männlichen Normalarbeitsverhältnis“ von 40 Stunden  
4 pro Woche, sondern flexible Arbeitszeiten für alle!  
5 • Eine Arbeitszeitreduzierung der Vollbeschäftigung von zunächst 40 auf 35 und  
6 schließlich 30 Wochenstunden  
7 • Eine sozialpolitische Anerkennung von Fürsorgearbeit, z.B. in der  
8 Kindererziehung und Pflege, die Existenzen sichert  
9 • Den staatlichen Ausbau und die Förderung des sozialen Sektors im Bereich  
10 Kindererziehung, Bildung, Pflege und Betreuung  
11 • Kostenlose Bildung und Betreuung für alle – von der Krippe bis zur Universität  
12 • Anhebung und letztlich Reform der ALG II-Sätze und der Mindestrente  
13 • Die langfristige Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, um die  
14 Existenzsicherung von der Erwerbstätigkeit zu entkoppeln  
15 • Verbesserte Arbeits- und Zugangsbedingungen für Geflüchtete und  
16 Migrant\*innen, um prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Schwarzarbeit zu  
17 verhindern  
18 • Die langfristige Aufhebung des Ehegattensplittings und Weiterentwicklung zu  
19 einer Förderung von Menschen, die Angehörige und Mitmenschen betreuen  
20 • Umfassende gesetzliche und finanzierbare Krankenversicherung(-spflicht) für  
21 alle; diese ist nicht an Ehepartner\*innen gebunden  
22 • Reform der Elternzeit – diese muss gleichmäßiger zwischen (mehreren)  
23 Partner\*innen aufgeteilt werden (können)  
24 • Frauenquoten in Universitäten, Hochschulen, Unternehmen und öffentlichen  
25 Bereichen  
26

27 **2. Verwirklichung der körperlichen und sexuellen Selbstbestimmung**  
28

29 Nicht nur in den Medien ist es omnipräsent: Sexistische Werbung begegnet uns Tag  
30 für Tag; Frauen\* werden als sexuelle Objekte verdinglicht, die für den Gebrauch durch  
31 ein männliches Subjekt bestimmt sind. Gleichzeitig wird ihnen die Verantwortung für  
32 Reproduktion zugeschrieben und ihre körperlichen, sexuellen und reproduktiven  
33 Rechte eingeschränkt. Die Einschreibung der Geschlechterhierarchie vollzieht sich  
34 deshalb vor allem durch die Disziplinierung des weiblichen Körpers anhand männlich  
35 definierter Kategorien. Phänomene wie Frauenhandel, Vergewaltigung und häusliche  
36 Gewalt gegen Frauen\* spiegeln das Zerrbild einer Geschlechterordnung, die Frauen\*  
37 anfällig macht für sexualisierte, physische und psychische Gewalt durch Männer.

38 Ebenfalls wird Inter\* und Trans\*Menschen die körperliche und sexuelle  
39 Selbstbestimmung erschwert oder gar verhindert. So sind Inter\*Menschen oft betroffen  
40 von Genitalverstümmelung unmittelbar nach ihrer Geburt – bevor sie also gar die  
41 Möglichkeit haben, sich hierzu zu positionieren. Trans\*Menschen müssen zahlreiche  
42 Hürden durchlaufen, um in ihrem Geschlecht anerkannt zu werden – von kostspieligen  
43 Gutachten, Therapien, Kämpfen mit der Krankenkasse und den alltäglichen  
44 Bedrohungsszenarien, wenn mensch nicht in die binäre Geschlechterordnung passt.  
45 Öffentliche Verwaltungen und Institutionen, Mediziner\*innen, die Politik und andere  
46 gesellschaftliche Bereiche – sie alle entziehen sich der Verantwortung, sich Wissen  
47 über Trans\* und Inter\*Menschen anzueignen und diese angemessen zu unterstützen  
48 und zu beraten.  
49

50 **Deshalb fordern wir:**

- 51 • Ein Verbot sexistischer Werbung  
52 • Eine geschlechtersensible Pädagogik, die früh über körperliche und sexuelle  
53 Selbstbestimmung und Konsens aufklärt

- 1 • Eine Reform des Sexualstrafrechts, das den Erfahrungen Überlebender
- 2 sexueller Gewalt mehr Gewicht verleiht
- 3 • Die soziale, rechtliche und finanzielle Anerkennung von Prostitution und
- 4 Pornografie als echter Arbeit bei gleichzeitigem aktiven Vorgehen gegen
- 5 Menschenhandel
- 6 • Kostenloser Zugang zu Verhütungsmitteln
- 7 • Die Aufstockung und Einrichtung von Bundesprogrammen gegen sexualisierte
- 8 Gewalt, das Aufklärungsprojekte, Frauen\*projekte und –häuser und andere
- 9 Projekte fördert
- 10 • Der Ausbau von nicht-kirchlicher Bildungs- und Beratungsprojekten für Frauen\*,
- 11 Trans\* und Inter\*Menschen (inkl. der Sexual- und Schwangerschaftsberatung)
- 12 • Verpflichtende Fortbildungsprogramme zum Umgang mit sexualisierter Gewalt
- 13 und den Lebensrealitäten von Trans\* und Inter\*Menschen für Polizist\*innen,
- 14 Mediziner\*innen und Menschen, die in sozialen und bildenden Bereichen tätig
- 15 sind
- 16 • Reform des „Transsexuellengesetzes“
- 17 • Ausbau von FT\*I-Schutzräumen, insbesondere auch geschlechtsneutralen
- 18 Toiletten

### 20 **Die Kernfamilie zum Wanken bringen: Vielfältige Lebensformen absichern!**

21  
22 In einer zweigeschlechtlich organisierten Gesellschaft, in der die Heterosexualität das  
23 Fundament von Geschlechterdifferenz bildet, sind gleichzeitig bestimmte Beziehungs-  
24 und Lebensformen vorstrukturiert. Die Vorstellungen von Heterosexualität als Norm der  
25 Sexualität, von biologisch definierter Elternschaft und von Familie als Schnittmenge  
26 daraus formen das Modell der ehelichen Kernfamilie. Ausgehend von dieser gesetzlich  
27 und sozialpolitisch privilegierten „Keimzelle der Gesellschaft“ können alle anderen  
28 Familienformen und Beziehungsweisen nur als Abweichung gelebt werden.

29 Die Aufhebung von Geschlecht als Kategorie von Identität und Differenz  
30 umfasst deshalb auch die Frage nach den anerkannten Formen der familiären  
31 Vergemeinschaftung, danach also, was unter Partner\*innenschaft, Elternschaft und  
32 Familie verstanden wird und was nicht. Eine Neudefinition von Elternschaft und Familie  
33 muss sich dadurch bestimmen lassen, dass Menschen Verantwortung für Menschen  
34 übernehmen, die nicht für sich selbst sorgen können.

### 35 **Wir fordern deshalb:**

- 36 • Die Öffnung der Ehe für alle (nach dem Beispiel Irlands)
- 37 • Die Schaffung einer „eingetragenen Lebensgemeinschaft“ für mehr als zwei
- 38 Erwachsene, die nicht zwangsläufig in einem partnerschaftlichen Verhältnis
- 39 zueinander stehen müssen, aber füreinander Fürsorge übernehmen
- 40 • Adoptions-, Reproduktions- und Erziehungsrechte unabhängig des Geschlechts
- 41 und der Familienkonstellation

42  
43  
44 Geschlechtergerechtigkeit kann nicht daran bemessen werden, inwieweit Menschen  
45 die Angleichung an privilegierte, männlich konnotierte Eigenschaften,  
46 Verhaltensmuster und Lebenswege gelingt. Vielmehr verlangt sie die kritische  
47 Reflexion der vorherrschenden Denk- und Wertordnung, der gängigen Vorstellungen  
48 davon, was relevante Arbeit, anerkannte Lebensziele und wünschenswerte  
49 Einstellungen und Verhaltensweisen sind.

50  
51  
52 **Begründung:**  
53 erfolgt mündlich  
54

1 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

2 **Überweisung an den Bezirksvorstand Hessen-Süd mit dem Auftrag eine**  
3 **Arbeitsgruppe einzurichten mit dem Ziel dem Bezirksparteitag 2017 ein Ergebnis**  
4 **vorzulegen.**

5  
6 Annahme:

erledigt durch:

7 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

8 Überweisung an:

Nichtbefassung:

9  
10  
11  
12 **A 3**

13  
14 **(Unterbezirk Odenwaldkreis)**

15  
16 **SPD Programm = Soziale Gerechtigkeit**

17  
18 Adressat: Bezirksparteitag, Weiterleitung an Landesparteitag, Bundesparteitag

19  
20 **Der SPD Bezirksparteitag Hessen-Süd möge beschließen:**

21  
22 Die SPD setzt sich für echte Umverteilung in Deutschland ein. Dazu gehört eine  
23 Vermögenssteuer, die Erhöhung und neue Staffelung des Spitzensteuersatzes und  
24 eine extrem hohe Erbschaftssteuer. Weitere Maßnahmen sind die Schaffung  
25 kostenloser Kindergartenplätze, sowie einer Bürgerversicherung, bei ersatzloser  
26 Streichung sämtlicher anderer Krankenversicherungen. Die SPD wird zudem  
27 Ausbildungsberufe auch finanziell wieder aufwerten und die wachsende  
28 Einkommensungleichheit in Deutschland energisch bekämpfen.

29  
30 **Begründung:**

31  
32 Spätestens seit der Bundestagswahl 2009 ist offenbar, dass ein neoliberal geprägter  
33 Kurs, geführt von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, von den Bürgerinnen  
34 und Bürgern nicht gewollt ist und auch von der Sozialdemokratie selbst nicht gewollt  
35 sein kann. Die SPD hat zugelassen, dass die Einkommens- und Vermögensgleichheit  
36 in Deutschland massiv zugenommen hat, sie hat hingenommen, dass der Reallohn  
37 eines normalen Arbeiters in den letzten 20 Jahren massiv abgenommen hat. Das  
38 reichste Zehntel der Bevölkerung besitzt 61,1 Prozent des Gesamtvermögens in  
39 Deutschland, das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt 159mal so viel wie der  
40 deutsche Durchschnittshaushalt. Der Reallohn eines normalen Arbeiters sank um -7,4  
41 Prozent seit dem Jahr 2000. Die gesellschaftliche Ungleichheit nimmt massiv zu und  
42 die Menschen merken, dass die Sozialdemokratie ihrer Aufgabe, eine gerechte und  
43 gleichere Gesellschaft zu schaffen nicht gerecht wird.

44 Auch aus rein wirtschaftlichen Gründen, ist Umverteilung nötig. Nur so kann  
45 dauerhaftes Wachstum erzielt werden. Beispielhaft ist hier dargestellt, wie  
46 Einkommensungleichheit in Verbindung zur Wirtschaftskrise 2008 gebracht werden  
47 kann und wie sie massiv Einfluss auf diese hatte:

48 Die neoliberale Politik die nun in den USA, aber auch in großen Teilen Europas Einzug  
49 hält, führt Ungleichheiten gezielt ein. Spitzensteuersätze werden gesenkt,  
50 Gewerkschaften entmachtet, Arbeitsrecht wird ausgehöhlt.

51 Die Einkommensungleichheit steigt seit der neoliberalen Wende von Thatcher und  
52 Reagan stark an. US-Unternehmen erhöhen ihre Gewinne im Zeitraum von 1990 bis  
53 2012 von ca. 220 Milliarden auf ca. 1600 Milliarden US-Dollar – eine Steigerung von  
54 rund 800 Prozent. Während Unternehmensvorstände in diesem Zeitraum an den  
55 Gewinnen der Unternehmen mit einer Steigerung ihres Gehalts um fast 300 Prozent

1 profitieren können, erlebt der normale Arbeiter in der Produktion gerade mal eine  
2 Gehaltssteigerung von 4,3 Prozent. Zwar sinkt die Arbeitslosigkeit in der Zeit  
3 wachsender Unternehmensgewinne, doch durch das Einführen prekärer  
4 Beschäftigungsverhältnisse sinkt gleichzeitig das durchschnittliche Realeinkommen.  
5 Die Einkommensungleichheit nimmt aufgrund dieser Faktoren entsprechend stark zu.  
6 Das oberste Prozent der amerikanischen Einkommensbezieher verdient Mitte der  
7 1990er wieder 22 Prozent des Gesamteinkommens. 2007 verdient das oberste Prozent  
8 der Bevölkerung mit 23,5 Prozent des Gesamteinkommens in den USA, nur 0,4  
9 Prozentpunkte weniger als unter der Höchstmarke von 1929.  
10 Wieder steht die Einkommensoberklasse vor dem Problem, ihr Geld anlegen zu  
11 müssen, und wieder sehen Banken Aktien als sinnvolle Anlage. Neue Produkte  
12 werden an den Finanzmärkten geschaffen, sogenannte „strukturierte Produkte“.  
13 Banken können Kredite die sie verliehen haben, nun in diesen „strukturierten  
14 Produkten“ an Aktionäre verkaufen, die somit zum Kreditgeber werden. Solange die  
15 Kreditnehmer kreditwürdig sind, ist diese Vorgehensweise unproblematisch. Allerdings  
16 können auch sogenannte „subprime Kredite“, also faule Kredite mit hohem  
17 Ausfallrisiko, in die „strukturierten Produkte“ mit einfließen. Sind zu viele dieser faulen  
18 Kredite in den Produkten enthalten, sind die Produkte an sich schlecht und eine  
19 Investition in diese mit einem hohen Ausfallrisiko verbunden. Doch ebenjene faulen  
20 Kredite dominieren bald die „strukturierten Produkte“. Banken verleihen an fast  
21 jedwede Personen Kredite, egal wie kreditunwürdig diese erscheinen mögen. Somit  
22 steigt die Nachfrage nach Immobilien, die sich die Kreditnehmer nun scheinbar leisten  
23 können. Viele Menschen nehmen Kredite auf, um sich ein Haus zu finanzieren und die  
24 Banken geben die Kredite großzügig aus. Das Ausfallrisiko scheint auf die Aktienmärkte  
25 auslagerbar und die Wertsteigerung der Immobilien wird nicht in Frage gestellt. Indem  
26 zu viele faule Immobilienkredite vergeben werden, bildet sich eine neue Blase, eine  
27 Immobilienblase. Zu spät erkennen Banken und Anleger, dass viele Kredite nicht  
28 gedeckt werden können, und dass es keine unaufhörliche Wertsteigerung von  
29 Immobilien gibt. Viele Häuser stehen leer oder müssen zwangsversteigert werden. Der  
30 Wertverlust und der Kreditausfall sind enorm. Die Rating Agenturen, die eigentlich die  
31 Produkte am Markt, sowie die Kreditwürdigkeit von Banken prüfen sollten, haben  
32 versagt; zu eng waren sie mit den Banken vernetzt, die sie eigentlich kontrollieren  
33 sollten. Ganze Banken geraten in die Krise, weil sie ihr Geld bzw. das Geld ihrer  
34 Kunden zu sehr auf die „strukturierten Produkte“ konzentriert haben. Auch große  
35 Geldhäuser, große Kreditgeber mit viel Einfluss, drohen zu stürzen. Die Folgen eines  
36 Sturzes dieser Banken sind jedoch nicht absehbar, multinationale Konzerne sind von  
37 ihnen abhängig, haben ihr Geld dort angelegt. Hunderttausende Arbeitsplätze sind in  
38 Gefahr. Die Banken sind in diesem Moment systemrelevant, sie sind „too big to fail“.  
39 Dem Staat bleibt nichts anderes übrig als ein riesiges Konjunkturprogramm zu  
40 verabschieden. Banken müssen mit Milliardensummen gerettet werden, neue  
41 Konjunkturprogramme wie die „Abwrackprämie“ werden geschaffen um die Nachfrage  
42 künstlich zu erhöhen und Staaten verschulden ihre Haushalte. „Deficit Spending“ ist  
43 wieder Mittel der Wahl, diesmal allerdings ohne Erhöhung der Spitzensteuersätze, die  
44 eine Minderung der Einkommensungleichheit mit sich gebracht, sowie die  
45 Staatsausgaben refinanziert hätte. Es lässt sich festhalten, dass die große  
46 Weltwirtschaftskrise Anfang dieses Jahrtausends zumindest eine klar auszumachende  
47 Ursache hat: Einkommensungleichheit, die auf mangelnde gesetzliche Regelungen  
48 zurück zu führen ist. An dieser Entwicklung war die Sozialdemokratie maßgeblich  
49 beteiligt und muss dies nun wieder revidieren! Während auf der Seite der  
50 Einkommensoberklasse die Löhne in die Höhe schießen, sinken die Reallöhne des  
51 durchschnittlichen Arbeiters. Einkommensungleichheit führt zu einer, aufgrund der  
52 nachlassenden Binnennachfrage, mindestens stagnierenden Wirtschaft, die nicht mehr  
53 den an den Börsen gehandelten Werten entspricht. Die Einkommensungleichheit  
54 bewirkt, dass die Durchschnittsbevölkerung ihre Nachfrage an realen Produkten nicht  
55 erhöhen kann, aber die Einkommensoberschicht investieren möchte. Somit investiert

1 diese dann in Produkte am Aktienmarkt, die der realen Nachfrage nicht entsprechen.  
2 Aufgrund der steigenden Nachfrage steigen die Aktienwerte, auch die  
3 Durchschnittsbevölkerung möchte an diesem „Boom“ mitverdienen und investiert  
4 ebenfalls. Ob in Aktien oder direkt in Immobilien, in jedem Fall werden dazu zusätzliche  
5 Kredite aufgenommen, die davon ausgehen, dass der Aktienmarkt bzw.  
6 Immobilienmarkt weiter „boomt“. Gesehen wird dabei nicht, dass man mit dem Kauf  
7 von Aktien oder Produkten am Finanzmarkt, ebenfalls Ausfallrisiken übernimmt.  
8 Treten diese Ausfallrisiken ein, und sind sie nicht gedeckt, sondern nur durch Kredite  
9 finanziert, dann bricht ein fragiles Kartenhaus zusammen und eine Krise entsteht.  
10 Doch die Einkommensverteilung hat nicht nur direkte Effekte auf den Binnenmarkt,  
11 auch auf andere Faktoren die die Weltwirtschaft beeinflussen hat sie Einfluss.  
12 So stellt Richard Wilkinson beispielsweise fest, dass nicht das durchschnittliche  
13 Einkommen Einfluss auf die Lebensqualität von Menschen hat, sondern die Verteilung  
14 des Einkommens hier der ausschlaggebende Punkt ist.  
15 Das Kindeswohl ist z.B. größer, je geringer die Einkommensungleichheit in den  
16 jeweiligen Gesellschaften ist, ebenso wie die Krankheitsanfälligkeit mangels sozialen  
17 Drucks geringer und die Lebenserwartung höher ist. Auch sind Gesellschaften mit  
18 geringer Einkommensungleichheit innovativer, gemessen an der Anmeldung von  
19 Patenten. Je höher aber die Einkommensungleichheit, desto öfter werden in den  
20 jeweiligen Staaten Drogen konsumiert oder sitzen Menschen im Gefängnis ein.  
21 Ebenso ist die „social mobility“ in Ländern mit hoher Einkommensungleichheit geringer,  
22 d.h. eines jeden Zukunft hängt mehr oder minder vom Einkommen der Eltern ab,  
23 anstatt von eigens erbrachten Leistungen.  
24 All diese Indikatoren zeigen, dass eine Gesellschaft produktiver, gerechter und  
25 fortschrittlicher ist, wenn Einkommensungleichheiten gering gehalten werden. Es sind  
26 also nicht nur die direkten Effekte am Binnenmarkt messbar, die zeigen, dass  
27 Einkommensungleichheit Wohlstand und Produktivität verhindert. Nein, auch die hier  
28 genannten indirekten Effekte der Einkommensungleichheit schwächen die Wirtschaft  
29 eher, als dass sie gestärkt wird. Hier zeigt sich, wie die Logik des Neoliberalismus  
30 durch seine praktische Durchführung selbst durchbrochen wird. Er scheitert an der  
31 Realität, am Menschsein.  
32 Was aus der hier erlangten Erkenntnis folgen muss, ist konkretes politisches Handeln.  
33 Der Bevölkerung sollte ein gleichwertiger Zugang zu (Aus-)Bildung und Universitäten,  
34 sowie zu Kranken- und Rentenversicherung ermöglicht werden. Denn auch dies wird  
35 letztlich zu höherer Produktivität aufgrund größerer Lebensqualität führen und eine  
36 innovative Gesellschaft befördern. Gerade in den USA ist Bildung und die Zukunft  
37 eines jungen Menschen abhängig vom Einkommen seiner Eltern. Der Besuch einer  
38 Universität bringt oftmals Schulden in Höhe eines Hauskredits mit sich.  
39 Die wichtigste und umfassendste Schlussfolgerung ist aber; der Staat muss wieder  
40 umverteilen, d.h. der Spitzensteuersatz auf Einkommen sollte wieder angehoben  
41 werden, in Betracht ziehen sollte man zusätzlich Lohnvorgaben an die Wirtschaft, so  
42 dass jeder Arbeiter am Wirtschaftswachstum beteiligt wird und das Lohnniveau  
43 entsprechend steigt. Der Mindestlohn in Deutschland scheint zu zeigen, dass die  
44 Binnenwirtschaft von solchen Lohnvorgaben profitiert, denn der Binnenkonsum steigt  
45 seit Einführung des selbigen. Auch eine Vermögenssteuer kann dem Ziel der  
46 Umverteilung zuträglich sein, denn dadurch wird die Möglichkeit eröffnet, die  
47 Binnenwirtschaft durch staatliche und private Nachfrage dauerhaft zu beleben. Zwar  
48 wird hier sicherlich der Einwand erhoben werden, dass z.B. Länder wie Deutschland  
49 trotz sinkendem Lohnniveau ein Wachstum erleben, allerdings liegt dies an der  
50 Exportstärke dieses Landes. Diese Rechnung geht entsprechend nur so lange auf, wie  
51 die Länder die Ziel der Exporte sind, eine einigermaßen beständige Konjunktur  
52 vorweisen können, da ansonsten in den Zielländern ebenfalls die Nachfrage einbricht.  
53 Hier zeigt sich, ein stabiler Binnenmarkt ist essentiell für eine Wirtschaft die auf  
54 eigenen und der Krisenfestigkeit wegen auch auf vielen Beinen stehen möchte.

1 Abschließend lässt sich feststellen: Einkommensungleichheit und Wirtschaftskrisen  
2 bedingen sich. Ist die Einkommensungleichheit groß, setzen die genannten  
3 Mechanismen ein, die zu Wirtschaftskrisen führen können, wohingegen eine geringe  
4 Einkommensungleichheit zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum und  
5 gesellschaftlichem Wohlstand beiträgt und die Wahrscheinlichkeit des Eintretens von  
6 Wirtschaftskrisen mindert.

7  
8 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

9 **Annahme als Resolution in geänderter Fassung. Antragstext Seite 13, Zeile 24**  
10 **Streichung des Wortes „extrem“**

11  
12 Annahme: erledigt durch:  
13 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:  
14 Überweisung an: Nichtbefassung:

15  
16  
17  
18 **A 4**

19  
20 **(Unterbezirk Odenwaldkreis)**

21  
22 **Antrag zur Urwahl des Parteivorsitzenden**

23  
24 Der SPD Bezirksparteitag Hessen-Süd möge beschließen:

25  
26 Der Parteivorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) wird  
27 zukünftig per Urabstimmung von allen Mitgliedern gewählt.

28  
29 **Begründung:**

30 Die SPD muss in der heutigen Zeit ihre Mitglieder ansprechen und beteiligen. Formen  
31 der direkten Demokratie sind wichtig. Insbesondere wenn sich die SPD in schwierigen  
32 Fahrwasser befindet, benötigt die SPD eine Führungsspitze die von der Basis  
33 akzeptiert und getragen wird. So ist echte Einigkeit innerhalb der Partei und Akzeptanz  
34 der Führungsspitze gewährleistet. Zusätzlich bedeutet dies, dass die SPD für  
35 Neumitglieder attraktiver wird. Auch innerhalb der Bevölkerung wird ein solches  
36 Zeichen von Demokratie der SPD Zuspruch gewährleisten. Das Beispiel der Labour-  
37 Partei und Jeremy Corbyn zeigt, dass die Menschen und Parteimitglieder Anspruch auf  
38 demokratischere Prozesse auch innerhalb von Parteien erheben, dies die  
39 Glaubwürdigkeit der Partei selbst stärkt und somit der richtige Schritt hin zu einer  
40 progressiven, sozialen und modernen Partei ist.

41  
42 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

43 **Annahme in geänderter Fassung. Neufassung des Antragstextes wie folgt:**  
44 **„Der/Die Parteivorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)**  
45 **kann künftig von allen Mitgliedern per Urwahl gewählt werden, sofern mehrere**  
46 **Kandidaten/Kandidatinnen zur Auswahl stehen.“**

47  
48 Annahme: erledigt durch:  
49 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:  
50 Überweisung an: Nichtbefassung:

1  
2 **A 5**

3  
4 **(Jusos Hessen-Süd)**

5  
6 **Antrag zur Urwahl des Parteivorsitzenden**

7  
8 **Die SPD möge beschließen:**

9  
10 Sigmar Gabriel hat innerhalb der nächsten drei Monate den Weg für eine Urwahl des  
11 Parteivorsitzenden frei zu machen. Die Öffnung der Wahl für Unterstützer\*innen der  
12 sozialdemokratischen Partei, wie dies von der Labour Party in Großbritannien bereits  
13 vollzogen wurde, ist zu prüfen.

14  
15 **Begründung:**

16 Die SPD muss in der heutigen Zeit ihre Mitglieder ansprechen und beteiligen. Formen  
17 der direkten Demokratie sind wichtig. Insbesondere wenn sich die SPD in schwierigen  
18 Fahrwasser befindet, benötigt die SPD eine Führungsspitze die von der Basis  
19 akzeptiert und getragen wird. So ist echte Einigkeit innerhalb der Partei und Akzeptanz  
20 der Führungsspitze gewährleistet. Zusätzlich bedeutet dies, dass die SPD für  
21 Neumitglieder attraktiver wird. Auch innerhalb der Bevölkerung wird ein solches  
22 Zeichen von Demokratie der SPD Zuspruch gewährleisten. Das Beispiel der Labour-  
23 Partei und Jeremy Corbyn zeigt, dass die Menschen und Parteimitglieder Anspruch auf  
24 demokratischere Prozesse auch innerhalb von Parteien erheben, dies die  
25 Glaubwürdigkeit der Partei selbst stärkt und somit der richtige Schritt hin zu einer  
26 progressiven, sozialen und modernen Partei ist.

27  
28 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Ablehnung**

29  
30 Annahme: erledigt durch:  
31 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:  
32 Überweisung an: Nichtbefassung:  
33  
34  
35

36 **A 6**

37  
38 **(Unterbezirk Odenwaldkreis)**

39  
40 **Abwahantrag zur Abwahl des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel**

41  
42 **Der SPD-Bezirksparteitag Hessen-Süd möge beschließen:**

43  
44 Der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel wird mit Mehrheit der Stimmen von seinem Amt  
45 des Bundesvorsitzenden der SPD entbunden. Auf die Abwahl folgt noch auf dem  
46 selbigen Parteitag die Wahl eines/einer neuen Parteivorsitzenden.

47  
48 **Begründung:**

49  
50 Sigmar Gabriel hat die SPD mit seinem Kurs die SPD an den Abgrund getrieben. In  
51 Umfragen steht die SPD momentan auf Bundesebene bei 20-22 Prozent Zustimmung.  
52 Sie steht momentan, ausgenommen vom Mindestlohn, für das Tarifeinheitengesetz, für  
53 die Vorratsdatenspeicherung, TTIP und für ein Mittragen der Austeritätspolitik in  
54 Europa. Die SPD ist nicht mehr die Partei des kleinen Mannes und der kleinen Frau,  
55 sie steht nicht mehr für das Konzept einer gerechten Gesellschaft und hat ihren Kurs

1 seit der Agenda 2010 nicht sinnvoll geändert. Das Ergebnis ist nun eine ehemalige  
2 Volkspartei, die sich im Überlebenskampf befindet. Anstatt das notwendige Korrektiv  
3 zur Politik von CDU/CSU darzustellen, biedert sich die SPD unter der Führung von  
4 Sigmar Gabriel der CDU an. Dieser Rechtskurs schlägt auf fatale Weise fehl, denn die  
5 Bürgerinnen und Bürger wollen nicht eine rote Kopie der Union, sie wählen unter  
6 diesen Umständen lieber das konservative Original. Spätestens seit der  
7 Bundestagswahl 2009 ist offenbar, dass ein neoliberal geprägter Kurs, geführt von der  
8 Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, von den Bürgerinnen und Bürgern nicht  
9 gewollt ist und auch von der Sozialdemokratie selbst nicht gewollt sein kann. Die SPD  
10 hat zugelassen, dass die Einkommens- und Vermögensgleichheit in Deutschland  
11 massiv zugenommen hat, sie hat hingenommen, dass der Reallohn eines normalen  
12 Arbeiters in den letzten 20 Jahren massiv abgenommen hat. Das reichste Zehntel der  
13 Bevölkerung besitzt 61,1 Prozent des Gesamtvermögens in Deutschland, das reichste  
14 Prozent der Bevölkerung besitzt 159mal so viel wie der deutsche  
15 Durchschnittshaushalt. Der Reallohn eines normalen Arbeiters sank um -7,4 Prozent  
16 seit dem Jahr 2000. Die gesellschaftliche Ungleichheit nimmt massiv zu und die  
17 Menschen merken, dass die Sozialdemokratie ihrer Aufgabe, eine gerechte und  
18 gleichere Gesellschaft zu schaffen nicht gerecht wird. Sigmar Gabriel will trotz dieser  
19 Erkenntnisse, die SPD nicht wieder in die richtige Richtung ausrichten. Er ignoriert ein  
20 Votum des Bundesparteitags von 75%, welches, wie er selbst sehr genau wissen  
21 müsste, einem Misstrauensantrag und massiver Unzufriedenheit gleichkommt.  
22 Stattdessen fährt er die SPD weiter an die Wand. Die Wahlergebnisse bei den  
23 Kommunalwahlen in Hessen und bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und  
24 Sachsen-Anhalt sind fatal. Die SPD verlor in Hessen im Schnitt 3 Prozent, in Baden-  
25 Württemberg 10 Prozent und in Sachsen-Anhalt ebenso viel. Dies ist ein absoluter  
26 Weckruf, die SPD steht am Abgrund um braucht einen inhaltlichen und personellen  
27 Wechsel, ansonsten wird sie kontinuierlich verlieren. Spätestens nach den  
28 Wahlergebnissen in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt steht fest, was die  
29 Politikwissenschaft schon sehr lange feststellt; die Bundesebene hat erheblichen  
30 Einfluss auf die Wahlergebnisse der unteren Ebenen. Was die SPD auf Bundesebene  
31 produziert, darf deshalb niemanden auf kommunaler Ebene, sowie auf Landesebene  
32 kalt lassen. Die SPD wird momentan von Sigmar Gabriel und einem Parteivorstand der  
33 diesen Kurs mitträgt von oben herab in die Bedeutungslosigkeit getrieben. Dieser  
34 fortdauernde Zustand muss beendet werden. Eine erster Schritt ist die Abwahl des  
35 momentanen Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel.

### 36 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Ablehnung**

37  
38  
39 Annahme: erledigt durch:  
40 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:  
41 Überweisung an: Nichtbefassung:  
42  
43  
44

## 45 **A 7**

### 46 **(ASF Hessen-Süd)**

#### 47 **Erstellung einer mitgliederoffenen Datenbank zur Verwaltung von Anträgen und** 48 **jährlicher Bericht über den Status der Anträge an die jeweiligen Gliederungen**

49  
50 Wir fordern, dass im Rahmen jeder Delegiertenkonferenz, in der Antragsstellung zur  
51 Tagesordnung gehört, rechtzeitig vor dem Ende der Antragsfrist (mind. 4 Wochen) ein  
52 Statusbericht zu den Anträgen des letztes Jahres den Delegierten zugesandt wird.  
53 Ferner fordern wir, dass in der Bearbeitung noch offene Anträge, die noch keinen  
54  
55

1 endgültigen Bearbeitungsstatus erlangt haben und in irgendwelchen Ausschüssen  
2 verweilen, auch noch bei folgenden Konferenzen in dem Antrags-Statusbericht gelistet  
3 werden, bis ein endgültige Bearbeitung erfolgt ist.

4  
5 Darüber hinaus fordern wir die SPD-Bundesgeschäftsstellen dazu auf, eine Datenbank  
6 zu erstellen, die alle eingereichten Anträge im Rahmen der Delegiertenkonferenzen mit  
7 samt dem Bearbeitungsstatus erfassen kann. Mit Hilfe eines Stichworts und  
8 verschiedener Such-, Filter- und Sortierfunktion sollen die Anträge zum jeweiligen  
9 Thema von allen Mitgliedern gefunden werden können. Die Datenbank soll von der  
10 SPD-Bundesgeschäftsstelle erstellt und dann jedoch von den Geschäftsführer\*innen  
11 der jeweiligen Gliederungen bzw. zuständigen Ausschusses, in den der Antrag  
12 verwiesen wurden ist, gepflegt werden. Sobald der Antrag von dem Gremium an den  
13 sich der jeweilige Antrag richtet, sich im Hinblick auf die Umsetzung der  
14 Antragsforderung beraten hat, soll der Status mit einer kurzen Begründung in der  
15 Datenbank hinterlegt werden.

16  
17 **Begründung:**

18  
19 Die Basis der Mitglieder verbringt viel Zeit damit, Anträge zu erarbeiten. Jedoch  
20 erhalten die Antragsteller\*innen im seltensten Fall eine Rückmeldung zu ihren, in der  
21 jeweiligen Konferenz beschlossenen oder verwiesenen Anträge.  
22 Weiterhin werden Antragsthemen identisch in mehreren Gliederungen geschrieben und  
23 eine Vernetzung zu einem bestimmten Thema über die Gliederung hinaus ist kaum  
24 möglich.  
25 Die Datenbanksuche wird die Mehrarbeit mit doppelten Anträgen einerseits mindern,  
26 andererseits die Vernetzung verschiedener Antragsteller\*innen fördern.

27  
28 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

29 **Überweisung an den Bezirksvorstand Hessen-Süd mit dem Auftrag zur Prüfung**  
30 **zur Umsetzung.**

31  
32 Annahme: erledigt durch:  
33 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:  
34 Überweisung an: Nichtbefassung:

35  
36  
37  
38 **A 8**

39  
40 **(Selbst Aktiv Hessen-Süd)**

41  
42 **Behindertengerechter Fahrstuhl im SPD-Haus in Frankfurt**

43  
44 Einbau eines Senkrechtliftes im Parteihaus im Außenbereich des Parteihauses in  
45 Frankfurt.

46  
47 **Begründung:**

48  
49 Nicht jedem Rollstuhlfahrer ist es möglich, die Räumlichkeiten im Parteihaus zu  
50 erreichen. Der vorhandene Aufzug ist klein und die Tasten schwer erreichbar. Deshalb  
51 ist es notwendig, wenn im Außenbereich ein Senkrechtlift an der Fluchttreppe  
52 angebracht wird, damit auch jeder Rollstuhlfahrer die Möglichkeit hat, die  
53 Veranstaltungsräume zu erreichen. Weiteres mündlich.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35

**Empfehlung der Redaktionskonferenz:  
Erledigt durch Handeln des Bezirksvorstandes**

Annahme:	erledigt durch:
Annahme in geänderter Fassung:	Ablehnung:
Überweisung an:	Nichtbefassung:

**A 9  
(Selbst Aktiv Hessen-Süd)**

**Behindertengerechter Eingang zum SPD-Haus**

Behindertengerechte Umgestaltung des Haupteingangsbereiches im Parteihaus

Begründung:

Die Türklingel und die Gegensprechanlage am Eingang müssen herabgesetzt werden, damit auch Rollstuhlfahrer die Türklingel und die Gegensprechanlage nutzen können. Außerdem müssen die Fußmatten am Eingang durch einen rutsch hemmenden und festen Untergrund ausgetauscht werden, damit auch Rollstuhlfahrer ungehindert darüber fahren können.

**Empfehlung der Redaktionskonferenz:  
Erledigt durch Handeln des Bezirksvorstandes**

Annahme:	erledigt durch:
Annahme in geänderter Fassung:	Ablehnung:
Überweisung an:	Nichtbefassung:

# Antragsgruppe B

## Wirtschaft – Finanzen

### B 1

#### (Jusos Hessen-Süd)

#### Steuern und Gerechtigkeit

Für uns sind Steuern eines der wichtigsten Instrumente um eine gerechte Chancengesellschaft durchzusetzen. Dabei tragen Steuern einerseits zu einer gerechten Finanzierung des Gemeinwesens bei. Dazu gehört die soziale Infrastruktur wie Schulen und andere Bildungsstätten, die Gesundheitsversorgung, öffentlicher Sicherheit, öffentliche Netzinfrastruktur wie Telekommunikationsleitungen oder Straßen und das Vorhalten von Sozialleistungen. Steuern können aber auch als Anreiz für ein politisch gewünschtes Verhalten dienen und haben insoweit erhebliche Lenkungswirkung, oft ohne die einschneidende Wirkung von Geboten und Verboten. Der Erfolg progressiver Reformansätze hängt ganz maßgeblich davon ab, zu vereinfachen, mehr Sozialstaatlichkeit zu erreichen, mittlere Einkommen zu entlasten und die stetige Reproduktion von Vermögensungleichheit zu bremsen. Zahlreiche Mängel des deutschen Steuersystems sind gerade darauf zurückzuführen, dass ihm eine einheitliche Idee fehlt. Vielmehr ist es ein Kompromiss aus verschiedenen teilweise gegensätzlichen (gesellschaftspolitischen) Prinzipien wie dem Äquivalenzprinzip („Wer gesellschaftliche Kosten verursacht, zahlt die Steuer“) oder dem Leistungsfähigkeitsprinzip („Starke Schultern können mehr tragen“), aus unterschiedlichen steuerpolitischen Denkschulen (direkte Steuern: die wirtschaftliche Belastung trägt derjenige, der die Steuer zahlt, indirekte Steuern: die wirtschaftliche Belastung trägt nicht derjenige, der die Steuer zahlt), aus individuellen Sonderinteressen, Einzelfallregelungen und vereinzelt Veränderungen nach jedem Regierungswechsel. Steuerpolitische Reformen können nur gesellschaftliche Mehrheiten hinter sich versammeln, wenn die politische Idee statt der technischen Lösung im Vordergrund steht.

Im Einzelnen sind uns folgende Eckpunkte wichtig. Sie sind als neue Grundausrichtung des Steuersystems, nicht als abschließende Aufzählung zu verstehen: Die einseitige Entlastung von hohem Einkommen und die Ungleichbehandlung von Kapitaleinkommen halten wir für einen politischen Irrweg. Der Glaube das man nur hohe Einkommen entlasten müsse um das allgemeine Wachstum zu stimulieren ist nicht nur widerlegt, sondern die Reformen die darauf basierten haben zudem die soziale Ungerechtigkeit verschärft und gefährden so den sozialen Frieden. Das gilt nicht nur, aber auch, für Deutschland.

Das deutsche Steuersystem muss reformiert werden. Es muss sozial gerechter gestaltet werden. Einerseits muss es den Anforderungen des Leistungsfähigkeitsprinzips (darunter Einzelfallgerechtigkeit) genügen, aber gleichzeitig auch vereinfacht werden. Das Leistungsfähigkeitsprinzip beschreibt zwei Gerechtigkeitsebenen, einerseits sollen Menschen mit gleicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gleich besteuert werden (horizontale Gerechtigkeit) und andererseits Menschen mit unterschiedlicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit unterschiedlich besteuert werden (vertikale Gerechtigkeit).

Daher fordern wir:

1 Ein Steuersystem muss dem Gerechtigkeitsempfinden der breiten Masse der  
2 Bevölkerung gerecht werden, die Finanzierung des Staates sicherstellen und  
3 gleichzeitig vereinfacht werden. Kernelemente eines solchen Steuersystems sind:

#### 4 5 **1. Eine Einkommensteuer als Hauptsäule des Steuersystems**

- 6 a. Keine Differenzierung nach Einkommensarten, der Steuersatz steigt mit
- 7 dem Einkommen progressiv an
- 8 b. Absenken der Umsatzsteuer und Kompensation über Anhebung des
- 9 Spitzensatzes auf über 50 %
- 10 c. Der Steuerfreibetrag wird beibehalten
- 11 d. Abzugsmöglichkeiten für Kinder, pflegebedürftige Verwandte und andere
- 12 besondere Belastungen
- 13 e. Berücksichtigung von Werbungskosten
- 14 f. Abschaffung des sog. „Ehegatten-Splittings“
- 15 g. deutliche Milderung / Abschaffung der kalten Progression

#### 16 17 **2. Eine Erbschaftsteuer (und Schenkungsteuer) zur Umverteilung, die ein** 18 **Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich verhindert**

- 19 a. Höchstbeträge in Höhe von 1 Mio. EUR durch 100 % Steuersatz ab
- 20 einem Freibetrag von 1 Mio. EUR für nahe Angehörige; die Höhe des
- 21 Vermögens wird im Erbfall ermittelt; die Erbschaftssteuer fällt auch auf
- 22 vererbten Grundbesitz an
- 23 b. Differenzierung nach Familiengrad
- 24 c. Unternehmen soll die Wahl zwischen zwei Alternativen gelassen
- 25 werden:
  - 26 i. Die Möglichkeit für kleine bis mittelständische Familienbetriebe,
  - 27 eine anfallende Steuerlast in Raten über bis zu 20 Jahre
  - 28 gestückelt an den Staat zu entrichten. Dabei ist der Zins für
  - 29 Staatsanleihen zu Grunde zu legen.
  - 30 ii. Der Staat erhält eine stille Beteiligung am Unternehmen in Höhe
  - 31 der Steuerlast. Als stiller Teilhaber erhält er eine Beteiligung an
  - 32 der Gewinnausschüttung. Die Erben können den Staat über die
  - 33 Zeit entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit
  - 34 ausbezahlen und damit wieder Volleigentümer werden.

#### 35 36 **3. Indirekte Steuern hauptsächlich als Lenkungssteuern**

- 37 a. Eine echte Emissionsteuer auf europäischer Ebene, die zwar an den
- 38 Energieträgern anknüpft, die aber vorrangig deren negativen
- 39 Umweltauswirkungen betrachtet (alternativ: ausreichend verknappte
- 40 Umweltzertifikate)
- 41 b. Eine europäische Finanzmarkttransaktionssteuer
- 42 c. Ferner: Alkohol- und Tabakbesteuerung
- 43 d. die Abschaffung / Absenkung der Umsatzsteuer und aller weiteren nicht
- 44 positiv in einem entsprechenden Gesetz ausgenommen
- 45 Verbrauchssteuern

#### 46 47 **Mithin gibt es drei Ziele bei der Steuererhebung:**

- 48 1. Das Einnahmeziel: Die vom Staat benötigten Einnahmen erzielen
- 49 2. Das (Um-)Verteilungsziel: Gesellschaftliche Umverteilung (von oben nach
- 50 unten)
- 51 3. Das Lenkungsziel: Durch Steuern gewünschtes Verhalten hervorrufen,
- 52 volkswirtschaftliche Kosten berücksichtigen u.ä.

53 Diese Ziele sind mit dem Leistungsfähigkeitsprinzip und dem Einfachheitsziel zu  
54 verknüpfen. Ein reformiertes Steuersystem soll stärker an direkten Steuern  
55 ausgerichtet sein.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54

## **Direkte Steuern als Hauptsäule für Staatseinnahmen und Umverteilung**

Hauptsäule des Steuersystems soll die Einkommensteuer bilden. Sie dient sowohl als Haupteinnahmequelle des Staates und kann gleichzeitig wesentlich zur Umverteilung beitragen. Dazu muss die Einkommensteuer progressiv gestaltet sein, der Spitzensteuersatz muss deutlich erhöht werden (auf über 50 %). Weiterhin sollen alle Formen des Einkommens – gemäß des Prinzips der horizontalen Gerechtigkeit – gleich besteuert werden. Es darf keine Bevorzugung von Kapitaleinkommen gegenüber Arbeitseinkommen geben. Sie soll in Zukunft nicht mehr in Form von Stufentarifen dargestellt werden, sondern individuelle Steuersätze sollen zu Grunde gelegt werden. Dies gelingt, indem die großen Sprünge des jetzigen Stufenmodells durch einen kontinuierlich mit dem Einkommen ansteigenden Tarif ersetzt werden. Dadurch wird die kalte Progression zwar nicht gänzlich abgeschafft, in ihrer Wirkung allerdings um ein Vielfaches gedämpft. Abschließend abgeschafft werden kann die kalte Progression durch eine regelmäßige bzw. kontinuierliche Anpassung (Anhebung) des Grundfreibetrags und der darüber anfallenden Steuersätze. Eine automatische Anpassung kann beispielsweise durch eine Indexierung erfolgen, in der die Einkommensteuersätze an die Inflation gekoppelt und so automatisch angepasst werden.

Die Einkommensteuer soll auch auf ausgeschüttete Gewinne von Unternehmen anfallen. Zugrunde gelegt wird dabei der individuelle Steuersatz der Gewinnempfänger. Werden die Gewinne im Unternehmen belassen, also nicht ausgeschüttet, fällt eine proportionale Steuer an – die Körperschaftsteuer – mit einem pauschalen Steuersatz von 15%. Bei Ausschüttung von Gewinnen ist die Körperschaftsteuer anrechenbar. Investitionen von Unternehmen werden dadurch nicht beeinflusst. Aus Nachfrageperspektive investieren Unternehmen solange die Rendite gewinnbringend und höher ist als bei alternativen Anlageformen.

Für Privathaushalte gilt: Das Ehegatte-Splitting ist abzuschaffen. Es begünstigt die „traditionelle Ehe“ im Vergleich zu anderen Formen von Partnerschaften und ist damit nicht mehr zeitgemäß. Weiterhin begünstigt sie innerhalb von Ehen eine ungleiche Einkommenserzielung und fördert damit die veralteten Rollen des „arbeitenden Mannes“ und der „kinderhütenden Hausfrau“. Der Gedanke der horizontalen Gerechtigkeit, der die Ehe zweier Personen als wirtschaftliche Einheit und sie daher ins Verhältnis setzt zu zwei Alleinstehenden mit jeweils der Hälfte des Einkommens, kann diese Nachteile nicht wettmachen. Vielmehr handelt es sich dabei um eine Progressionskappung. Ein gesellschaftlicher oder volkswirtschaftlicher Gewinn durch die Begünstigung der Ehe ist nicht vorhanden. Wichtiger sind hier Abzugsmöglichkeiten für Kinder in Form von Kinderfreibeträgen bzw. Kindergeld o.ä.

Ebenso müssen Kosten, die zur Erzielung des Einkommens anfallen, (in gewissem Maße) abzugsfähig bleiben. Weiterhin muss sie einen Freibetrag enthalten, der steuerfrei bleibt (Grundfreibetrag). Daneben braucht es noch eine Erbschaftsteuer. Diese dient vor allem gesellschaftlicher Umverteilung. Sie soll vor diesem Hintergrund verhindern, dass Vermögen und Reichtum stetig reproduziert und immer stärker auf wenige Menschen konzentriert werden. In einer Chancengesellschaft sollen Menschen unabhängig von der Leistung von Eltern, Großeltern die gleiche Möglichkeit auf sozialen Aufstieg haben. Die Freibeträge können wie bislang nach Familiengrad differenziert werden, für nahe Angehörige können Freibeträge von 1 Mio. Euro umgesetzt werden und das Umverteilungsziel dennoch erreicht werden. Dazu muss der Steuersatz nach Freibeträgen bei 100 % liegen. Werden Einkommensteuer und Erbschaftsteuer wie beschrieben umgesetzt, entfällt eine Vermögensteuer. Sie ist ohnehin in der Umsetzbarkeit aufgrund des Aufwandes einer Erbschaftsteuer unterlegen. Die Freibeträge sollen in dieser Form auch ohne Ausnahme für Familienbetriebe gelten. Ihnen wird jedoch die Möglichkeit eröffnet, eine anfallende Steuerlast in Raten über bis zu 20 Jahre gestückelt an den Staat zu entrichten, dabei

1 ist der Zins für Staatsanleihen zu Grunde zu legen. Die Erbschaftsteuer greift auch bei  
2 Schenkungen.

#### 3 4 Indirekte Steuern als Lenkungssteuern

5 Indirekte Steuern können zwar dem Einnahmeziel dienen, nicht aber dem  
6 Umverteilungsziel von Steuern. Die Umsatzsteuer belastet im Gegenteil über alle  
7 Maßen die unteren Einkommensschichten. Die Umsatzsteuer soll in mehreren Stufen  
8 abgebaut werden und die Einnahmen durch das höhere Aufkommen aus der  
9 Erbschaftssteuer und der Einkommenssteuer kompensiert werden. Gemessen am  
10 verfügbaren Einkommen werden einkommensschwächere Haushalte benachteiligt.  
11 Indirekte Steuern sind daher v.a. aus Lenkungs Zwecken zu nutzen. Lenkungssteuern  
12 verfolgen hauptsächlich das Lenkungsziel, Einnahme- und Verteilungsziel sind  
13 nachrangig. In diesem Rahmen sind Tabak- und Alkoholsteuern einzuordnen –  
14 volkswirtschaftliche Kosten werden darüber internalisiert, negative externe Effekte  
15 anhand von speziellen Konsumsteuern im Preis der jeweiligen Güter abgebildet.  
16 Ähnliches gilt für Umweltbelastungen durch Emissionen. Alternativ zu Energie- oder  
17 Emissionssteuern können hier aber auch Umweltzertifikate genutzt werden. In diesem  
18 Fall sind diese Zertifikate natürlich von politischer Seite entsprechend so stark zu  
19 verknappen, dass ihr Marktpreis tatsächlich die volkswirtschaftlichen Kosten beinhaltet.  
20 Die Wirtschaftskrise hat gezeigt, was passiert, wenn Gewinne privatisiert und Verluste  
21 sozialisiert werden. Um Spekulationen an Finanzmärkten zu reduzieren und  
22 Finanzmärkte wieder stärker auf den Bereich Investitionen in die Realwirtschaft  
23 auszurichten, bedarf ein modernes Steuersystem einer Finanzmarkttransaktionssteuer.  
24 Ein modernes Steuersystem kann nicht auf nationaler Ebene gestaltet werden. Das  
25 Steuersystem ist daher langfristig europaweit zu vereinheitlichen bzw. europäisch  
26 umzusetzen. Die hier angesprochene Struktur kann auch als Grundlage für eine  
27 einheitliche bzw. gemeinsame europäische Besteuerung dienen. Insbesondere gilt die  
28 europäische Vereinheitlichung aber auch jetzt schon für den Bereich der  
29 Emissionssteuern bzw. Umweltzertifikate einerseits und andererseits für die  
30 Finanzmarkttransaktionssteuer. Weiterhin sind innereuropäische Steuer-Schlupflöcher  
31 zu schließen.

32 Sollen sich Gesellschaften nicht mehr gegenseitig im Steuerwettbewerb unterbieten,  
33 müssen Barrieren fallen Nationale Grenzen dürfen nicht die Grenzen der Solidarität  
34 sein. Über die nächsten Jahrzehnte wird man daher nicht an der Frage vorbei  
35 kommen, wie ein Steuersystem über die Grenze der EU hinaus international gestaltet  
36 werden kann. Auch dafür können Grundsätze des hier beschriebenen Steuersystems  
37 genutzt werden.

#### 38 39 **Begründung:**

40 erfolgt mündlich

#### 41 42 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

43 **Annahme in geänderter Fassung wie nachstehend:**

44 **Seite 22, Zeilen 1 – 55 werden Antragstext mit nachfolgenden Änderungen:**

45 **Seite 22, Zeile 9 „...auf über 50 %“ wird gestrichen.**

46 **Seite 22, Zeile 19 Neufassung „a. Höchsterbschaften ab einem Freibetrag von 1  
47 Million Euro durch einen deutlich höheren Steuersatz.“**

48 **Seite 22, Zeile 43 „Abschaffung“ wird gestrichen.**

49 **Seite 21, Zeilen 15 – 53 werden Begründung**

50 **Seite 23, Zeilen 1 – 54 Begründung mit nachstehender Änderung: Zeile 6:  
51 streichen (auf über 50 %)und Zeile 48 und 49 wird der Satz „Dazu muss der  
52 Steuersatz nach Freibeträgen bei 100% liegen“ wird gestrichen.**

53 **Seite 24, Zeilen 1 – 37 werden Begründung.**

54  
55

1 Annahme:  
2 Annahme in geänderter Fassung:  
3 Überweisung an:

erledigt durch:  
Ablehnung:  
Nichtbefassung:

## 7 **B 2**

### 9 **(ASF Hessen-Süd)**

#### 11 **Übermittlung einer gemeinsamen Einkommenssteuererklärung über ELSTER**

13 Zur Zeit sieht es so aus, als ob ein Steuerpflichtiger, der über einen ELSTER-Zugang  
14 verfügt, alleine eine wirksame Einkommenssteuererklärung für sich und seine /seinen  
15 Ehepartnerin / Ehepartner übermitteln kann, ohne eine Freigabe von der Partnerin /  
16 dem Partner einzuholen.

18 Der Bezirksparteitag Hessen-Süd fordert den SPD-Bezirksparteitag auf, sich für eine  
19 Lösung bei der Übermittlung der EST-erklärung via ELSTER einzusetzen, die  
20 sicherstellt, dass beide (steuerpflichtigen und damit für die Richtigkeit und  
21 Vollständigkeit der Erklärung verantwortlichen) Ehepartner die Erklärung signiert  
22 haben.

#### 24 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

26 Annahme:  
27 Annahme in geänderter Fassung:  
28 Überweisung an:

erledigt durch:  
Ablehnung:  
Nichtbefassung:

## 32 **B 3**

### 34 **(ASF Hessen-Süd)**

#### 36 **Bundesweite Finanzierung von Frauenhäusern gesetzlich verankern**

38 Zur Sicherstellung des Schutzes und der Hilfe für alle betroffenen Frauen und deren  
39 Kinder fordern wir die Schaffung einer bundesweit verbindlichen Rechtsgrundlage, die  
40 eine einzelfallunabhängige, kostendeckende und verlässliche Finanzierung der  
41 Frauenhäuser in den Kommunen gewährleistet.

#### 43 **Begründung:**

45 Obwohl die Notwendigkeit von Frauenhäusern allgemein anerkannt ist, hat dies bisher  
46 nicht zu einer befriedigenden öffentlichen Finanzierung geführt. Zwar gibt es in fast  
47 allen Bundesländern Förderprogramme, nach denen im Rahmen von Richtlinien  
48 Zuschüsse teils zu den Personal-, teils zu Sachkosten oder zu Investitionskosten  
49 gewährt werden, die in der Regel zur Finanzierung jedoch nicht ausreichen. Zudem  
50 handelt es sich hierbei um freiwillige Leistungen, die Frauenhäusern keine  
51 Planungssicherheit geben und immer wieder Kürzungen anheimfallen. Die notwendige  
52 Komplementärfinanzierung ist von den Kommunen zu leisten. Seit Einführung des SGB  
53 II gehen Kommunen verstärkt dazu über, die Finanzierung in Form von Tagessätzen  
54 zu praktizieren, die auf der Grundlage individueller Leistungsansprüche der  
55 Bewohnerinnen nach SGB II, SGB XII und AsylbLG beruhen. Nicht alle Bewohnerinnen

1 haben jedoch Ansprüche nach diesen Gesetzen und nicht alle Kosten des  
2 Frauenhauses sind im Rahmen der Leistungsansprüche realisierbar. Hierdurch  
3 ergeben sich vielfach große Finanzierungsschwierigkeiten für die Frauenhäuser.  
4  
5

6 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

7 **Annahme in geänderter Fassung wie nachstehend: Einfügung Antragstext Seite**  
8 **25, Zeile 41 „..... Frauenhäuser in den Kommunen durch den Bund ....“**  
9

10 Annahme:	erledigt durch:
11 Annahme in geänderter Fassung:	Ablehnung:
12 Überweisung an:	Nichtbefassung:

13  
14  
15

16 **B 4**

17  
18 **(Unterbezirk Hochtaunus)**  
19

20 **Deckelung der Zinsen für Dispositions- und Überziehungskredite**  
21

22 Die SPD wird aufgefordert sich im Rahmen ihrer Regierungsbeteiligung auf  
23 Bundesebene für eine gesetzliche Deckelung der Zinsen für Dispositions – und  
24 Überziehungskredite einzusetzen. Dispositionszinsen dürfen in Zukunft nur noch  
25 maximal 5% und Überziehungszinsen max. 8% über dem Leitzins der Europäischen  
26 Zentralbank liegen.  
27

28 **Begründung:**  
29 Erfolgt mündlich.  
30

31 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**  
32

33 Annahme:	erledigt durch:
34 Annahme in geänderter Fassung:	Ablehnung:
35 Überweisung an:	Nichtbefassung:

36  
37  
38

39 **B 5**  
40

41 **(Unterbezirk Main-Taunus)**  
42

43 **Familiengerechteres Besteuerungssystem**  
44

45 Die SPD Bundespartei wird aufgefordert, sich über Anpassungen bei Steuersätzen und  
46 geeignete Maßnahmen für eine Veränderung des jetzigen Besteuerungssystems,  
47 insbesondere zu Gunsten von jungen Familien, einzusetzen, um einer wesentlichen  
48 Ursache für die zunehmend ungerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung  
49 entgegen zu wirken.  
50

51 **Begründung:**  
52

53 Eine der wichtigsten Ursachen für eine immer ungerechter werdende  
54 Vermögensverteilung in Deutschland ist unser Steuersystem. In seiner  
55 bahnbrechenden wirtschaftswissenschaftlichen Untersuchung „Kapital im 21.

1 Jahrhundert“ hat aktuell Thomas Piketty die immer stärker auseinandergehende  
2 Schere von Einkommen aus Kapitalvermögen gegenüber Einkommen aus Arbeit  
3 belegt – gültig auch für Deutschland.

4  
5 Im Klartext: denen, die schon haben wird immer mehr gegeben, und mit diesem Geld  
6 wird das Umverteilungssystem weiter gesponsort!

7  
8 Die Einkünfte aus Kapitalerträgen (Zinsen, Dividende etc.) werden im jetzigen  
9 Besteuerungssystem maximal mit durchschnittlich 25% Steuer belegt. Außerdem  
10 können Vermögende mit hohen Einkünften (bspw. aus Anlagevermögen, Mieten, etc.)  
11 hohe Einkommensbeträge steuerlich neutralisieren (Abschreibungen,  
12 Sonderabschreibungen, Erbschaftssteuerprivilegien, subventionsgleiche  
13 Fördermaßnahmen, etc. ). Damit werden praktisch im Durchschnitt nur wenige  
14 Prozentpunkte Steuer auf Einkommen entrichtet. Vor allem durch Immobiliengeschäfte  
15 können Vermögende (bei über 10 jährigem Eigentum) zusätzlich hohe steuerfreie  
16 Gewinne einfahren. Außerdem haben sie auf diese Einkünfte keine Sozialabgaben zu  
17 leisten.

18  
19 Auf der anderen Seite sind fast alle jungen Familien heute kaum in der Lage, selbst  
20 Immobilienbesitz zu erwerben - es reicht ja kaum zur Miete. Junge Familien haben z.  
21 B. bei Selbstnutzung Ihrer Wohnimmobilie keinen steuerlichen Abzug. Würden jedoch  
22 die reichen Eltern bauen, dann wäre die Immobilie steuerlich abschreibbar. Dass nur  
23 junge Familien mit reichen Eltern indirekt den Steuerabzug nutzen können, ist ein  
24 Skandal. Vor über 30 Jahren haben die inzwischen abgeschafften Steuergesetze §7b  
25 etc. jungen Familien einen spürbaren Steuerabzug ermöglicht und so auch nicht-  
26 reichen jungen Familien eine Chance gegeben, ein eigenes Haus zu erwerben.

27  
28 Vermögende sollten grundsätzlich auf alle Einkommen einen Mindest-Steuersatz von  
29 vorschlagsweise 15% entrichten. Erst dann sollte die darüber hinaus gehende  
30 Steuerschuld mit Abschreibungen erniedrigt werden können. Das  
31 Steuerprogressionssystem gilt es ebenfalls zur Entlastung unterer und  
32 Familieneinkommen (Stichwort: Familiensplitting) und Erweiterung in hohe  
33 Einkommensbereiche umzugestalten. Zur weiteren Finanzierung eines sozial  
34 geprägten Steuersystems ist auch die Kapitaltransaktionssteuer (Stichwort. Tobin Tax)  
35 endlich konsequent zur Abschöpfung von substanzlosen Kapitalverkehrsgewinnen zu  
36 Lasten der Realwirtschaft (Stichwort: Besserstellung wertschöpfende Arbeit)  
37 einzuführen.

38  
39 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**  
40 **Erledigt durch die Annahme von B 1**

41  
42 Annahme:  
43 Annahme in geänderter Fassung:  
44 Überweisung an:

erledigt durch:  
Ablehnung:  
Nichtbefassung:

# Antragsgruppe C

## Sozialpolitik

### C 1

#### (Bezirksvorstand)

#### **Gute und zukunftsfeste Renten solidarisch sichern!**

Die SPD hat in der großen Koalition viel für mehr Rentengerechtigkeit erreicht.

Die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren nutzt vor allem denjenigen, die lange ihren Beitrag zur Rentenversicherung geleistet haben, denen es aber schwer fällt bis 67 zu arbeiten.

Mit der Mütterrente haben wir mehr Gerechtigkeit für Mütter geschaffen, die Kinder vor 1992 zur Welt gebracht haben, auch wenn wir dies gerne vollständig mit Steuermitteln finanziert hätten.

Die Verbesserungen bei der Erwerbminderungsrente helfen denen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr weiter arbeiten können und die oftmals besonders von Altersarmut bedroht sind.

Mit dem Mindestlohn und der Stärkung der Tarifpartnerschaft haben wir auch auf dem Arbeitsmarkt wichtige Schritte für eine bessere Rente getan.

Trotz aller Erfolge brauchen wir weitere Verbesserungen unseres Rentensystems. Dabei sollten uns folgende Ziele leiten:

- Die Rente muss den Lebensstandard sichern. Wer in Rente geht darf keine Angst haben, dabei sozial abzustiegen und harte Einschnitte in seiner oder ihrer Lebensführung hinnehmen zu müssen.
- Die Finanzierung der Rente muss den Prinzipien der Solidarität und der Parität folgen. Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung für alle, in der die Versorgungswerke integriert und Abgeordnete, Freiberufler, Selbständige und perspektivisch auch Beamte solidarisch einzahlen.
- Wer lange für geringes Geld gearbeitet hat, muss das Erarbeitete im Alter trotzdem behalten dürfen. Deswegen wollen wir eine Mindestrente die ohne Bedürftigkeitsprüfung gewährt wird.
- Die private Vorsorge als dritte Säule der Rentenversicherung hat die Erwartung, das sinkende Rentenniveau zu kompensieren, nicht erfüllt. Ihre Subventionierung aus Steuermitteln wollen wir bestandssichernd auslaufen lassen.
- Die Altersvorsorge muss sich flexibel den unterschiedlichen Anforderungen verschiedener Branchen anpassen. Sie muss dabei sowohl kürzere oder längere Lebensarbeitszeiten in verschiedenen Berufen als auch Aus-, Fort- und Weiterbildungsanforderungen berücksichtigen. Dabei sollte die Betriebsrente eine wichtige Rolle spielen.
- Auch im Rentensystem muss sich eine partnerschaftliche Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit positiv widerspiegeln. Die Rente muss unsere moderne Vorstellung von Partnerschaftlichkeit in der Familie abbilden. Die

1 Rentensituation von Frauen muss besonders berücksichtigt werden. Frauen,  
2 die in der Vergangenheit die überwiegende Familienarbeit in einer Beziehung  
3 getragen haben, müssen diese anerkannt bekommen.

- 4 • Die Rente muss sich flexibel den sich verändernden Erwerbsbiographien  
5 anpassen. Wer berufsbedingt immer wieder Zeiten ohne Erwerbstätigkeit hat  
6 und zwischen abhängiger und selbständiger Beschäftigung wechselt, braucht  
7 trotzdem Sicherheit für seine Versorgung im Alter.
- 8 • Die Altersvorsorge muss transparenter und verständlicher werden. Nur wer  
9 weiß, welche Ansprüche er oder sie hat und wie er oder sie sich eine gute  
10 Rente sichern kann, ist auch in der Lage selber Verantwortung dafür zu  
11 übernehmen.

## 12 **1. Die gesetzliche Rentenversicherung – Lebensstandardsicherung in der** 13 **ersten Säule.**

14 Die solidarische gesetzliche Rente ist die wichtigste Säule unseres Rentensystems.  
15 Wir wollen Sie wieder stärken. Sie ist der Kern einer lebensstandardsichernden  
16 Altersversorgung. Dieses zukunftsfest zu sichern, ist die Garantie für eine breite  
17 Akzeptanz der solidarischen Finanzierung. Dabei ist die perspektivische  
18 Festlegung des Rentenniveaus auf mindestens 50% wichtig aber nur ein Teil einer  
19 gerechten Rentenreform. Denn das Rentenniveau bezieht sich auf den so  
20 genannten Eckrentner (45 Jahre, Vollzeit, Durchschnittsverdienst), den es in der  
21 Realität nicht gibt.

22 Die Realität ist geprägt von immer mehr Wechseln zwischen selbständiger und  
23 abhängiger Beschäftigung und zwischen Zeiten der Familien- und der  
24 Erwerbsarbeit oder Unterbrechungen durch Arbeitslosigkeit. Deswegen brauchen  
25 wir eine lebensstandardsichernde Rente, die sich diesen Anforderungen anpasst.  
26

27 Die Rentenversicherung trägt auch Verantwortung für das gesunde Erreichen des  
28 Renteneintrittsalters. Wir wollen die Aufgaben der Prävention und Rehabilitation  
29 weiter stärken.  
30

31 Besonderen Handlungsbedarf gibt es bei den Erwerbsminderungsrenten, die schon  
32 heute einem hohen Armutsrisiko unterliegen. Die Erwerbsminderungsrente liegt  
33 heute bei durchschnittlich 650€. Wir wollen die Abschläge auf  
34 Erwerbsminderungsrenten abschaffen.  
35

36 Zur besseren Absicherung von Menschen mit gebrochenen Erwerbsbiographien  
37 und insbesondere Frauen und wollen wir einen Mindestbeitrag in der gesetzlichen  
38 Rente unabhängig von Erwerbstätigkeit. Den Mindestbeitrag sollen alle zahlen,  
39 außer denjenigen, die sich Ausbildung befinden. Mit dem Mindestbeitrag muss  
40 mindestens Grundsicherungsniveau erreicht werden. Perspektivisch macht ein  
41 Mindestrentenbeitrag die Mindestrente überflüssig.  
42

## 43 **2. Mindestrente – lange arbeiten muss sich lohnen, auch bei geringem** 44 **Einkommen.**

45 Das Rentensystem kann nicht alles heilen, was in einer Erwerbsbiographie schief  
46 gelaufen ist. Wir halten am Äquivalenzprinzip fest. Wer mehr einzahlt muss auch  
47 mehr heraus bekommen. Wer aber lange gearbeitet und Beiträge gezahlt und  
48 dabei wenig verdient hat, der darf nicht genau so behandelt werden, wie jemand  
49 der nie oder kaum gearbeitet und Beiträge gezahlt hat. Mit einer Mindestrente  
50 oberhalb der Grundsicherung wollen wir für mehr Gerechtigkeit sorgen. Wer  
51 Mindestrente bezieht muss keine Bedürftigkeitsprüfung fürchten.  
52  
53  
54  
55

1 Als wesentliches Kriterium gelten 40 Jahre Versicherungszeit (rentenrechtliche  
2 Zeiten) und ein Rentenbeginn mit regulärem Renteneintrittsalter.

### 3. Riesterrente – private Vorsorge zukünftig ohne Steuergeld.

6 Die Riesterrente hat ihre Erwartungen nicht erfüllt. Insbesondere  
7 Geringverdienende sollten von den Subventionen profitieren. Doch gerade diese  
8 Zielgruppe hat sich nicht in dem notwendigen Maße für Riesterrenten entschieden.  
9 Wir wollen daher die staatliche Förderung und Subventionierung der privaten  
10 Rentenvorsorge auslaufen lassen:

11 Die bisher abgeschlossenen Verträge genießen weiter Bestandsschutz. Wer aber  
12 in Zukunft eine zusätzliche private Altersversorgung abschließen möchte, muss auf  
13 Steuersubventionen verzichten. Dafür wollen wir mit den freiwerdenden Mitteln die  
14 Betriebsrenten fördern.

### 4. Betriebliche Altersvorsorge - flächendeckend und branchenspezifisch.

18 Die betriebliche Altersvorsorge ist für uns die beste zusätzliche Vorsorge für  
19 einen angemessenen Lebensstandard im Alter. Die aktuelle Ausgestaltung der  
20 Betriebsrenten ist komplex und erreicht nicht diejenigen, die ein zusätzliche  
21 Altersvorsorge dringend nötig haben, nämlich Gering- und Niedrigverdienende. Wir  
22 wollen daher eine flächendeckende, obligatorische Betriebsrente mit klarem und  
23 verbindlichem Gesetzesrahmen und einem Vorrang für tarifliche Lösungen. Wir  
24 wollen kollektive Lösungen, die Verwaltungskosten minimieren und die Portabilität  
25 bei Jobwechseln garantieren.

26 Sie soll zum einen die gesetzliche Rente ergänzen. Zum anderen wollen wir mit der  
27 betrieblichen Altersvorsorge branchenspezifische Anforderungen (Altersteilzeit,  
28 Abkaufen von Abschlägen, ...) tarifpartnerschaftlich umsetzen. Unterschiedliche  
29 Branchen haben unterschiedliche Belastungen und Anforderungen an einen  
30 Rentenübergang. Wo keine Tarifpartner über die Betriebsrenten entscheiden,  
31 gelten starre gesetzliche Regelungen und Anforderungen.

33 Zur Finanzierung können u.a. die vorgesehenen Mittel zur Förderung der Riester-  
34 Rente für die betriebliche Altersvorsorge eingesetzt werden.

### 5. Finanzierung – Solidarität in einer Erwerbstätigenversicherung

38 Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung zu einer  
39 Erwerbstätigenversicherung erweitern. Dabei wollen wir schrittweise die  
40 Beitragsbasis auf Abgeordnete, Freiberufler und Selbständige und perspektivisch  
41 auf Beamte erweitern. Auch die Versorgungswerke wollen wir integrieren.

43 Weitere Finanzierungsmöglichkeiten bestehen in der Herausnahme und  
44 Steuerfinanzierung sämtlicher versicherungsfremder Leistungen.

45 Darüber hinaus liegen weitere Finanzierungsmöglichkeiten in der Erhöhung der  
46 Steuerfinanzierung und der Anhebung des Beitragssatzes. Darüber hinaus wollen  
47 wir prüfen, wie ein Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze verfassungskonform  
48 ausgestaltet werden kann ohne das daraus aufgrund des Auszahlungs-Äquivalents  
49 höchste Leistungsansprüche entstehen.

51 Eine gute lebensstandardsichernde Rente ist für die soziale Sicherheit und das  
52 Vertrauen in den deutschen Sozialstaat von immens hoher Bedeutung. Die  
53 Rentenpolitik beschäftigt alte wie junge Menschen und muss mit Sorgfalt und  
54 Klarheit beraten werden. Soziale Sicherungssysteme müssen sich immer wieder

1 neu vor den Herausforderungen der Zeit bewähren und sich wandelnden  
2 Verhältnissen anpassen und dabei verlässlich bleiben.

3 Wir wollen dies mit einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung und einer  
4 flexiblen und starken Betriebsrente erreichen, die sich der modernen Arbeitswelt  
5 anpassen.

## 7 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

8  
9 Annahme:

erledigt durch:

10 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

11 Überweisung an:

Nichtbefassung:

## 15 **C 2**

### 17 **(Unterbezirk Hochtaunus)**

#### 19 **Rente und Gerechtigkeit - Altersarmut geht uns alle an**

##### 21 **Der Parteitag möge beschließen:**

#### 23 **Rente und Gerechtigkeit - Altersarmut geht uns alle an**

24  
25 Seit Jahren zeichnet sich eine dramatische gesellschaftliche Entwicklung ab. Immer  
26 mehr Menschen drohen an Ihrem Lebensende unter die Armutsgrenze zu fallen. Bei  
27 der geplanten Absenkung des Netto-Rentenniveaus auf 43,5 % bis zum Jahr 2030 wird  
28 dies bei einem durchschnittlichen Bruttolohn von 2000,- € bei 40 Beitragsjahren zu  
29 einer Rente unterhalb der Hartz-IV Höhe führen. Altersarmut wird sich somit immer  
30 weiter zum gesellschaftlichen Regelfall entwickeln. Für die Sozialdemokratie ein  
31 unhaltbarer Zustand. Es braucht Vision, Weitsicht und reformerischen Mut, um die  
32 Entwicklung unseres Rentensystems wieder auf eine stabile und solidarische  
33 Grundlage zu stellen. Dabei bietet die Migrationsbewegung wichtige Möglichkeiten zum  
34 rentenpolitischen Kurswechsel. Gleichzeitig kann ein solcher Kurswechsel einen  
35 entscheidenden Baustein im Kampf gegen den von rechten Demagogen verbreiteten  
36 Fremdenhass darstellen.

37 Die rentenpolitische Auseinandersetzung ist bis heute geprägt von dem Glauben,  
38 aufgrund des sich vollziehenden demografischen Wandels sei die staatliche  
39 Rentenversicherung nicht mehr in der Lage, auskömmliche Renten zu garantieren.

40 Ausgehend von dieser Analyse wurde am Anfang des Jahrtausends durch die  
41 Rentenreform ein entscheidender Paradigmenwechsel vollzogen. Der Fokus der  
42 Rentenpolitik liegt seitdem auf möglichst stabilen und niedrigen Rentenbeiträgen  
43 kombiniert mit eigenverantwortlicher privater Vorsorge auf Seiten der  
44 Arbeitnehmerschaft.

45 Die Zielsetzung, durch die gesetzliche, paritätisch umlagefinanzierte Rente eine  
46 Lebensstandardsicherung zu erreichen und Altersarmut zu verhindern, trat seitdem  
47 immer mehr in den Hintergrund. Diese Entwicklung muss gestoppt und umgekehrt  
48 werden. Gerade in der Finanzkrise hat sich gezeigt, dass die gesetzliche  
49 umlagefinanzierte Rente, immer noch die stabilste und sicherste Altersvorsorge  
50 darstellt.

51 Gerade die Zunahme atypischer Beschäftigung und der Rückgang von Reallöhnen  
52 stellen jedoch die größte Gefahr für auskömmliche Renten dar. Für uns gilt der  
53 Grundsatz: Gute Arbeit und starke Löhne sind der beste Schutz vor Altersarmut.  
54 Dennoch bedarf es neben gezielter Arbeitsmarktpolitik einer grundlegenden  
55 Erneuerung der bundesdeutschen Rentenpolitik.

## 1 2 **Stabilität durch Migration und Integration**

3  
4 Die aktuelle Migrationsbewegung bietet dabei unverhoffte Möglichkeiten, die  
5 Neuausrichtung der Rentenpolitik solidarisch zu gestalten und der demographischen  
6 Entwicklung ihre gefährlichen Spitzen zu nehmen. Allein im Jahr 2015 kamen rund eine  
7 Millionen Menschen zu uns, von denen über 50% jünger als 25 Jahre sind. Im  
8 kommenden Jahr ist mit mindestens weiteren 500.000 Menschen zu rechnen.  
9 Oberstes Ziel muss es sein, diese Menschen durch ausreichende und qualifizierte  
10 Sprachkurse, Fortbildungen und Möglichkeiten der Nachqualifizierung sowie der  
11 Anerkennung bereits erworbener Abschlüsse zügig eine Perspektive für den  
12 Arbeitsmarkt zu geben. Nach Berechnungen des Wirtschaftswissenschaftlers und  
13 Rentenforschers Axel Börsch-Supan vom Munich Center for the Economics of Aging  
14 könnten bereits die Kosten für die Mütterrente wie die Rente nach 45 Beitragsjahren  
15 ausgeglichen werden, wenn 75% dieser Menschen einen qualifizierten Arbeitsplatz  
16 fänden.

17 Eine Überlastung der umlagenfinanzierten Rente und eine damit verbundene Senkung  
18 des Netto- Rentenniveaus sowie eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre  
19 können uns durch vorausschauende Migrationspolitik in den nächsten Jahrzehnten  
20 erspart bleiben. Die Lücke, welche die Jahrgänge aus dem „Babyboom“ (1955-1969)  
21 normalerweise im Rentensystem hinterlassen würden, kann so geschlossen werden.  
22

## 23 **Existenzsichernde Renten**

24  
25 Zentrale Ursache für die drohende und bereits existierende Altersarmut ist das stetige  
26 Absenken des Netto-Rentenniveaus in den letzten 25 Jahren. Im Zeitraum zwischen  
27 1990 und 2015 ist eben dieses für Neurentner von 55,1% auf 47,5% abgesenkt  
28 worden. Bis 2030 ist eine Absenkung auf 43,5 % geplant.

29 Die als Ausgleich angelegte staatlich subventionierte private Altersvorsorge hat ihr Ziel  
30 überdies nicht erreicht. Beiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden  
31 durch Verwaltungskosten wie Provisionen erheblich geschmälert. Verrechnungen mit  
32 der staatlichen Grundsicherung führen das System Riester darüber hinaus für viele ad  
33 Absurdum. Weiter können in aller Regel gerade diejenigen, die am meisten im  
34 bestehenden System auf private Vorsorge angewiesen wären - Geringverdiener -, sich  
35 die auf mehrere Jahre angelegten Zusatzbeiträge im Rahmen des Riesters nicht  
36 leisten.

37 Mittelfristig wird es darum gehen, die gesetzliche Rentenversicherung zu stärken, das  
38 Rentenniveau zu stabilisieren und durch Arbeitszeit- und Lebensarbeitszeitverkürzung  
39 Arbeit gerechter zu verteilen.

40 Im Einzelnen wollen wir:

- 41 • eine Mindestrente in Höhe eines Vollzeitgehalts auf Mindestlohnbasis ab 45  
42 Vollzeit-Beitragsjahren (derzeit ca. 1.428 EUR), abgestufte Abstriche bei  
43 niedrigeren Beitragsleistungen bis zur Höhe des Existenzminimums (ca. 840  
44 EUR)
- 45 • das Netto-Rentenniveau auf 50 % anheben und stabilisieren
- 46 • das Renteneintrittsalter auf 65 Jahre absenken
- 47 • das Riestermodell abschaffen
- 48 • eine Möglichkeit der Zusatzvorsorge im Rahmen der staatlichen Rentenkasse  
49 mit flexiblen Verpflichtungszeiträumen einrichten
- 50 • die öffentlichen Fördergelder im Rahmen der Riesterrente zukünftig  
51 in die staatliche Rentenversicherung umleiten
- 52 • alle nicht erfassten Berufsgruppen und Einkommensarten sind in die staatliche  
53 Rentenkasse zu integrieren; hierzu zählen u.a. Beamte, Selbständige,  
54 Kapitalerträge sowie Mieteinkünfte
- 55 • bereits abgeschlossene Riesterverträge einhalten

1  
2 **Langfristige Finanzierung der Rente - die soziale Frage beantworten**  
3

4 Das demografische Problem wird sich in den kommenden Jahrzehnten wieder stellen.  
5 Die langfristige solidarische Finanzierung der Renten wird nur gelingen, wenn die  
6 Rentenpolitik berücksichtigt, dass der Rückgang des Faktors Arbeit in der  
7 Wertschöpfung auch Folgen für die sozialen Sicherungssysteme haben muss. Anders  
8 gesprochen: Die Steuerzuschüsse in die Rentenkasse müssen deutlich steigen, wenn  
9 immer weniger Menschen Beiträge zahlen, während die Rentenansprüche nicht  
10 sinken. Diese Schieflage muss korrigiert werden. Diese Auseinandersetzung wird nicht  
11 losgelöst von einer tiefgreifenden Debatte über Umverteilung von Einkommen und  
12 Vermögen zu beantworten sein. Letztlich geht es nicht darum, Haushaltsmittel in die  
13 Rentenkassen zu Renten zugute kommen muss.

14 Das Risiko der Altersarmut geht uns alle an und muss gesamtgesellschaftlich  
15 abgewehrt werden. Unsere Gesellschaft verfügt über genügend Wohlstand um sicher  
16 zu stellen, dass auf ein langes Erwerbsleben auch ein würdiger Lebensabend folgt.  
17

18 **Begründung**  
19 erfolgt mündlich  
20

21 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**  
22 **Erledigt durch die Annahme von C 1**  
23

24 Annahme:	erledigt durch:
25 Annahme in geänderter Fassung:	Ablehnung:
26 Überweisung an:	Nichtbefassung:
27	
28	
29	

30 **C 3**  
31

32 **(60plus Hessen-Süd)**  
33

34 **Sicherung der Altersversorgung**  
35

36 Die SPD Hessen-Süd fordert für die im Jahr 2017 anstehenden Wahlen die Festlegung  
37 eines klaren sozialdemokratischen Programms in dem der Markenkern der SPD, „die  
38 soziale Gerechtigkeit“, im Vordergrund stehen.  
39

40 Hierzu gehören:  
41

- 42 • Die Stärkung der gesetzlichen umlagefinanzierten Rente
- 43 • Die Anhebung des gesetzlichen Rentenniveaus auf mindestens 50 %
- 44 • Die Beendigung der Riesterförderung bei Vertrauensschutz für bereits  
45 bestehende Verträge
- 46 • Die Wiedereinführung der Rentenversicherung für Langzeitarbeitslose
- 47 • Die jährliche Mindestanhebung der Renten um die Preissteigerungsrate
- 48 • Die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Rentenbeiträge
- 49 • Die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze
- 50 • Die Finanzierung aller versicherungsfremden Leistungen aus Steuermitteln
- 51 • Die spezielle Förderung der Altersversorgung von Frauen
- 52 • Die Einführung einer gesetzlichen Bürgerrentenversicherung

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55

**Begründung**

Die Rente ab 67 war und ist eine verdeckte Rentenkürzung, da die Wenigsten aufgrund der Arbeitsbedingungen in der Lage sein werden bis zum 67. Lebensjahr arbeiten zu können.

Die Rente muss vor allem Lebensstandard sichernd ausgestaltet werden, anstatt zur Grundsicherung zu verkommen.

Das gesetzliche Rentenniveau muss auf mindestens 50 % zurück geführt und stabilisiert werden. Dazu sind die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren abzuschaffen.

Es darf keine neuen Subventionen und staatliche Anreize für Kapital gedeckte Systeme, welcher Art auch immer, geben.

Frauen weisen lange Zeiten von Teilzeitbeschäftigungen oder Niedriglohnbezug auf. Erwerbsbiografien von Frauen sind häufig geprägt von Unterbrechungen für Kindererziehungszeiten und/oder Pflege von nahen Angehörigen.

**Empfehlung der Redaktionskonferenz:  
Erledigt durch die Annahme von C 1**

Annahme:	erledigt durch:
Annahme in geänderter Fassung:	Ablehnung:
Überweisung an:	Nichtbefassung:

**C 4**

**(OV Darmstadt-Mitte / Darmstadt-Eberstadt)**

**Rentenpolitik**

Die SPD Hessen-Süd begrüßt die Initiative von Sigmar Gabriel und Andrea Nahles mit dem Ziel das Rentenniveau zu stabilisieren.

Wir fordern ein Rentenniveau, das für ein sicheres Leben im Alter wieder reicht. Uns ist dabei bewusst, dass der Demographische Wandel der Gesellschaft ausreichend berücksichtigt werden muss.

Das Generationenmodell in der Rentenversicherung muss auch für die heutigen 20-40 jährigen Versicherten gerecht geregelt werden. Die im Erwerbsleben eingezahlten Beiträge müssen sich bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung angemessen im Rentenbezug widerspiegeln.

Versicherungsfremde Leistungen (Anrechnung von Schulzeiten, Studium, Erziehungszeiten sowie Hinterbliebenenrenten) müssen dauerhaft aus Steuermitteln finanziert werden.

Hierfür soll sich die SPD Bundestagsfraktion und die Partei einsetzen.

**Begründung:**

Die mit der Agenda 2010 begonnenen Reformen sowie die Rente mit 67 wurden bereits zum Teil angepasst. Die Rente nach 45 Versicherungsjahren mit 63 begrüßen wir.

1 Allerdings sinkt nach der jetzigen Rechtslage bis zum Jahr 2030 das Rentenniveau  
2 weiter. Hier sollte so schnell wie möglich gegengesteuert werden. Die notwendigen  
3 Mittel hierfür sind vorhanden.

4  
5 Ziel der Reform muss es sein, dass deutlich weniger Rentner in Zukunft auf eine  
6 Grundsicherung angewiesen sind.

7 Alleine eine erforderliche Antragstellung beim Sozialamt der Stadt ist für viele Rentner  
8 eine Hürde, die dazu führt, dass dieser Antrag nicht gestellt wird.

9  
10 Durch ein angemessenes Rentenniveau wird auch dauerhaft eine angemessene  
11 Teilhabe am sozialen Leben sichergestellt.

12  
13 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**  
14 **Erledigt durch die Annahme von C 1**

15  
16 Annahme: erledigt durch:  
17 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:  
18 Überweisung an: Nichtbefassung:  
19  
20  
21

22 **C 5**

23  
24 **(ASF Hessen-Süd)**

25  
26 **Erziehungsrente**

27  
28 Der SPD-Bezirksparteitag wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass eine  
29 Erziehungsrente, welche nach dem Tod eines Elternteils an das verbleibende Elternteil  
30 gezahlt wird, auch im Falle einer nicht bestandenen Ehe, an den hinterbliebenen  
31 Elternteil ausgezahlt wird.

32  
33 **Begründung**

34  
35 Gemäß § 47 Absatz 1 SGB VI erhält nach dem Tod eines Elternteils das hinterbliebene  
36 Elternteil auf Antrag eine Witwen-/Witwerrente<sup>1</sup> bzw. eine Erziehungsrente<sup>2</sup>. Diese wird  
37 aus der Rentenversicherung der/des Hinterbliebenen gezahlt. Voraussetzung für den  
38 Erhalt eines finanziellen Ausgleichs ist also eine vorher bestandene Ehe bzw. die  
39 Scheidung dieser.

40 Nicht verheiratete Hinterbliebene haben keinen Anspruch auf finanziellen Ausgleich.  
41 Als finanzielle Unterstützung der Hinterbliebenen kommt allein die Halbwaisenrente<sup>3</sup>  
42 zum Tragen.

43 Es bestehen erhebliche Zweifel daran, dass die Regelungen in dieser Form mit Artikel  
44 6 Absatz 5 GG<sup>4</sup> und Artikel 3 GG<sup>5</sup> vereinbar sind.

45 § 47 SGB VI bezweckt den Schutz von Kindern, die nach einer Ehescheidung einen  
46 Elternteil durch dessen Tod verlieren. Neben der dann zu zahlenden Waisenrente, die

---

<sup>1</sup> Im Falle einer bestandenen Ehe.

<sup>2</sup> Im Falle einer Scheidung.

<sup>3</sup> In Höhe von 10% der Vollrente des verstorbenen Elternteils, beim Tod beider Elternteile in Höhe von 20%.

<sup>4</sup> Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

<sup>5</sup> (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

1 zur finanziellen Absicherung des Kindes selbst dient, dient die Erziehungs- bzw.  
2 Witwen/-errente dazu, den überlebenden Elternteil soweit finanziell abzusichern, dass  
3 die Kindererziehung durch nur einen Elternteil zumindest teilweise sichergestellt ist.  
4 Der Gesetzgeber geht für die Erziehungsrente zutreffend davon aus, dass ein Elternteil  
5 nicht mehr Vollzeit arbeiten und daneben die Kinder menschenwürdig erziehen sowie  
6 die Sicherheit zum Schutze von Leben und Gesundheit gewährleisten kann. Durch den  
7 Wegfall eines Elternteils erhöht sich zwangsläufig der Zeiteanteil, den der überlebende  
8 Elternteil in die Kindererziehung investieren muss. Dies wird dazu führen, dass die  
9 Erwerbsarbeit reduziert oder sogar ganz eingestellt werden muss.

10 Artikel 6 Absatz 5 GG bestimmt, dass den unehelichen Kindern durch die  
11 Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung  
12 zu schaffen sind wie den ehelichen Kindern.

13 Gegen diese Verfassungsnorm verstößt § 47 SGB VI. Diese Norm schließt Eltern  
14 nichtehelicher Kinder komplett von der Gewährung einer Erziehungsrente aus.  
15 Sachliche Gründe für diese Differenzierung liegen nicht vor. Die Formulierung von Art 6  
16 Absatz 5 GG bedeutet die Prüfung der Verfassungsgemäßheit einer  
17 einfachgesetzlichen Norm, dass diese Norm aus dem Blickwinkel des betroffenen  
18 Kindes heraus geprüft werden muss. Für ein Kind, das einen Elternteil durch Tod  
19 verliert macht es keinen Unterschied, ob das Kind ehelich oder unehelich geboren  
20 wurde. Der Einschnitt in die kindliche Entwicklung ist gleichermaßen hart. Die  
21 Erziehungsarbeit sowie die tagtägliche Sicherstellung von Leben und Gesundheit muss  
22 in beiden Fällen vom überlebenden Elternteil alleine übernommen werden.

23 Die Erziehungsrente gemäß § 47 SGB VI ist kein einfacher Ersatz für die Witwen- bzw.  
24 Witwerrente. Sie erfüllt einen bestimmten Zweck. Nämlich diesen, den überlebenden  
25 Elternteil finanziell zu unterstützen, damit dieser, der nach dem Tod des anderen  
26 Elternteils die Erziehungsarbeit alleine tragen muss hierzu auch in der Lage ist. Durch  
27 den Verlust eines Elternteils benötigt das Kind umso mehr Fürsorge durch den anderen  
28 Elternteil. Das gilt für eheliche und uneheliche Kinder gleichermaßen.

29 Da § 47 SGB VI seinen Sinn und Zweck nach dem Kindeswohl dient ist der pauschale  
30 Ausschluss von Eltern nichtehelicher Kinder von der Erziehungsrente mit Art. 6 Absatz  
31 5 GG unvereinbar.

32 Die jetzige Regelung ist faktisch eine erhebliche Gefahr für Leben und Gesundheit aller  
33 Beteiligten gleichermaßen.

34 Die Entscheidung ob eine Ehe eingegangen wird oder nicht obliegt einer Vielzahl von  
35 Beweggründen, die oftmals nicht rational zu verstehen bzw. zu beeinflussen sind. Die  
36 Entscheidung eines Elternteils für oder gegen eine Ehe darf keinesfalls zu Lasten des  
37 Kindes ausgelegt werden.

38 Die Differenzierung gemäß Grundgesetz, die Ehe besonders zu schützen, kann nicht  
39 Grund dafür sein, nichteheliche Kinder in einer derartigen Weise zu benachteiligen.

40 Zur weiteren Information verweisen wir auf den Beschluss

- 41 • BVerfG vom 02.05.12 Az: 1BvL 20/09 sowie
- 42 • SG Karlsruhe, Urteil vom 19. November 2014 – Az. S 12 R 4487/12
- 43 • rvLiteratur, Geschäftsprozessbeschreibungen: 805.20.15.00

44

#### 45 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

#### 46 **Eine Empfehlung der Redaktionskonferenz wird nachgereicht**

47

48 Annahme:

erledigt durch:

49 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

50 Überweisung an:

Nichtbefassung:

51

52

1  
2 **C 6**

3  
4 **(AGS Hessen-Süd)**

5  
6 **Für eine bessere soziale Absicherung von (Solo-)Selbständigen**

7  
8 **1. Paritätische Finanzierung der Sozialversicherungsbeiträge über die**  
9 **Künstlersozialkasse**

10  
11 Die SPD Hessen-Süd ist nur unter den folgenden Voraussetzungen für ein  
12 allgemeines Versicherungsmodell wie das der KSK:

- 13  
14 1. Es darf nicht zu bürokratisch sein,  
15 2. es muss gut, aber nicht zu teuer kontrollierbar sein,  
16 3. es muss zu nennenswerten Leistungen im Alter führen,  
17 4. vor allem aber darf die Bürde der Eintreibung der Abgaben nicht beim  
18 Soloselbständigen verbleiben und  
19 5. es darf keine Ausnahmen von der Beitragszahlungspflicht geben.

20  
21 **Begründung:**

22  
23 Die diskutierte Abwandlung und Ausweitung der KSK-Regelungen (= solo-  
24 selbstständige Auftragnehmer aller Berufsgruppen sollen die Abgabe selbst beim  
25 Auftraggeber eintreiben und dann zusammen mit ihrem eigenen Beitragsanteil an die  
26 Rentenkasse abführen) ist unrealistisch, weil

27  
28 1. damit der Verwaltungsaufwand auf die kleinsten und schwächsten Vertragspartner  
29 (d.h. auf die (Solo-) Selbstständigen) abgewälzt würde. Die Auftraggeber haben in aller  
30 Regel eine eigene Abteilung oder zumindest spezialisiertes Personal für Buchhaltung,  
31 Abrechnungs- und Personalwesen. Ein Solo-Selbstständiger hat das nicht, sondern  
32 muss alles selbst erledigen. Damit würden nur die „Großen“ entlastet werden!

33  
34 2. der Solo-Selbstständige damit noch mehr unter Druck gerät, denn er muss dann  
35 beim Kunden nicht nur sein in den letzten Jahren ohnehin stagnierendes oder gar  
36 sinkendes Honorar durchsetzen, sondern auch noch die Sozialversicherungsabgabe.  
37 (Damit wird übrigens einer uralten FDP-Forderung entsprochen - das kann nicht  
38 sozialdemokratische Absicht sein!)

39  
40 3. es von da dann nur noch ein kleiner Schritt hin zu der Regelung ist, dass nur für  
41 KSK-Versicherte die Abgabe überhaupt fällig wird (auch das eine alte FDP-Forderung,  
42 mit der das System ausgehöhlt werden soll). Das führt dazu, dass Auftragnehmer, die  
43 sich KSK-versichern wollen, unter den neuen Bedingungen entweder gar keine  
44 Aufträge mehr erhalten, oder sie müssen beim Honorar Nachlässe einräumen. Viele  
45 Kunden sagen schon heute: „wieso soll ich für Sie Sozialabgaben zahlen, dann suche  
46 ich mir doch einen Texter/Grafiker/Illustrator/Künstler etc., der nicht bei der KSK ist.“  
47 Diesen Kunden kann man momentan noch antworten, dass ihnen das nichts hilft, weil  
48 die KSK-Abgabe für alle kreativen Freiberufler fällig wird, egal ob sie dort versichert  
49 sind oder nicht. Wenn dieses Argument entfällt, weil Solo-Selbstständige ihre Beiträge  
50 künftig grundsätzlich selbst eintreiben sollen, stehen sie endgültig alleine da. Damit  
51 höhlt man mittelfristig sogar den gesetzlichen Mindestlohn aus, denn dann gibt es ja  
52 bald erpressbare Solo-Selbstständige, bei denen keiner mehr kontrolliert, ob sie die  
53 Mindesthonorare kriegen, wie sie sozialversichert sind etc.

## 2. Absicherung von EINKOMMENSBEZIEHERN IM NIEDRIGLOHNBEREICH:

1. Wir sind gegen Mindestbeiträge und ggfs. für eine steuerfinanzierte Existenzsicherung.
2. Die „solidarische Lebensleistungsrente“ wird von uns begrüßt.
3. Die Freibeträge für das sog. „Schonvermögen“ insb. bei Spargeldern, Kapitalversicherungen und Immobilien müssen deutlich erhöht werden, damit zwischenzeitlich deshalb gekürzte Transferbezüge nicht spätestens im Alter zur Verarmung führen.

### Begründung:

Bei einer rasant steigenden Zahl an sog. „Gebrochenen Erwerbsbiographien“ werden sich immer öfter Zeiten von Lohnarbeit, selbstständiger Arbeit und Sozialtransferbezug abwechseln. Bei den Mindestbeiträgen besteht das (bekannte) Problem der zumindest vorübergehend möglichen Zahlungsunfähigkeit. Deshalb sind fixe Mindestbeiträge ungeeignet.

Vor allem aber in dem Wort „existenzsicherndes Leistungsniveau der Sozialversicherung“ im Papier der Bundestagsfraktion liegt die Crux: schon die normale gesetzliche Rentenversicherung garantiert dies nicht und hat es auch noch nie. Eigene Ersparnisse, eine Immobilie und/oder Unterstützung durch die Familie waren für das Alter immer erforderlich. Hier sollten keine Erwartungen geweckt werden, die nicht erfüllbar sind. Daher ist ein ausreichendes Schonvermögen nötig.

### Empfehlung der Redaktionskonferenz:

#### Erledigt durch die Annahme von C 1

Annahme:

Annahme in geänderter Fassung:

Überweisung an:

erledigt durch:

Ablehnung:

Nichtbefassung:

## C 7

### (ASF Hessen-Süd)

#### Doppelbelastung durch geringfügige Beschäftigung in der Elternzeit gerecht entlohnen

Wir fordern die Schaffung eines finanziellen Anreizsystems, durch das Eltern in der Elternzeit weiterhin in einem geringfügigen Rahmen beim bisherigen Arbeitgeber tätig sein können, ohne, dass die Entlohnung dieser geringfügigen Beschäftigung, die in erster Linie den Zweck erfüllt, den Kontakt zum Betrieb in der Elternzeit nicht abreißen zu lassen, von der Lohnersatzleistung des Elterngelds abgezogen bzw. damit verrechnet wird.

#### Begründung:

Viele Eltern möchten auch in der Elternzeit den engen Kontakt zum Arbeitgeber aufrecht erhalten, z.B. durch geringe Zuarbeiten im HomeOffice, Teilnahme an Teamsitzungen, Projektmanagement, Übernahme einer Vertretungsfunktion oder geringfügigen Zuarbeit im Betrieb, Fortbildungen, Netzwerkpfege, etc..

Diese Leistungen, die in der Summe keine Teilzeittätigkeit darstellen und meist keine Regelmäßigkeit aufweisen, werden zu 100 % in der Entlohnung dem Elterngeld angerechnet.

1 Dies würdigt weder die Doppelbelastung der Eltern in einer solchen Situation, noch  
2 hilft sie den Betrieben, viele Beschäftigte, die sich für die Elternzeit entscheiden, in  
3 einem geringfügigen Maß auch in der Zeit der „Abwesenheit“ informationstechnisch  
4 ans Unternehmen zu binden.

5 Ein Anreizsystem, das dafür sorgt, dass die Entlohnung geringfügiger Tätigkeiten nicht  
6 dem Elterngeld angerechnet wird, fördert den Kontakt zwischen Arbeitnehmer und  
7 Arbeitgeber und erleichtert so auch den Wiedereinstieg nach der Elternzeit bzw. die  
8 Aufnahme einer Teilzeittätigkeit innerhalb der Elternzeit.

9 Anderenfalls erfolgen solche Zuarbeiten und Aushilfstätigkeiten nicht selten im  
10 Wohlwollend der Beteiligungen ohne die Vergütung der Stunden "ehrenamtlich" oder  
11 es wird grundsätzlich auf jede geringfügige Leistung im Rahmen der Elternzeit  
12 verzichtet, weil das aktuelle Modell als ungerecht von Seitens der Eltern erachtet wird.  
13

14 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**  
15 **Erledigt durch Regierungshandeln**

16 Annahme:

erledigt durch:

18 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

19 Überweisung an:

Nichtbefassung:

20  
21  
22  
23 **C 8**

24  
25 **(AsF Hessen-Süd)**

26  
27 **Alleinerziehenden kein Geld bei „Vater-Tagen“ abziehen**

28  
29 Wir fordern die SPD Bundestagsabgeordneten auf, sich dafür einzusetzen, dass die  
30 vom Bundessozialministerium geplante Reform des „Neunten Gesetz zur Änderung  
31 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Rechtsvereinfachung“ nicht umgesetzt wird.  
32 Alleinerziehenden, die Sozialhilfeleistungen empfangen, darf für Tage, an denen das  
33 Kind beim anderen Elternteil verbringt, kein Geld abgezogen werden.  
34

35 Begründung:

36  
37 Im Augenblick gibt es im Sozialministerium Pläne, Alleinerziehenden, die  
38 Sozialhilfeleistungen empfangen, für die so genannten „Vater-Tage“ Geld abzuziehen.  
39 Das würde zum Beispiel für ein Kind im Alter zwischen sechs und vierzehn Jahren, das  
40 zwei Wochenenden im Monat beim Vater verbringt bedeuten, dass der Mutter für diese  
41 Zeit 36 Euro (pro Tag 9 Euro) von der Leistung abgezogen werden. Das gleiche gilt für  
42 den umgekehrten Fall.

43 Dies bedeutet einerseits einen gewaltigen bürokratischen Aufwand, andererseits ist der  
44 Betrag viel zu hoch angesetzt, da alle anderen Kosten normal weiterlaufen. Welches  
45 Kind verbraucht Lebensmittel pro Tag von 9 Euro?

46 Zusätzlich ist es für Mütter eine finanzielle Überlegung, ob das Kind seinen Vater auch  
47 außerhalb von festgelegten Besuchszeiten sehen kann bzw. die Mutter im  
48 umgekehrten Fall.  
49

50 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**  
51 **Erledigt durch die Annahme von C 18**  
52

1  
2 Annahme: erledigt durch:  
3 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:  
4 Überweisung an: Nichtbefassung:  
5  
6  
7

## 8 **C 9**

### 9 10 **(AGS Hessen Süd)**

#### 11 12 **Schnelle und verstärkte Einstellung ausländischer Jugendlicher**

13  
14 Die SPD Hessen-Süd fordert von der gesamten deutschen Unternehmerschaft ebenso  
15 wie von staatlichen Stellen aller Ebenen, insbesondere der kommunalen, so schnell  
16 wie möglich und in großer Zahl junge Menschen vorrangig mit Migrationshintergrund  
17 für jede Art von Tätigkeit auch über den Bedarf hinaus einzustellen. Dies gilt auch,  
18 wenn diesen gewisse formale Qualifikationen (noch) fehlen oder - oft aus  
19 vermeintlichem Kostendruck – gewisse Arbeiten derzeit nicht vorgenommen werden.  
20

#### 21 **Begründung:**

22  
23 In ganz Europa müssen größte Anstrengungen unternommen werden, vor allem junge  
24 Männer, aber auch Frauen davon abzuhalten, sich extremistischen Gruppen  
25 anzuschließen. Dies geschieht häufig aufgrund eines Gefühls des  
26 Nichtgebrauchtwerdens aufgrund fehlender Beschäftigung. Diese Arbeitslosigkeit  
27 beruht auf echten, oft aber auch nur vermuteten mangelnden Qualifikationen und  
28 einem gewissen „Alltagsrassismus“ bei der Einstellung von Bewerbern.

29 Gerade junge Menschen, die nicht am Erwerbsleben teilnehmen können, erfahren trotz  
30 sozialer Transferleistungen tagtäglich Zurücksetzungen und Ausgrenzungen. Diese  
31 lassen sie für Extremismus anfällig werden. Die Folgekosten ihrer Nichtbeschäftigung  
32 für die Allgemeinheit und damit auch für die Arbeitgeber sind um ein Vielfaches höher  
33 als die Lohnkosten.

34 In vielen Firmen, aber vor allem beim Staat bestehen aufgrund von immer neuen  
35 Sparprogrammen erhebliche Defizite zum Beispiel bei einfachen (Wartungs-)Arbeiten,  
36 die mittelfristig zu größeren Schäden führen. Dabei könnten die Schäden anfangs noch  
37 relativ einfach und preiswert, oft durch praktische Arbeiten, die keine großen  
38 Qualifikationen erfordern, behoben werden.

39 Über staatliche Zuschüsse oder spezielle Steuererleichterungen für Arbeitgeber muss  
40 ebenfalls nachgedacht werden.

41 Parallel dazu sind auf allen Ebenen private und staatliche Fortbildungsprogramme  
42 anzubieten, die die mangelnden Qualifikationen beseitigen helfen. Damit wird  
43 mittelfristig auch ein Beitrag zur Bekämpfung der negativen Folgen der  
44 demographischen Entwicklung geleistet. Das führt für die gesamte Gesellschaft zu  
45 einer „Win-win-Situation“.

#### 46 47 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

48 **Antragstext Seite 40, Zeile 16 „vorrangig“ streichen.**

49 **Erledigt durch die Annahme von C 10**

50  
51 Annahme: erledigt durch:  
52 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:  
53 Überweisung an: Nichtbefassung:  
54  
55

1  
2 **C 10**

3  
4 **(Unterbezirk Odenwaldkreis)**

5  
6 **Ausbildung von jungen Flüchtlingen organisieren**

7  
8 Der SPD Bezirksparteitag Hessen-Süd möge beschließen:

9  
10 Die SPD unterstützt die Verkürzung der Asylverfahren von jungen Flüchtlingen sowie  
11 die kurzfristige Schaffung von Ausbildungsplätzen für junge Flüchtlinge, damit diese  
12 schnellst möglichst in unsere Gesellschaft integriert und am Arbeitsleben teilnehmen  
13 können.

14  
15 Dazu brauchen wir:

- 16  
17 - Sprachliche Qualifizierungsmöglichkeiten.  
18 - Eine systematische und differenzierte Erfassung der Stärken, Schwächen und  
19 Interessen der Menschen in der schulischen Vorbereitung.  
20 - Vorkursangebote der berufsbildenden Schulen. Bei der Finanzierung muss der  
21 Bund die Länder unterstützen.  
22 - Feste Lerngruppen mit flexibler Dauer.  
23 - Fortwährende Unterstützung in den Berufsschulen.  
24 - Außerschulische Unterstützung durch Sozialarbeiter/innen in den  
25 Wohneinrichtungen.  
26 - Ehrenamtliche Paten, die ihre Kontakte nutzen, um sich um Praktika usw. zu  
27 kümmern.  
28 - Vorhandene Jugendberufsagenturen als zentrale Ansprechstelle nutzen oder  
29 alternative Anlaufstellen schaffen.

30  
31 Wir fordern, dass die Wirtschaft durch geeignete Mittel, wie z. B. Umlagesysteme, zur  
32 Finanzierung der Ausbildung herangezogen wird. Diese Mittel sollen auch dazu genutzt  
33 werden, begonnene Ausbildungen erfolgreich zum Abschluss zu bringen. Auf diesem  
34 Weg soll ein Ausbildungssystem geschaffen werden, das allen jungen Menschen in  
35 diesem Land die Chance auf einen Berufsabschluss ermöglicht. Dazu soll die SPD  
36 einen Vorschlag zur Umsetzung zu erarbeiten.

37  
38 **Begründung:**

39  
40 Viele Menschen flüchten vor Krieg, Verfolgung und Konflikten. Darunter ist ein großer  
41 Anteil junger Menschen. Über die Bildungs- und Qualifikationsstruktur dieser  
42 Menschen ist nur wenig bekannt. Eine gesellschaftliche Integration setzt eine  
43 Integration in den Arbeitsmarkt voraus.

44  
45 Daraus resultiert, dass die Menschen ihr eigenes Geld verdienen und damit ihren  
46 Beitrag z. B. in die Sozialversicherungssysteme leisten. Konsum und Nachfrage nach  
47 Gütern und Dienstleistungen steigen. Teilhabe ist wichtig für alle, die hier leben.

48  
49 Einige Faktoren beeinflussen den Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt. Dazu  
50 gehören der Aufenthaltsstatus, Dauer des Aufenthaltes, welche Form der  
51 Beschäftigung gesucht wird (Praktika, Ausbildung usw.). Es gibt einige Hürden bis zum  
52 Arbeitsplatz, besonders das Asylrecht mit diversen Prüfaufgaben und Befristungen,  
53 bringt ebenso Unsicherheiten wie die Duldung.  
54

1 Asylverfahren müssen kürzer werden. Regionen, in denen es schon jetzt zu wenig  
2 Ausbildungsplätze gibt, stehen vor der besonderen Herausforderung,  
3 Ausbildungsmöglichkeiten für alle zu schaffen.

4  
5 Die Wirtschaft ist für die Duale Ausbildung zuständig. Sie betont immer wieder, dass  
6 die vorhandenen Ausbildungsplätze nicht besetzt werden können. Es liegt im  
7 ureigenen Interesse der Wirtschaft, gut ausgebildete Fachkräfte zu haben, sichern  
8 diese doch die Gewinne von morgen.

#### 9 10 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

11  
12 Annahme: erledigt durch:  
13 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:  
14 Überweisung an: Nichtbefassung:

### 15 16 17 18 **C 11**

#### 19 20 **(ASF Hessen-Süd)**

#### 21 22 **Geschlechtsspezifische Forderungen für Flüchtlinge**

23  
24 Der Bezirksparteitag Hessen-Süd setzt sich für die Umsetzung folgender Forderungen  
25 ein:

26  
27 Für Flüchtlinge in den Unterkünften:

- 28 • Die Flüchtlinge müssen darüber aufgeklärt werden, dass sexuelle Gewalt eine  
29 Straftat ist!
- 30 • Das professionelle und ehrenamtliche Betreuungspersonal muss für das Thema  
31 Gewalt und sexuelle Belästigung sensibilisiert werden.
- 32 • Der Zugang zu Frauenhäusern und zum Hilfetelefon muss auch für geflüchtete  
33 Frauen gewährleistet werden. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist eine  
34 bundeseinheitliche Regelung und Finanzierung.
- 35 • Für allein reisende Frauen und Mädchen müssen von Männern getrennte  
36 Unterkünfte bereitgehalten werden.
- 37 • In den gemischten Unterkünften müssen nach Geschlechtern getrennte,  
38 abschließbare Sanitäreinrichtungen zur Verfügung stehen. Außerdem sollen  
39 Aufenthaltsräume nur für Frauen zur Verfügung gestellt werden.
- 40 • Viele Frauen kommen mit psychischen und traumatischen Erkrankungen an –  
41 für sie muss umgehend medizinische und psychologische Versorgung bereit  
42 gestellt werden.
- 43 • Schwangere Frauen und junge Mütter brauchen besonderen Schutz. Der  
44 Zugang zur Hebammen-Betreuung vor und nach der Geburt muss  
45 gewährleistet werden – ebenso eine familienfreundliche Unterbringung.
- 46 • Broschüren und Informationsmaterial in den benötigten Sprachen müssen zur  
47 Verfügung gestellt werden.
- 48 • Wachdienste sollten auch mit Frauen besetzt werden

49  
50 Für Frauen im Asylverfahren

- 51 • Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Fluchtgründe.
- 52 • Weibliche Dolmetscher (die ohne religiöse und kulturelle Vorbehalte agieren)  
53 müssen zur Verfügung stehen, damit die Frauen nicht vor Scham schweigen.  
54 Wenn irgendwie möglich sollten Frauen auch nur von Frauen angehört werden.

- Während der Anhörung von Müttern müssen die Kinder betreut werden.
- Schwangere dürfen nicht abgeschoben werden

#### Flüchtlinge in der Integration

- Integration beginnt mit der Sprache. Sprachschulung muss deshalb direkt nach der Erstaufnahme beginnen
- Die Teilnahme von Frauen und Männern an allen Kursen muss verpflichtend sein. Müttern muss dafür eine Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt werden.
- Zugleich mit dem Spracherwerb müssen die Grundregeln und –werte der Aufnahmegesellschaft vermittelt werden – für Männer und Frauen. Dazu gehört auch die im Grundgesetz verankerte Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die Strafbarkeit von Vergewaltigung – auch in der Ehe und das Verbot von Gewalt gegen Ehefrauen und Kindern

Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt durch Bundesmittel!

#### Begründung:

Alleinreisende weibliche Flüchtlinge müssen aufgrund ihrer sozialen Situation, ihrer Erlebnisse und der erlittenen Belastungen, die Möglichkeit haben in einer Unterkunft untergebracht zu werden, die ihnen ausreichend Schutz bietet und in der Frauen alleine oder mit ihren Kindern untergebracht werden.

Dazu gehört auch, dass sie die Möglichkeiten haben von Frauen betreut zu werden. Der Einsatz von weiblichen Sicherheitspersonal, Dolmetscherinnen, Sozialarbeiterinnen, Ärztinnen, etc. muss für die Frauenunterkünfte Standard sein.

Um betroffene Frauen schneller zielgerichtet unterbringen zu können, muss die Registrierung und Zuweisung zügiger erfolgen. Es werden die Verantwortlichen aufgefordert die notwendigen Mittel bereit zu stellen, um dies fachgerecht durchzuführen.

#### **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

**Annahme in geänderter Fassung wie nachstehend:**

**Antragstext Seite 43, Zeile 6 einfügen „...und sollte auch geschlechtergetrennt angeboten werden.“**

**Antragstext Seite 43 Zeile 8 ersetzen des Wortes „Müttern“ durch „Eltern“**

Annahme:

erledigt durch:

Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

Überweisung an:

Nichtbefassung:

## **C 12**

### **(AG 60plus Hochtaunus)**

#### **Vollständige paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherungsbeiträge**

Die vollständige paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherungsbeiträge durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist wiederherzustellen.

#### Begründung

1 Die neuesten Diskussionen um Solidarrente, Lebensleistungsrente, Vorschlägen aus  
2 der CSU zur Rente, zum bedingungslosen Grundeinkommen veranlassen uns, diesen  
3 Initiativantrag auch in der AG60plus zu stellen. Die in die Diskussion gebrachte  
4 Absenkung der Renten auf 54 Prozent des letzten Einkommens wird zusammen mit  
5 hoch bleibenden Beiträgen zur Krankenversicherung die finanzielle Lage vieler  
6 Menschen verschlechtern. Eine Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der  
7 Krankenversicherung stellt einen Beitrag dar, dieser Verschärfung zu begegnen.  
8 Ein traditionelles Merkmal der deutschen Sozialversicherungen ist die paritätische, also  
9 hälftige Finanzierung durch Versicherte und ihre Arbeitgeber. Für die gesetzliche  
10 Krankenversicherung gilt das schon lange nicht mehr. Seit über 10 Jahren zahlen  
11 Beschäftigte und Rentnerinnen und Rentner einen höheren Beitragsanteil als die  
12 Arbeitgeber. Zunächst wurde ein Sonderbeitrag der Versicherten von 0,9 Prozent  
13 eingeführt, später pauschale Zusatzbeiträge.  
14 Angeblich, um die Arbeitgeber zu entlasten, die Wirtschaft zu unterstützen und  
15 Beschäftigung zu sichern. Nachgewiesen wurde das nie, wird aber bis heute immer  
16 wieder behauptet. Die Arbeitgeberbeiträge bleiben konstant bei 7,3 Prozent des  
17 beitragspflichtigen Einkommens, während Beschäftigte und Rentnerinnen und Rentner  
18 die Mehrkosten des Gesundheitssystems allein zu finanzieren haben. Inzwischen  
19 haben wir eine Steigerung der Arbeitnehmerbeiträge von 1,1 Prozent, Tendenz ist  
20 steigend. Bei einem mittleren Brutto-Einkommen von 3.600 Euro sind das rund 40 Euro  
21 Mehrbelastung monatlich.  
22 Die Gesundheitskosten müssen wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und  
23 Arbeitnehmern getragen werden.

24

#### 25 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

26

27 Annahme:

erledigt durch:

28 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

29 Überweisung an:

Nichtbefassung:

30

31

32

#### 33 **C 13**

34

#### 35 **(Unterbezirk Hochtaunus) (Unterbezirk Main-Taunus)**

36 Der Antrag wurde Wortgleich von den Unterbezirken Hochtaunus und Main-Taunus  
37 eingereicht)

38

#### 39 **Paritätische Finanzierung der Krankenversicherung**

40

41 Die vollständige paritätische Finanzierung der gesetzlichen  
42 Krankenversicherungsbeiträge durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist  
43 wiederherzustellen.

44

#### 45 **Begründung**

46

47 Ein traditionelles Merkmal der deutschen Sozialversicherungen ist die paritätische, also  
48 hälftige Finanzierung durch Versicherte und ihre Arbeitgeber. Für die gesetzliche  
49 Krankenversicherung gilt das schon lange nicht mehr. Seit über 10 Jahren zahlen  
50 Beschäftigte und Rentnerinnen und Rentner einen höheren Beitragsanteil als die  
51 Arbeitgeber. Zunächst wurde ein Sonderbeitrag der Versicherten von 0,9 Prozent  
52 eingeführt, später pauschale Zusatzbeiträge. Angeblich, um die Arbeitgeber zu  
53 entlasten, die Wirtschaft zu unterstützen und Beschäftigung zu sichern. Nachgewiesen  
54 wurde das nie, wird aber bis heute immer wieder behauptet.

1 Die Arbeitgeberbeiträge bleiben konstant bei 7,3 Prozent des beitragspflichtigen  
2 Einkommens, während Beschäftigte und Rentnerinnen und Rentner die Mehrkosten  
3 des Gesundheitssystems allein zu finanzieren haben. Inzwischen haben wir eine  
4 Steigerung der Arbeitnehmerbeiträge von 1,1 Prozent, Tendenz ist steigend. Bei einem  
5 mittleren Brutto-Einkommen von 3.600 Euro sind das rund 40 Euro Mehrbelastung  
6 monatlich.

7 Die Gesundheitskosten müssen wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und  
8 Arbeitnehmern getragen werden.

9  
10 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**  
11 **Erledigt durch die Annahme von C 12**

12  
13  
14 Annahme:

erledigt durch:

15 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

16 Überweisung an:

Nichtbefassung:

17  
18  
19  
20 **C 14**

21  
22 **(AfA Hessen-Süd)**

23  
24 **Leiharbeit und Werkverträge – Missbrauch stoppen!**  
25 **Gute Arbeit durchsetzen! Mitbestimmung stärken!**

26  
27 Zentrales Ziel der SPD Hessen-Süd ist die Durchsetzung der Forderung „Gleiches  
28 Geld für gleiche Arbeit am gleichen Ort“.

29  
30 Um den Missbrauch von Leiharbeit, Werkverträge und Gestellungsverträge  
31 einzudämmen und Gute Arbeit, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und gute Löhne  
32 durchzusetzen, fordert der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd:

33  
34 Ausbau der Informationsrechte für die betriebliche Interessenvertretung:

35 Das Betriebsverfassungsgesetz muss möglichst rasch dahin gehend geändert werden,  
36 dass der Arbeitgeber den Betriebsrat vor dem Einsatz von Leih- und  
37 Werksvertragsfirmen über den geplanten Einsatz, Umfang und Dauer der  
38 Beschäftigung sowie über die Auswirkungen auf die Stammbeslegschaft vollumfänglich  
39 informieren muss.

40  
41 Ausbau der Mitbestimmungsrechte der betrieblichen Interessenvertretung:

42 Die betriebliche Interessenvertretung muss das Recht erhalten, die Beauftragung von  
43 Fremdfirmen – Leiharbeit und Werkverträge - auf dem Werksgelände zu verweigern,  
44 wenn die Interessen der eigenen Belegschaft unmittelbar berührt sind, beispielsweise  
45 wenn die Besorgnis besteht, dass durch die Vergabe ein Arbeitsplatzabbau und  
46 Entlassungen drohen oder Lohnstandards unterlaufen werden.

47  
48 Beweislast anders verteilen:

49 Die Darlegungs- und Beweislast liegt nach der gegenwärtigen Rechtslage bei den  
50 Arbeitnehmer/innen, die geltend machen müssen, dass ein Missbrauch von Leiharbeit  
51 und Werkvertrag vorliegt. Die SPD-Hessen-Süd fordert, dass bei einer glaubhaften  
52 Darlegung von Missbrauch die Beweislast auf den Arbeitgeber übergeht, der  
53 nachweisen muss, dass er sich rechtskonform verhält.

54  
55 Verbandsklagerecht, Erweiterung der Kontrollen und Sanktionen:

1 Es muss für die im Betrieb vertretene Gewerkschaft ein Verbandsklagerecht gegen den  
2 Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen geben. Die Finanzkontrolle  
3 Schwarzarbeit, die Zollfahndung und die Sozialversicherungsträger müssen personell  
4 deutlich verstärkt und in die Lage versetzt werden, beim Missbrauch von Leiharbeit und  
5 Werkverträgen rasch und wirkungsvoll einschreiten zu können. Dazu gehört auch eine  
6 wirksame Überprüfungsmöglichkeit von angeblichen Leiharbeits- und Werkverträgen.  
7 Der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen muss in jedem Einzelfall mit einer  
8 Geldbuße von 500.000 Euro und dem Ausschluss von öffentlichen Aufträgen, im  
9 Wiederholungsfall mit Gefängnis bestraft werden.

10  
11 Rechtsfolge: Bei nachweislichem Missbrauch entsteht ein reguläres Arbeitsverhältnis  
12 Wenn festgestellt wird, dass ein missbräuchlicher Leiharbeits- oder Werkvertrag  
13 vorliegt, muss dies zur Folge haben, dass ein Arbeitsverhältnis zwischen dem  
14 Auftraggeber und dem Beschäftigten entsteht. Das wiederum hat zur Folge, dass  
15 rückwirkend das entsprechende Entgelt inklusive der Sozialversicherungsbeiträge vom  
16 Arbeitgeber nachentrichtet werden muss.

#### 17 18 Ausländische Arbeitnehmer/innen besser schützen:

19 Der grenzüberschreitende Arbeitskräfteeinsatz ist besonders missbrauchsanfällig und  
20 schwer zu überwachen. Hier muss die Europäische Union ihr Regelwerk für  
21 grenzüberschreitenden Arbeitseinsatz verbessern, Kontrollen erleichtern und  
22 fälschungssichere Bescheinigungen einführen, es müssen schriftliche  
23 Lohnabrechnungen vorgelegt und Löhne ausschließlich bargeldlos ausgezahlt werden,  
24 der Krankenversicherungsschutz muss gewährleistet und nachgewiesen werden.  
25 Mobile Arbeitnehmer/innen benötigen Anlauf- und Beratungsstellen, die sie bei  
26 Problemen wirkungsvoll unterstützen.

#### 27 28 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

29 **Eine Empfehlung der Redaktionskonferenz wird nachgereicht.**

30  
31 Annahme:

erledigt durch:

32 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

33 Überweisung an:

Nichtbefassung:

## 34 35 36 37 **C 15**

### 38 39 **(Unterbezirk Odenwaldkreis)**

#### 40 41 **Keine Ausnahmen vom Mindestlohn**

42  
43 Der SPD Bezirksparteitag Hessen-Süd möge beschließen:

44  
45 Keine Ausnahmen beim Mindestlohn! Auch nicht bei Flüchtlingen, Asylbewerbern oder  
46 Jugendlichen.

47  
48 Begründung:

49  
50 Der Mindestlohn ist seit dem 1. Januar 2015 in Kraft. Alle Schwarzmalereien, die  
51 vorausgesagt wurden, sind nicht eingetroffen. Der Ansicht, dass der Mindestlohn die  
52 Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt erschwert, widersprechen wir massiv.  
53 Ausnahmen für Asylbewerber mit der Begründung, dass auch weniger qualifizierte  
54 Menschen eine Chance haben, im Arbeitsmarkt unterzukommen, darf es auf keinen  
55 Fall geben.

1  
2 Es kann und darf nicht sein, dass Flüchtlinge, Asylbewerber oder Jugendliche von  
3 Unternehmen missbraucht werden, um den Mindestlohn zu unterwandern.

4  
5 Wir fordern, absolut keine Ausnahmen beim Mindestlohn zuzulassen!

6  
7 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

8 **Annahme in Neufassung des Antragstextes wie nachstehend: „Der Mindestlohn**  
9 **ist ein großer Erfolg der SPD in der großen Koalition. Wir unterstützen, dass es**  
10 **auch zukünftig keine Ausnahmen beim Mindestlohn bei Flüchtlingen,**  
11 **Asylbewerbern oder Jugendlichen gibt.“**

12  
13 Annahme:

erledigt durch:

14 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

15 Überweisung an:

Nichtbefassung:

16  
17  
18  
19 **C 16**

20  
21 **(ASF Hessen-Süd)**

22  
23 **Lohngerechtigkeit in Ost und West**

24  
25 Die SPD Hessen Süd setzt sich für eine Angleichung der Löhne zwischen Ost- und  
26 Westdeutschland ein.

27  
28 Begründung:

29  
30 Auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung verdienen Menschen in Ostdeutschland  
31 signifikant weniger als in Westdeutschland. Lokale Unterschiede bei Lohnbezügen sind  
32 zwar im Allgemeinen üblich und richten sich nach der wirtschaftlichen Stärke einer  
33 Region. Jedoch liegt das Durchschnittseinkommen in Ostdeutschland, und damit in  
34 vollen fünf Bundesländern ca. 30 Prozent unter dem in Westdeutschland. Die  
35 Lebenshaltungskosten hingegen sind in Ostdeutschland nur noch geringfügig geringer.  
36 Gleiche Arbeit muss den gleichen Wert haben.

37  
38 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

39 **Nichtbefassung**

40  
41 Annahme:

erledigt durch:

42 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

43 Überweisung an:

Nichtbefassung:

44  
45  
46  
47 **C 17**

48  
49 **(AGS Hessen Süd)**

50  
51 **Meister-BAföG soll erhöht werden**

52  
53 Der SPD Bezirksparteitag Hessen-Süd möge beschließen:

1 Die SPD setzt sich für eine zügige Zustimmung des Bundesrats zu der  
2 Gesetzesnovelle ein, dass ab 1. August 2016 das im allgemeinen Meister-BAföG  
3 genannte Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) erhöht und alle Begünstigten  
4 gleiche finanzielle Leistungen erhalten, wie der Bundestag am 26.2.2016 beschlossen  
5 hat.

6 Darüber hinaus fordern wir aber, dass den dringend benötigten Sozialarbeitern,  
7 Erziehern, Alten- und Krankenpflegern ein kostenfreies Studium ermöglicht wird.  
8 Menschen, die eine solche Ausbildung machen wollen, sind genauso wichtig wie  
9 Meister.

10  
11 **Begründung:**

12  
13 Wir sind stolz auf das deutsche Alleinstellungsmerkmal: Duale Ausbildung. Doch in der  
14 Vergangenheit war das für viele Leistungswillige eine Sackgasse. Nach der dualen  
15 Ausbildung wird praktische Berufserfahrung gesammelt. Aus dem Einkommen werden  
16 Rücklagen für das Alter gebildet. Familien werden gegründet. Gesellen und  
17 Fachangestellte konnten und wollten mit Rücksicht auf ihre junge Familie diese  
18 Ressourcen nicht angreifen. Künftig werden alle Begünstigten ein – wenn auch kleines  
19 - Schonvermögen haben. Die SPD Hessen-Süd begrüßt außerdem die Erhöhung der  
20 Unterhaltsbeiträge für die Ehepartner und Kinder der Empfänger. Der maximale  
21 Maßnahmenbeitrag für die Lehrgangs- und Prüfungskosten wird auf das studentische  
22 Niveau erhöht. Für das „Meisterstück“ soll der Förderbeitrag ebenfalls erhöht werden.

23 Ab 1. August 2016 sollen BAföG und das im Allgemeinen „Meister-BAföG“ genannte  
24 Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) gleiche finanzielle Leistungen  
25 beinhalten. Das war schon lange überfällig. Wir begrüßen, dass die Förderung für  
26 Studienabbrecher und Bachelor-Absolventen geöffnet wird, die nach ihrer Zeit an Uni  
27 oder FH eine handwerkliche Ausbildung anschließen wollen und dafür bisher kein  
28 Bafög erhalten konnten.

29 Mit der Stärkung der Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Qualifizierung  
30 ist Deutschland ist auf dem richtigen Weg.

31  
32 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

33 **Annahme in geänderter Fassung wie nachstehend: Streichung des zweiten**  
34 **Absatzes des Antragstextes Seite 48, Zeilen 6 – 9.**

35  
36  
37 Annahme:

erledigt durch:

38 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

39 Überweisung an:

Nichtbefassung:

40  
41  
42  
43 **C 18**

44  
45 **(AsF Hessen-Süd)**

46  
47 **Gesetzlicher Anspruch auf Umgangsmehrbedarf**

48  
49 Der SPD Bezirksparteitag Hessen-Süd fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des  
50 Bundestages auf, sich für eine klare und konsequente Lösung für den zusätzlichen  
51 finanziellen Bedarf von Kindern getrennt lebender Eltern einzusetzen.

52  
53 Wir fordern einen Anspruch auf Mehrbedarf im Rahmen des SGB II für sogenannte  
54 temporäre Bedarfsgemeinschaften ohne Kürzung des Sozialgeldanspruchs im  
55 Haushalt des alleinerziehenden Elternteils. Zur Umsetzung dessen fordern wir eine

1 gesetzliche Verankerung eines Umgangsmehrbedarfs zur Sicherstellung des  
2 Kindeswohls und Existenzsicherung des Kindes und des alleinerziehenden Elternteils.

3  
4 Begründung:

5 Die aktuelle mediale Debatte bezüglich des 9. SGB II – Änderungsgesetzes hat  
6 verdeutlicht, dass die Regelung zur Aufteilung der Leistungen für Kinder getrennt  
7 lebender Elternteile schwerwiegende finanzielle Einschnitte für den Haushalt des  
8 alleinerziehenden Elternteils – in den überwiegenden Fällen die Mutter – nach sich  
9 zieht. Bereits jetzt lebt die Hälfte aller von Armut bedrohten Kinder in Haushalten von  
10 Alleinerziehenden. Die aktuelle Regelung zur Aufteilung der Leistungen sieht vor, den  
11 Tagessatz für das Kind für die Tage, an denen es sich bei dem umgangsberechtigten  
12 Elternteil aufhält, der Hauptbedarfsgemeinschaft abzuziehen. Diese Regelung  
13 beschneidet zwar nicht den Regelsatz des alleinerziehenden Elternteils, aber den Satz,  
14 den das Elternteil für das Kind erhält. Dabei wird jedoch nicht berücksichtigt, dass  
15 laufende Fixkosten wie etwa Miete, Strom, Telefon oder mögliche  
16 Vereinsmitgliedschaften weiterhin anfallen und bei Abwesenheit des Kindes nicht  
17 eingespart werden. Die Folgen sind massive finanzielle Verschlechterungen für die  
18 Alleinerziehenden – zu größten Teilen Mütter. Mit der derzeitigen Regelung ist nicht  
19 nur die Existenzsicherung der Kinder gefährdet, sondern es werden auch Anreize  
20 geschaffen, den Umgang mit dem umgangsberechtigten Elternteil weitestgehend  
21 einzuschränken, um keine finanziellen Nachteile zu erleiden.

22  
23 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

24  
25 Annahme:

erledigt durch:

26 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

27 Überweisung an:

Nichtbefassung:

28  
29  
30  
31 **C 19**

32  
33 **(ASF Hessen-Süd)**

34  
35 **Stoppt das Aussterben des Hebammen-Berufs!**

36  
37 Der SPD-Bezirksparteitag tritt dem massiven Rückgang der frei praktizierenden  
38 Hebammen entschieden entgegen und nicht tatenlos zuzusehen, wie der alte und  
39 traditionsreiche Beruf der Hebamme mit überhöhten Haftpflichtprämien, schlechter  
40 Bezahlung und unsicheren Zukunftsaussichten zugrunde gerichtet wird.

41  
42 Begründung:

43  
44 Der Anteil der freiberuflichen Hebammen nimmt stetig ab und mittlerweile ist die  
45 Situation so akut, dass die noch praktizierenden Hebammen schwangere Frauen  
46 abweisen müssen!

47 Wie stellt der Gesetzgeber sich die Zukunft der Schwangeren vor? Soll dann jede Frau  
48 zur Geburtsvorbereitung ins Krankenhaus gehen oder nach der Geburt mit ihrem  
49 Neugeborenen das Krankenhaus zur Nachsorge aufsuchen? Das wird sicherlich nicht  
50 möglich sein, da dort ebenfalls ein Mangel an Hebammen herrscht!

51 Es ist höchste Zeit, dass hier Abhilfe geschaffen wird und der Beruf der Hebamme für  
52 Frauen auch wieder finanziell attraktiv wird. Auf der anderen Seite muss eine  
53 zukunftsfähige Regelung zur Begrenzung der Haftpflichtprämie geschaffen werden. Diese  
54 hat sich in den letzten Jahren mehr als verzehnfacht und liegt ab Juli 2015 bei EUR  
55 6.300,00.

1 Der Deutsche Hebammenverband plädiert für eine langfristig tragfähigen Vorschlag  
2 aus Haftungsobergrenzen mit einem Haftungsfond, denn laut ihm sind die Ursache für  
3 die ständig steigenden Haftpflichtprämien „nicht steigende Schadensfälle, sondern  
4 steigende Kosten für Behandlungen und Regresse.“ Und wieder einmal sind es die  
5 Frauen, die in doppelter Hinsicht leiden müssen. Auf der einen Seite, die Frauen, die  
6 keine Hebamme finden und auf der anderen Seite, die Frauen, die ihren, auch noch  
7 schlecht bezahlten Beruf, nicht weiter ausüben können!

8  
9 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

10 **Rücküberweisung an den Antragsteller/die Antragstellerin**

11  
12 Annahme: erledigt durch:  
13 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:  
14 Überweisung an: Nichtbefassung:  
15  
16  
17

18 **C 20**

19  
20 **(Jusos Hessen-Süd)**

21  
22 **Fortschritt und Gerechtigkeit**

23  
24 Für viele Junge Menschen scheint ein reguläres nicht-selbstständiges Arbeitsverhältnis  
25 an Attraktivität deutlich verloren zu haben. Eine abhängige Beschäftigung scheint  
26 zunehmend als einengend wahrgenommen zu werden. Vielmehr sehen junge  
27 Menschen vermehrt in der eigenen Unternehmensgründung eine Möglichkeit, sich  
28 selbst und seine eigenen Ideen zu verwirklichen. Die Gründung eines Star-Ups ist auch  
29 deshalb attraktiv, da man sich dadurch aus hierarchischen Organisationsstrukturen  
30 lösen kann und in der eigenen Arbeit deutlich mehr Freiheiten und  
31 Handlungsmöglichkeiten erhält. Zudem wird die ursprüngliche Trennung zwischen  
32 Arbeit und Freizeit aufgehoben. Die Arbeit spielt letztendlich auch eine deutlich  
33 wichtigere Rolle bei der Definition der eigenen Persönlichkeit. Junge Menschen  
34 scheinen sich positiv über ihre Arbeit definieren zu wollen und sind auf der Suche nach  
35 einem positiven Sinn für ihre eigene Arbeit.

36 Diese neue Form der Arbeit, die insbesondere von Leuten in der Kreativwirtschaft, aber  
37 auch in der Informations- und Kommunikationswirtschaft ausgelebt wird, hat die  
38 Chance den gesamten Wirtschaftsprozess zu modernisieren. Denn in vielen Start-Ups  
39 steckt ein erhebliches Innovationspotential. Die Rolle des Unternehmensgründers  
40 (engl. Entrepreneur) hat eine besondere Wichtigkeit im sog. Prozess der kreativen  
41 Zerstörung. Demnach sorgt die stetige Gründung von neuen Unternehmungen für  
42 einen Innovationsschub und einer Umwälzung auf dem Markt, der zu einem  
43 allgemeinen Fortschritt innerhalb der Volkswirtschaft führt. Hierbei ist die Erkenntnis für  
44 die Politik wichtig, dass Ideen und Innovationen dezentral entstehen und nur schwer  
45 staatlich geplant oder verordnet werden können.

46 Als Politik ist es wichtig zu erkennen, dass Gründungen nicht immer erfolgreich sind.  
47 Daher sollte der Politik auch klar sein, dass ein Scheitern (neuer) Unternehmen  
48 jederzeit möglich ist und für den gesamten Innovationsprozess zwingend erforderlich  
49 ist. Daher ist es wichtig zu akzeptieren, dass ein Scheitern bei der Umsetzung der  
50 eigenen Produktidee nicht negativ zu bewerten ist, sondern ein notwendiger  
51 Bestandteil der kreativen Zerstörung darstellt. Um die jungen Gründerinnen und  
52 Gründer vor den negativen Folgen einer eigenen Insolvenz zu schützen, müssen die  
53 individuellen Risiken einer Insolvenz durch den Gesetzgeber deutlich reduziert werden.  
54 Eine sog. Kultur der zweiten Chance sollte von der Politik aktiv gefördert werden. Einer  
55 gesellschaftlichen Stigmatisierung des Scheiterns muss entgegengewirkt werden.

1 In den letzten 15 Jahren hat sich insbesondere im Bereich der digitalen Technologien  
2 gezeigt, dass neue Unternehmen das Potential haben, das Leben auf der Welt radikal  
3 zu beeinflussen. Die globale Vernetzung und der zunehmende Informationsaustausch  
4 haben in der Arbeitswelt (Stichwort Industrie 4.0) zu erheblichen Veränderungen  
5 gesorgt. Insbesondere der Trend mithilfe von sog. Venture Capital Investoren und  
6 Business Angels eigene Unternehmen zu gründen, um innovative Produktideen auf  
7 den Markt zu bringen, hat erhebliche Auswirkungen auf traditionelle  
8 Beschäftigungsverhältnisse. Hierarchisch organisierte Arbeitsformen scheinen sich  
9 zunehmend aufzulösen und werden durch dezentrale und temporär beschränkte  
10 Formen der Zusammenarbeit ersetzt. Damit dies nicht zu einer Entsolidarisierung und  
11 Partikularisierung der Arbeitsbevölkerung führt, ist es notwendig, dass die  
12 Gewerkschaften sich diesem neuen Arbeitstyp öffnen und ihr Angebot für diejenigen  
13 Teil der Bevölkerung erweitert, der in einer eigenen Unternehmensgründung eine  
14 sinnvolle Form der eigenen Arbeit sieht.

15 Auch wenn dies Entwicklung für die sozialdemokratische Politik fremd erscheinen mag,  
16 sollte ihr von Seiten der Jusos zunächst positiv begegnet werden. Der Trend zur  
17 Unternehmensgründung und Modernisierung der gesamten Arbeitswelt bietet in einer  
18 digitalisierten Welt ein erhebliches Innovationspotential. Kernaufgabe der  
19 Sozialdemokratie muss es daher sein, allen Menschen eine Chance zur Teilhabe an  
20 dieser neuen Wirtschaftswelt zu ermöglichen. Insbesondere die globale Dimension der  
21 digitalen Vernetzung dieser neuen Arbeitswelt muss hierbei als Chance begriffen  
22 werden, ganze Bevölkerungen in den globalen Wirtschaftsprozess des 21.  
23 Jahrhunderts integrieren zu können. Dabei bieten die Digitalen Technologien die  
24 Möglichkeit eine kleine Idee global zu verbreiten und regionale bzw. nationale Grenzen  
25 einfach zu überwinden. Auch muss es Aufgabe der Sozialdemokratie sein, sowohl  
26 bestehende hierarchisch organisierte Arbeitsformen zu erhalten und gleichzeitig die  
27 Entstehung neuer dezentraler unorganisierter Arbeitsformen so zu gestalten, dass  
28 diese sich in das bestehende Sozialstaatssystem einfügen.

29 Für Unternehmensgründungen stellen insbesondere der Zugang zu Kapital und die  
30 Förderungen von Ideen und patentierbaren Innovationen, die in universitären  
31 Forschungseinrichtungen entstanden sind, eine Kernaufgabe des Staates bei der  
32 Transformierung des Wirtschafts- und Arbeitssystems dar. Vor allem in der  
33 Anfangsphase einer Unternehmensgründung ist ein ausreichender Zugang zu Kapital  
34 die Grundvoraussetzung für den Erfolg eines Unternehmens am Markt. Nur ein  
35 ausreichender Kapitalstock ermöglicht Investitionen in die Optimierung der eigenen  
36 Idee und sichert den langfristigen Erfolg.

37 Um den Menschen die Möglichkeit zur Teilhabe an dieser neuen Arbeits- und  
38 Unternehmenswelt zu ermöglichen nimmt der Staat eine wichtige Rolle ein.

39  
40 **Folgende Forderungen sind daher politisch zu unterstützen:**

- 41 **1. Die Bereitstellung und Förderung von Venture Capital zum Beispiel durch**  
42 **die Europäische Entwicklungsbank (EIB) oder die Kreditanstalt für**  
43 **Wiederaufbau (KfW)**
- 44 **2. Einen Zugang zur sozialstaatlichen Leistungen für Selbständige und Start-**  
45 **Up Gründern**
- 46 **3. Einen Barrierefreien Zugang zu digitalen Technologien für die gesamte**  
47 **Bevölkerung**
- 48 **4. Die öffentliche Förderung von Innovationsclustern und sog. academic**  
49 **Start-Ups (Unternehmensneugründungen im Kontext staatlicher**  
50 **Forschungseinrichtungen)**
- 51 **5. Eine Reformierung des nationalen Insolvenzrechts mit dem Ziel, die**  
52 **Kosten einer Privatinsolvenz zu reduzieren und die Schaffung einer Kultur**  
53 **der zweiten Chance**
- 54 **6. Die digitale Öffnung des gemeinsamen Europäischen Marktes und die**  
55 **Schaffung des digitalen Binnenmarktes innerhalb der EU.**

- 1 7. Die Schaffung staatlicher Start-Up-Zentren mit dem Ziel  
2 Unternehmensgründungen Raum für die Arbeit und die Möglichkeit einer  
3 Vernetzung zu verschaffen.  
4 8. Die Öffnung des Arbeitsmarktes für junge Migranten mit dem Ziel den  
5 deutschen Arbeitsmarkt zu internationalisieren. Ziel muss es sein,  
6 Deutschland als attraktives Einwanderungsland neben Kanada, den USA  
7 und Australien zu etablieren.  
8 9. Im Bereich von Private Equity und Venture Capital muss die restriktive  
9 Regelung zur Nutzung des Verlustvortrags bei Beteiligungen gerade an  
10 Startups gelockert werden.

11 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

12 **Annahme in geänderter Fassung wie nachstehend: Seiten 51 und 52 Ziffern 1. –**  
13 **8. werden Antragstext. Ziffer 9 wird gestrichen. Seite 50, Zeilen 24 – 55 und Seite**  
14 **51, Zeilen 1 – 38 werden Begründung.**

15  
16  
17 Annahme:

erledigt durch:

18 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

19 Überweisung an:

Nichtbefassung:

20  
21  
22  
23 **C 21**

24 **(Unterbezirk Offenbach-Stadt)**

25 **Freizügigkeit ist kein Reichenrecht – Zur Verteidigung der europäischen**  
26 **Wertegemeinschaft**

27 Der Bezirksparteitag der SPD Hessen-Süd lehnt den Gesetzesentwurf, nach welchem  
28 EU-Bürger/innen Sozialleistungen erst nach 5 Jahren erhalten, ab und fordert die  
29 Einhaltung folgender Leitsätze:

- 30  
31  
32  
33  
34 • Die eindeutige Bekennung der Bundes-SPD zu einer europäischen Sozialunion  
35 und Wertegemeinschaft und das Bekenntnis gegen eine Zwei-Klassen-  
36 Unionsbürgerschaft und gegen eine Zwei-Klassen-Freizügigkeit.  
37  
38 • Die Eingliederung der EU-Bürger\*innen in das SGB II nach einem tatsächlichen  
39 Aufenthalt von 6 Monaten und die gleichzeitige Beteiligung des Bundes an den  
40 Kosten für Unterkunft und Heizung.

41  
42 **Begründung:**

43 Die Europäische Union ist eine Staatengemeinschaft, die ökonomisch und kulturell  
44 bereits soweit zusammengewachsen ist, dass sich soziale Probleme nicht mehr isoliert  
45 voneinander betrachten lassen. Viele deutsche Unternehmen lassen im  
46 osteuropäischen Ausland produzieren, z.T. zu schlechten Bedingungen, wir  
47 exportieren Güter in andere Länder und importieren Zwischenprodukte, wirtschaftliche  
48 Entscheidungen, die im einen Land getroffen werden, haben ganz entscheidende  
49 Auswirkungen auf Arbeitnehmer\*innen im anderen Land. Von der Freizügigkeit und  
50 dem freien Warenverkehr geht insgesamt ein enormer Wohlstandsgewinn aus. Man  
51 kann nicht auf der einen Seite die vielen Früchte und die Freiheiten für sich in  
52 Anspruch nehmen und auf der anderen Seite, die relativ betrachtet deutlich geringeren  
53 Belastungen durch Abschiebung und Ungleichbehandlungen in der Sozialhilfe aus dem  
54 eigenen Verantwortungsbereich entfernen.

1 Eine der Grundideen der EU ist die Arbeitnehmerfreizügigkeit (Art. 45 AEUV). Damit  
2 einher geht das Recht, innerhalb der EU zu arbeiten und Arbeit zu suchen. Hierbei  
3 handelt es sich ursprünglich um eine liberale Idee. Der Arbeitsmarkt selbst soll eine  
4 Unionswanderung innerhalb der EU steuern. Dort, wo Aussicht auf einen Arbeitsplatz  
5 besteht, sollen EU-Bürger\*innen sich problemlos hinbewegen dürfen. Das Recht auf  
6 Arbeitssuche kann und darf aber nicht losgelöst von sozialen Bedürfnissen betrachtet  
7 werden. Wer Arbeit sucht, hat auch das Bedürfnis nach einer finanziellen Absicherung.  
8 Gleichzeitig besteht in der EU ein Diskriminierungsverbot. EU-Bürger\*innen aus einem  
9 anderen EU-Land dürfen nicht aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit benachteiligt werden  
10 (Art. 18 AEUV). Rechtlich kann daher die Frage gestellt werden: Dürfen nach  
11 Deutschland zugewanderte EU-Bürger\*innen im Vergleich zu der hier lebenden  
12 Bevölkerung überhaupt die existenzsichernden Leistungen versagt werden? Und liegt  
13 darin eine Diskriminierung, indem arbeitssuchende Deutsche Leistungen und  
14 Fördermaßnahmen nach dem SGB II erhalten, die eine Eingliederung in Arbeit  
15 erleichtern, während zugewanderten EU-Bürgerinnen diese Leistungen ebenfalls versagt  
16 werden? Wird dadurch nicht den zugewanderten EU-Bürger\*innen eine  
17 Arbeitsmarktintegration im Vergleich zu Innländern erschwert?

18 Unabhängig von den rechtlichen Fragen, befindet sich die EU in einer Zugehörigkeits-  
19 und Identitätskrise. Wer gehört überhaupt zum „civis europaeus“? Wer genießt dabei  
20 welche Rechte? Momentan steuert die EU auf eine Zwei-Klassen-Gesellschaft zu  
21 (Exklusionstendenzen). Einer der großen Vorreiter stellt Großbritannien dar, gefolgt  
22 von Polen, den Rechtspopulisten in Frankreich und Holland und nun auch in aller  
23 Deutlichkeit von Deutschland (es ließen sich weitere Staaten aufzählen). Gemeinsam  
24 ist allen, dass sozial Schwachen ausgeschlossen werden und nur noch Teilrechte  
25 besitzen (selbst im EU-Recht ist diese Art „Klassentrennung“ (noch) rechtlich  
26 angelegt). Erinnern tut dies stark an die Zeit der Aufklärung und der „bürgerlichen“  
27 Epoche. Nach Kant konnten nur Besitzbürger sogenannte „Vollbürger“ sein. Die  
28 Besitzlosen waren unmündige Passivbürger, die zwar durch das Recht geschützt, aber  
29 nicht befugt waren, an der Gestaltung des Rechts mitzuwirken.

30 Jetzt befinden wir uns im 21. Jahrhundert. Wir leben in einem sozialen Rechtsstaat.  
31 Unsere (schwer erkämpften) Werte wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und  
32 Menschenwürde werden auf eine harte Probe gestellt. Die Signalwirkung, die etwa von  
33 dem Gesetzentwurf ausgeht, ist kontraproduktiv, da sie keine Sensibilisierung für eine  
34 Sozialunion und Wertegemeinschaft schafft, sondern im Gegenteil, sich im Grundsatz  
35 dagegen ausspricht (zumal sich die Betroffenen auch nicht wehren können, da ihnen  
36 kein Wahlrecht zusteht).

37 „Europa durchlebt eine Solidaritätskrise“ (Martin Schulz). Gerade in solchen Zeiten, in  
38 dem durch einen schleichenden Prozess eine Aushöhlung unserer Werte droht,  
39 müssen wir uns umso mehr für diese einsetzen und ein Werteverfall stoppen! Dies ist  
40 gerade auch die Aufgabe der SPD. Sie sollte sich zu diesen Werten bekennen und  
41 Flagge zeigen, auch wenn mit starken Protesten in der Bevölkerung zu rechnen ist!

#### 42 43 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

44 **Eine Empfehlung der Redaktionskonferenz wird nachgereicht.**

45  
46 Annahme:

erledigt durch:

47 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

48 Überweisung an:

Nichtbefassung:

49

50

51

1  
2  
3  
4 **Antragsgruppe D**  
5 **Bildungspolitik**  
6

7  
8  
9  
10 **D 1**

11  
12 **(AfB Hessen-Süd)**

13  
14 **Beschulung von Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien**  
15 **(SeiteneinsteigerInnen)**

16  
17 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, umgehend initiativ zu werden, um die Intensiv-  
18 und Integrationsmaßnahmen für Kinder aus Migrantenfamilien in der gebotenen und  
19 notwendigen Weise zu beschleunigen, zu vertiefen und zu erweitern.

20  
21 Es darf keine wochen- und monatelangen Wartezeiten geben, nachdem die Zuweisung  
22 an die Kommunen erfolgte, die Erstaufnahmegespräche müssen umgehend erfolgen.

23  
24 Intensivmaßnahmen müssen an allen Schulformen angesiedelt werden. Ihre  
25 Stundenzahlen sind auf 28 Wochenstunden zu erhöhen.

26  
27 Insgesamt müssen die Ressourcen langfristig erhöht und gesichert werden. Dies  
28 deshalb, weil die bisher bereitgestellten 800 Lehrerstellen nicht ausreichen werden,  
29 notwendige Verstärkungen der Integrationsarbeit sicherzustellen.

30  
31 Dazu gehören vor allem:

- 32
- 33 • Erhöhung des Alters für das Schulbesuchsrecht
  - 34 • Begrenzung der Intensivklassengröße auf 12 Schüler/innen
  - 35 • Sicherstellung von Nachmittagsangeboten
  - 36 • Angebot von Sozialarbeit und psychosozialer Betreuung
  - 37 • Nachförderung und Begleitung nach dem Intensivklassenbesuch in der  
38 Regelklasse
  - 39 • Fortbildung der Lehrkräfte für ihre spezifische Aufgabe
  - 40 • Deutsch als Zweitsprache verpflichtend in der Ausbildung und als Bestandteil  
41 der Fortbildung
  - 42 • Zusätzliche notwendige Fördermaßnahmen für Kinder mit  
43 Migrationshintergrund im ganzen System

44 Begründung:

45  
46 Die Bildungsmisere der Zukunft ist angelegt, wenn wir nicht bereit sind, alles  
47 Notwendige zu tun, um die schulische und gesellschaftliche Integration der Kinder und  
48 Jugendlichen, die als Migranten und Flüchtlinge zu uns kommen zu leisten.

49 Alles, was an Förderung jetzt nicht erfolgt, wird später schwieriger, teurer oder –wir  
50 wissen das aus Erfahrung- vergeblich, bis hin zum Abrutschen in kriminelles  
51 Verhalten.

52 Dass Bund und Land und Kommunen bereits vieles leisten wird nicht bestritten.  
53 Bestritten wird aber, dass es genug ist.

1 Immer wieder hervorgehoben werden muss das ehrenamtliche Bemühen. Es ist aber  
2 einfach nicht in Ordnung, die Ehrenamtlichen bis an den Rand der Erschöpfung und  
3 Ausbeutung zu bringen.

4 Immer wieder ist zu beobachten, dass sinnvolle Maßnahmen ergriffen werden, sehr  
5 schnell wieder zurückgefahren werden, weil man fälschlicherweise Entspannung  
6 erwartet.

7 Die psychosozialen Probleme dieser Kinder und Jugendlichen werden nicht oder nur  
8 unzureichend gesehen und wahrgenommen. Sie werden bei den Untersuchungen der  
9 Gesundheitsämter ausgeblendet oder unterschätzt und damit letztlich bei Lehrkräften  
10 und Sozialarbeitern abgeladen.

11 Die Ausweitung der schulischen Betreuung und Förderung über den Besuch der  
12 Intensivklassen hinaus ist so wichtig, weil Schule Kontakte bietet und damit  
13 gesellschaftliche Integration, nicht zuletzt Sprachförderung.

14 Die Forderung, Intensivklassen an allen Schulformen einzurichten ist der schlichten  
15 Beobachtung geschuldet, dass bisher in den vor allem an Haupt- und Realschulen  
16 angesiedelten viel zu großen Intensivklassen Kinder sitzen, die alphabetisiert werden  
17 müssen, neben solchen, die in ihrem Heimatland ein Gymnasium besucht haben.

18 Ziel aller Arbeit in den Intensivklassen ist die möglichst schnelle Überführung in die  
19 Regelklasse, dabei sind Grundkenntnisse der deutschen Sprache notwendig.

20 In vielen Fällen stellt sich die Aufgabe der Alphabetisierung.

21

## 22 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

23

24 Annahme:

erledigt durch:

25 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

26 Überweisung an:

Nichtbefassung:

27

28

29

30

31

32

33

34

# Antragsgruppe E

## Innenpolitik, Rechtspolitik - Kommunalpolitik

### E 1

#### (AfA Hessen-Süd)

#### **Daseinsvorsorge muss öffentliche Aufgabe bleiben**

Das Vorhalten einer Infrastruktur zum Abdecken von kollektiven Bedürfnissen der Bevölkerung muss heute und in Zukunft eine öffentliche Aufgabe bleiben. Dazu zählen insbesondere die Versorgung mit Energie, Gas und Wasser, die Entsorgung von Abwasser und Müll, das Vorhalten von Verkehrs- und Kommunikationswegen, insbesondere der Telekommunikation und der Medien, Bildung, innere Sicherheit, das Gesundheitswesen und den Zugang zur Finanzversorgung für die gesamte Bevölkerung.

Unabhängig von der Organisations- und Rechtsform (z.B. GmbHs im öffentlichen Besitz) dürfen diese Bereiche nicht dem Profitstreben von privaten Unternehmen unterworfen werden. Der Rahmen in welchem Umfang und zu welchen Bedingungen diese Leistungen angeboten werden muss den öffentlichen Gremien vorbehalten bleiben und darf ausschließlich der öffentlichen Kontrolle unterliegen. Die zweifellos notwendige Fachlichkeit und die politische Einflussnahme sind kein Widerspruch der zwangsläufig zur Privatisierung führen muss. Die ist viel eher eine Frage der Organisationsform. Nur wenn Betriebe, die die oben genannten Aufgaben erfüllen, in öffentlicher Hand bleiben, ist letztendlich gewährleistet, dass die politische Einflussnahme transparent gegenüber den zuständigen Gremien und somit gegenüber der Bevölkerung bleibt. Diese Notwendigkeit der Transparenz bezieht sich insbesondere auf die Verwendung von Gewinnen bzw. auf die Querfinanzierung von Betrieben mit Verlusten.

Dass öffentliche Betriebe die Finanzierung von Aufgaben übernehmen, die eigentlich zur ureigenen Aufgabe der öffentlichen Haushalte gehören, z.B. Sponsoring von Sport- und Kulturorganisationen ist nur dann zu rechtfertigen, wenn dies in öffentlicher Kontrolle geschieht.

Die Privatisierungen der letzten 25 Jahre sind nach unserer Auffassung eine kalte Enteignung der Bevölkerung und ein Entzug der demokratischen Rechte der Bürgerschaft. Immer größere Bereiche unserer Gesellschaft werden Markgesetzen unterworfen und somit der öffentlichen Diskussion und Entscheidung entzogen.

Die Begründung, dass mit diesen Privatisierungen Konkurrenzsituationen entstehen, die langfristig zu Preissenkungen führen, haben sich als völlig unrealistisch herausgestellt. Bei näherem Hinsehen entpuppten sich diese Fälle alle, wenn überhaupt Preissenkungen entstanden sind, als Einschränkung von Leistungen oder als Einsparungen auf dem Rücken der Beschäftigten. Die verschärften Arbeitskämpfe in diesen Bereichen sind nur ein Symbol, die die schlechteren Arbeitsbedingungen und die damit verbundene Unzufriedenheit der Belegschaften dieser Betriebe aufzeigen.

1  
2 Nach Auffassung der SPD Hessen-Süd hat die öffentliche Hand auch als Arbeitgeber  
3 eine Vorbildfunktion. Dies wird die SPD, als Vertreter der Betriebs- und Personalräte,  
4 von allen Arbeitgebern der öffentlichen Hand, aber insbesondere dort wo  
5 Sozialdemokraten in der Verantwortung stehen, auch weiterhin konsequent einfordern.

6  
7 Gegen die allgemeine Behauptung der neoliberalen Befürworter von Privatisierungen,  
8 dass private Unternehmer einen Betrieb besser und wirtschaftlicher führen können als  
9 die öffentliche Hand, sprechen insbesondere die Pleiten von Großunternehmen in der  
10 letzten 25 Jahren und die von privaten Unternehmen ausgelösten teilweise weltweiten  
11 Krisen. Ganz im Gegenteil: Gelöst werden konnten diese Krisen nur durch die  
12 Einflussnahme der Staaten und unter Berücksichtigung von Steuergeldern.

13  
14 Allein die Änderung der Rechtsformen und entsprechender Aufspaltungen (z.B. bei der  
15 Deutschen Bahn AG) sind nicht selten mit einer maßlosen Verkomplizierung der  
16 Betriebsstrukturen verbunden.

17  
18 Die SPD Hessen-Süd verlangt deshalb eine Abkehr von dem Weg der weiteren  
19 Privatisierungen und eine Rückführung der bereits privatisierten Betrieb in den Bereich  
20 der öffentlichen Hand.

21  
22 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

23 **Annahme als Resolution in geänderter Fassung wie nachstehend: Antragstext**  
24 **Seite 56, Der erste Absatz des Antragstextes endet bei Zeile 20 mit dem Wort**  
25 **„...Gesundheitswesen.“ Die weitere Fortführung des Satzes „...und den Zugang**  
26 **zur Finanzversorgung für die gesamt Bevölkerung“ wird gestrichen**

27  
28 Annahme:

erledigt durch:

29 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

30 Überweisung an:

Nichtbefassung:

31  
32  
33  
34 **E 2**

35  
36 **(AGS Hessen Süd)**

37  
38 **Kommunale Daseinsvorsorge**

39  
40 Wir brauchen in Hessen klare Regelungen, wer bei der Daseinsvorsorge bis wohin  
41 zukünftig zuständig sei: Alles bis zum Hausanschluss könnte in der Hand der  
42 Kommune sein, alles ab Hausanschluss, in den Händen der mittelständischen  
43 Wirtschaft. Bis zum Hausanschluss bzw. bis zur Grundstücksgrenze sollen Gemeinden  
44 zukünftig das Recht erhalten, Energie- und Wasserversorgungsmaßnahmen (Strom,  
45 Wasser, Abwasser, Wärme) selbst zu erledigen, wenn sie diese Leistungen anbieten  
46 und übernehmen wollen.

47  
48 Begründung:

49  
50 Die SPD Hessen-Süd spricht sich für ein gesundes Miteinander von Kommunen und  
51 mittelständischer Wirtschaft bei der Daseinsvorsorge aus. Bei z.B. der kommunalen  
52 Energieversorgung braucht es vernünftige Abgrenzungen und Vereinbarungen  
53 zwischen den Kommunen und den Handwerkern vor Ort. Sollten die Kommunen über  
54 die Grundstücksgrenze hinaus tätig werden, gibt es möglicherweise einen unfairen

1 Wettbewerb mit der mittelständischen Wirtschaft. Zudem wird die lange und  
2 vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Handwerk gefährdet.

3  
4 Kommunen weisen keine Mehrwertsteuer aus, die Gefahr der Quersubventionierung ist  
5 nicht auszuschließen, die Verwaltung könnte unnötig aufgebläht werden, die  
6 Intransparenz der Verwaltung würde zu- und nicht abnehmen. Auch ist zu bedenken,  
7 dass der Kommune durch diesen unfairen Wettbewerb Gewerbesteuerereinnahmen  
8 wegfallen würden.

9  
10 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**  
11 **Rücküberweisung an den Antragsteller/die Antragstellerin zur Konkretisierung.**

12  
13 Annahme: erledigt durch:  
14 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:  
15 Überweisung an: Nichtbefassung:

### 16 17 18 19 **E 3**

#### 20 21 **(Jusos Hessen-Süd)**

#### 22 23 **Du hast Polizei – ich hab Menschenrechte!**

24  
25  
26 Die Polizei ist als Exekutive eines der wichtigsten Organe in unserem Rechtsstaat. So  
27 dient sie zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit, der Kriminalprävention sowie  
28 der Repression und soll so allgemeine private Rechte, darunter vor allem die  
29 Menschenrechte, schützen.

30 So wichtig die Polizei für unser Rechtssystem ist, so gefährlich ist sie auch, wenn sie  
31 nicht umfassend demokratisch kontrolliert und nicht ständig progressiv reformiert wird.  
32 Aus sozialdemokratischer Sicht ist es daher extrem wichtig selbst politische Reformen  
33 anzustoßen und das Feld der inneren Sicherheit nicht konservativen Kräften zu  
34 überlassen. Aus bloßer ungerichteter Kritik müssen echte Reformvorschläge werden.  
35 Die Polizei muss wieder, ohne Ausnahmen, allen Menschen in unserer Gesellschaft  
36 dienen.

#### 37 38 **Ausbildung als Grundstein**

39 Um von Polizist\*innen erwarten zu können, dass sie ausnahmslos die Menschenrechte  
40 achten und verteidigen, ist es fundamental, dass die Anwärter\*innen eine gute  
41 Ausbildung erhalten. Grundbestandteil darf dabei nicht nur das abstrakte Erklären von  
42 Menschenrechten sein. Es ist vielmehr wichtig den Anwärter\*innen konkret  
43 beizubringen wie sie in welcher Situation mit ihrem Handeln Menschenrechte achten  
44 und schützen. Daneben müssen beispielsweise Kampfsportausbildungen, bei denen  
45 gelehrt wird als erstes in das Gesicht des Gegenübers zu schlagen der Vergangenheit  
46 angehören.

47 Polizist\*innen sind in unserer Gesellschaft zu bedeutungsvoll als das an ihrer  
48 Ausbildung gespart werden dürfte.

49 Deshalb fordern wir:

- 50 - Mehr Investitionen in die Ausbildung von Polizeianwärter\*innen
- 51 - Eine intensive, konkrete Menschenrechtsbildung in der Polizeiausbildung und  
52 jährlichen Fortbildungen
- 53 - Eine umfassende Prävention gegenüber Rassismus und Rechtsextremismus
- 54 - Ausbilder\*innen die speziell für die Polizeiausbildung geschult sind und selbst  
55 eine Menschenrechtsausbildung erfahren haben

- Einen Fokus auf die Schulung von Deeskalationstechniken
- Das Ende von Sparversionen der Polizeiausbildung, wie bei der Wachpolizei

### **Unabhängige Ermittlung ermöglichen**

Zu einer demokratischen Kontrolle der Polizei gehören unabhängige Ermittlungsverfahren im Falle einer Anzeige oder des Verdachts von Straftaten durch Polizist\*innen. Ermittlungen werden zwar von den zuständigen Staatsanwaltschaften geleitet. Diese sind jedoch eng mit den betroffenen Polizeistellen verzahnt. Die Dienststellen übernehmen dabei den Großteil der Ermittlungsarbeit für die Staatsanwaltschaft; Kolleg\*innen ermitteln gegen Kolleg\*innen. Ermittlungen gegen Polizist\*innen laufen daher oft schleppend und oberflächlich; zu Anklagen kommt es nur in Ausnahmefällen. Polizeiliche Misshandlungen bleiben so oftmals ohne Konsequenzen. Gegenanzeigen seitens der Polizei laufen dagegen in der Regel schnell und gründlich.

Eine Institution, die maßgebend für einen Rechtsstaat ist, darf von diesem nicht ausgeschlossen werden.

Deshalb fordern wir:

- Von der Polizei unabhängige Ermittlungs- und Beschwerdestellen für Anzeigen oder Hinweise gegen Polizist\*innen

### **Racial/Ethnic Profiling unterbinden**

Wir erkennen, dass Menschen in Deutschland auf Grund ihrer Hautfarbe, Sprache, vermeintlicher Herkunft, „Ethnie“, „Rasse“ oder Religion verstärkt im Fokus von sog. verdachtsunabhängigen Kontrollen stehen. Fahndungsmuster, die auf rassistischen Ansätzen beruhen, verurteilen wir. Solche Maßnahmen verstärken Vorurteile bei Dritten und diskriminieren die Betroffenen.

Deshalb fordern wir:

- Umfassende unabhängige Studien zu Racial/Ethnic Profiling zu erheben und Gegenmaßnahmen daraus abzuleiten
- Ein Quittungssystem für kontrollierte Menschen, bei dem der Grund der Kontrolle angegeben werden muss und die Option für die Kontrollierten besteht, ihre Religion, Hautfarbe oder sonstige Merkmale freiwillig anzugeben, um o.g. Statistiken zu ermöglichen
- Die Anerkennung von rassistischen Fahndungsmustern als Problem in Deutschland von Politik, der Polizei und ihren Gewerkschaften
- Rassismus in Aus- und Weiterbildung entgegenzuwirken
- Unabhängige Beschwerdestellen für Betroffene
- Die Abschaffung von § 22 Abs. 1a BPolG und vergleichbaren Rechtsnormen auf Länderebene

### **Misshandlungen verhindern**

In Gewahrsam ist jeder Mensch möglichen Misshandlungen schutzlos ausgeliefert. Wir gehen davon aus, dass Misshandlungen in Polizeigewahrsam die absolute Ausnahme sind, dennoch ist auch jeder Einzelfall zu verhindern.

Daneben entsprechen die Räumlichkeiten für Gewahrsamnahmen, insbesondere bei Großdemonstrationen, nicht immer menschenrechtlichen Standards. In jedem Falle müssen aber auch Menschen in Gewahrsam ihre Menschenrechte gewährt werden.

Deshalb fordern wir:

- Kameraüberwachung in Gewahrsamstellen, die den o.g. Ermittlungs- und Beschwerdestellen unverändert zu Verfügung stehen müssen
- Menschenrechtliche Standards für Gefangenensammelstellen (bei Demonstrationen etc.). Diese müssen beheizt und sauber sein, ein Mindestmaß an Platz bieten, daneben kostenlose Toiletten, Trinkwasser, Tageslicht und bei längeren Aufenthalten Verpflegung und Duschen bieten

- 1 - Inhaftierte müssen umgehend in der Lage sein einen Rechtsbeistand,
- 2 Angehörige oder medizinische Hilfe per Telefon zu erreichen
- 3 - Inhaftierte sind umgehend über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären und
- 4 schnellstmöglich richterlich Anzuhören
- 5 - Bei Gefangenenensammelstellen ist Pressevertreter\*innen, Staatsanwält\*innen
- 6 und Richter\*innen jederzeit Zugang zu gewähren
- 7 - Sollten die Standards nicht eingehalten werden können, sind Gefangene
- 8 unverzüglich zu verlegen oder zu entlassen

### 9 **Versammlungsrecht schützen**

10 Das Versammlungsrecht ist eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Ausübung der  
11 Meinungsfreiheit und damit Maß für eine funktionierende Demokratie. Die Polizei hat  
12 dabei die Aufgabe Versammlungen als Menschenrecht zu schützen und diese nicht  
13 durch Eingriffe einzuschränken.

14 Deshalb fordern wir:

- 15 - Die Offenlegung der polizeilichen Gefahrenanalysen von Versammlungen nach
- 16 ihrer Durchführung
- 17 - Einen Fokus auf Deeskalationstechniken während Aus- und Fortbildung bei der
- 18 Polizei
- 19 - Keine präventive Einstufung von Versammlungen als „unfriedlich“
- 20 - Einen intensiveren Einsatz von polizeilichen Communicator-Gruppen, die
- 21 deeskalativ wirken und einen ständigen Dialog mit Demonstrant\*innen, Presse,
- 22 Bürger\*innen und der Polizei führen
- 23 - Kooperationen mit den Veranstalter\*innen, um Gefahren und Konflikten im
- 24 Vorfeld abzuwenden
- 25 - Die Einführung eines unabhängigen Demonstrationsbeobachter\*innen-Status,
- 26 der Im Vorfeld gemeinsam von Veranstalter\*in und Polizei an Personen
- 27 vergeben werden kann. Personen mit diesem Status sollen sich frei jederzeit
- 28 frei in der Versammlung und zwischen den Einsatzkräften bewegen können
- 29 - Die sofortige richterliche Überprüfung auf die Rechtmäßigkeit von
- 30 freiheitsentziehenden Maßnahmen, wie dem sog. Polizeikessel
- 31 - Verdachtslose Vorkontrollen, die friedlichen Demonstrant\*innen davon abhalten
- 32 an der Versammlung teilzunehmen, zu verbieten
- 33 - Den Einsatz von chemischen Reizstoffen bei Demonstrationen zu verbieten, da
- 34 diese häufig für Kollektivmaßnahmen missbraucht werden
- 35

### 36 **Kennzeichnungspflicht endlich umsetzen**

37 Im Jahr 2008 wurde beispielsweise in Hessen die Kennzeichnungspflicht für  
38 Polizist\*innen in Form eines Namensschildes eingeführt. Für geschlossene Einsätze  
39 gilt diese Pflicht allerdings nicht. Daneben machen viele Polizist\*innen ihre  
40 Kennzeichnung unkenntlich indem sie beispielsweise etwas in ihre Brusttasche  
41 stecken und damit die Kennzeichnung verdecken. Gerade bei behelmtten Einheiten ist  
42 es damit unmöglich polizeiliche Straftaten zu ahnden, die Hemmschwelle solche zu  
43 begehen sinkt. Auch wenn es sich hierbei um Ausnahmen handelt, müssen diese so  
44 gut es geht verhindert werden.

45 Deshalb fordern wir:

- 46 - Die konsequente Umsetzung der Kennzeichnungspflicht für Polizist\*innen.
- 47 Diese kann auch in Form einer anonymisierten Nummer erfolgen, muss aber
- 48 direkt zurückverfolgbar sein.
- 49 - Mehr als eine Kennzeichnung bei Einsatzkräften während Demonstrationen.
- 50 Diese ist auf der Brust, dem Helm und dem Rücken zu tragen.
- 51

### 52 **Gute Arbeit würdigen**

53 Voraussetzung unsere Forderungen umzusetzen sind kompetente und zuverlässige  
54 Menschen, die bei der Polizei ihren Dienst leisten. Polizist\*in ist ein gesellschaftlich  
55

1 extrem wichtiger Beruf, der ein hohes Maß an ethischen Grundsätzen, Belastbarkeit  
2 und sozialer Kompetenz verlangt. Die Anerkennung dafür nimmt in den letzten Jahren  
3 immer weiter ab. Der Polizeidienst muss aber weiterhin attraktiv bleiben für Menschen,  
4 die seinen Ansprüchen gerecht werden.

5 Wir zeigen uns daher solidarisch mit den Gewerkschaften der Polizist\*innen, mit einer  
6 ausdrücklichen Ausnahme der DPolG, und fordern eine Abkehr von dem jahrelang  
7 betriebenen Sparkurs, der in bei der Polizei betrieben wurde. Polizist\*innen müssen  
8 wieder gerecht entlohnt und zeitlich entlastet werden.

9  
10 Begründung erfolgt mündlich

11  
12 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

13 **Nach der Behandlung auf dem Bezirksparteitag Hessen-Süd am 18.6.2016**  
14 **Rücküberweisung an die Antragsteller sowie Überweisung an die AG**  
15 **Sozialdemokraten/innen in der Polizei (SIP) zur Erarbeitung einer Endfassung.**

16  
17 Annahme:

erledigt durch:

18 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

19 Überweisung an:

Nichtbefassung:

20  
21  
22  
23 **E 4**

24  
25 **Resolution**

26  
27 **(Jusos Hessen-Süd)**

28  
29 **Haltung Genoss\*Innen!**

30  
31 *„Widerstand ist eine Angelegenheit des Terminkalenders, nicht des Heroismus; man*  
32 *darf nicht warten bis Freiheitskampf Landesverrat genannt wird, sondern man muß den*  
33 *rollenden Schneeball zertreten, ehe er zur Lawine geworden ist.“ Erich Kästner*

34  
35 Die AfD fährt immer neue Wahlsiege ein, zugleich radikalisiert sich die Partei immer  
36 weiter. Für uns Sozialdemokraten muss klar sein, dass die AfD eine zutiefst  
37 antidemokratische Partei ist und unsere pluralistische Gesellschaft im Kern angreifen  
38 will.

39 Die AfD hat zu einer Normalisierung von völkischen Einstellungen beigetragen und so  
40 eine Flut von Hass und Gewalt ausgelöst. Nicht nur Ihre Anhängerschaft beweist mit  
41 immer mehr Druck auf alle Andersdenkenden, dass sie ein zutiefst  
42 menschverachtendes Weltbild hat und eine antipluralistische Einstellung vertritt.

43 Agitatoren wie Höcke gießen bewusst Öl ins Feuer und hetzen die Menschen durch  
44 Ihre „Hassreden“ auf. Auch vor mehr oder weniger versteckten Gewaltaufrufen  
45 schreckt die Partei nicht zurück, teilt zudem rechtsextreme Verschwörungstheorien und  
46 Falschmeldungen, wenn Sie Ihren politischen Zielen nützlich zu sein scheinen.

47 Für uns Sozialdemokraten ist die AfD alles andere als eine normale Partei oder „nur“  
48 rechtspopulistisch, denn sie zündelt bewusst am rechten Rand und stellt damit unser  
49 gesamtes politisches System in Frage. Man darf sich nicht von vermeintlich noch  
50 „demokratischen“ Programmen täuschen lassen, ihr wahres Gesicht zeigt die Partei in  
51 den vielen öffentlichen Auftritten und Facebook-Posts, die von Hass, Rassismus und  
52 der Abwertung von allem was nicht ins Weltbild passt geprägt sind. Die AfD ist die  
53 Partei der Ungleichheit. Die AfD will unsere Gesellschaft in Ihr und Wir teilen. Das gilt  
54 für die Manifestierung der sozialen Spaltung in diesem Land, durch ihr durch und durch

1 sozialdarwinistisches Programm, genauso wie für den Rassismus den sie vertritt und  
2 befeuert.

3 Uns verbindet nichts mit dieser Partei, denn wir können hinter die Fassade schauen.  
4 Das politische Konzept der AfD steht im unüberwindbaren Widerspruch zu unseren  
5 sozialdemokratischen Werten!

6  
7 Wir müssen die AfD als sozialdarwinistische und zutiefst fremdenfeindliche Partei  
8 stellen!

9 Wir machen uns weder die Positionen noch den Sprachgebrauch der AfD zu eigen!  
10 Wir fordern die gesamte Sozialdemokratie auf Haltung zu zeigen!

11

12 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

13 **Annahme in geänderter Fassung wie nachstehend: Antragstext Seite 61, Zeile 39**  
14 **ersetzen des Wortes „Normalisierung“ durch „Akzeptanz“. Überweisung der**  
15 **geänderten Fassung an den Bezirksvorstand Hessen-Süd als Material zur**  
16 **Strategiedebatte.**

17

18 Annahme:

erledigt durch:

19 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

20 Überweisung an:

Nichtbefassung:

21

22

1  
2  
3  
4 **Antragsgruppe F**  
5 **Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik**  
6

7  
8  
9  
10 **F 1**

11  
12 **(Bezirksvorstand)**

13  
14 **Flüchtlingspolitik neu gestalten – Flüchtlinge schützen – Fluchtursachen**  
15 **bekämpfen**

16  
17 Die SPD Bezirk Hessen Süd möge beschließen:

18  
19 **I.**

20  
21 Angesichts der weltweiten Flüchtlingskatastrophe bedarf es einer neuen globalen  
22 Flüchtlingspolitik.

23 Griechenland und Italien werden von den europäischen Staaten allein gelassen, in  
24 Griechenland herrscht Notstand und in Italien ebenso. Zu viele europäische  
25 Partnerstaaten verweigern sich der notwendigen humanitären Solidarität, sie treten  
26 damit die europäischen Werte mit Füßen.

27 Das Abkommen der EU mit der Türkei ist eine weitere Abschottungsmaßnahme der  
28 EU.

29  
30  
31 Der Bezirk Hessen Süd der SPD möge beschließen:

32  
33 1. Die SPD im Bundestag soll sich für eine sofortige Überprüfung des EU-Türkei-  
34 Abkommens zur Rückführung von Flüchtlingen aus Griechenland in die Türkei  
35 einsetzen. Die SPD im Bundestag wird aufgefordert, durch die UNO, den Europarat,  
36 unter Umständen auch durch den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof  
37 überprüfen zu lassen, ob das Abkommen mit der europäischen Asylgesetzgebung, mit  
38 der Genfer Flüchtlingskonvention und der UN- und der Europäischen  
39 Menschenrechtskonvention vereinbar ist.

40 Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag möge unverzüglich eine Anhörung dazu  
41 veranstalten. Wenn diese Konventionen und Gesetze verletzt werden, wie der UNO  
42 Sonderbeauftragte für Menschenrechte, wie Amnesty International und andere  
43 Nichtregierungsorganisationen behaupten, ist das Abkommen zu kündigen.

44 Solange das Abkommen in Kraft ist, muss sichergestellt werden, dass die Geldflüsse in  
45 die Türkei ausschließlich Flüchtlingsprojekten zugute kommen.

46  
47  
48 Die SPD Hessen Süd fordert die SPD im Bundestag auf:

49  
50 2. eine Initiative zur humanitären Aufnahme von Flüchtlingen, die sich bereits in  
51 Griechenland und in Italien befinden, zu ergreifen, damit die menschenunwürdigen  
52 Verhältnisse in Idomeni, Piräus und auf den griechischen Inseln behoben werden  
53 können und in Italien kein unerträglichen Zustände entstehen.

1 Die SPD muss darauf hinwirken, dass die Flüchtlinge nach dem bisher schon  
2 vereinbarten Schlüssel in Europa verteilt werden.

3 Die Europäische Union muss sich in angemessener Weise an den Resettlement-  
4 Abkommen des UNHCR beteiligen, auch Deutschland hat bisher seine Verpflichtungen  
5 noch nicht erfüllt.

6  
7 3. sich dafür einzusetzen, dass die Bundesrepublik jährlich eine angemessene Anzahl  
8 Flüchtlinge im Resettlementverfahren aufnimmt. Zusätzlich soll die SPD auf ein  
9 Einwanderungsgesetz bestehen. Dazu müssen in Deutschland die erforderlichen  
10 Integrationsmaßnahmen getroffen werden.

11  
12 4. Die SPD Hessen Süd begrüßt, dass die Hilfsgelder für die Türkei, Jordanien und  
13 Libanon aufgestockt werden, um diesen Ländern, die die größte Anzahl an syrischen  
14 Flüchtlingen aufgenommen haben, zu entlasten.

15 Wir fordern die SPD im Bundestag auf, noch wesentlich mehr Geld zur Verfügung zu  
16 stellen, damit die Flüchtlinge ordentlich untergebracht, ernährt und medizinisch  
17 versorgt werden können. Darüber hinaus muss für Arbeit und Einkommen, für  
18 ausreichende Schulbildung und Ausbildung und damit für Lebensperspektiven gesorgt  
19 werden. Ohne diese Unterstützung werden sonst erhebliche Konflikte mit neuen  
20 Flüchtlingsströmen entstehen.

21 Die Geldzuweisungen an humanitäre Organisationen wie UNHCR (UN-  
22 Flüchtlingsorganisation), World Food Program und Nichtregierungsorganisationen wie  
23 Welthungerhilfe, Brot für die Welt und medico international oder Ärzte ohne Grenzen  
24 müssen so erhöht werden, dass sie den Anforderungen des humanitären Schutzes  
25 genügen. Der Haushalt 2016 der Bundesrepublik muss dem Rechnung tragen, für die  
26 Europäische Union ist eventuell ein Nachtragshaushalt nötig.

27  
28 5. Die SPD Hessen Süd regt an,  
29 dass sich die SPD im Bundestag für eine UN-Resolution zur gerechten Verteilung von  
30 Flüchtlingen weltweit einsetzt, damit alle Staaten Solidarität mit Kriegsflüchtlingen  
31 zeigen.

## 32 33 II.

34  
35 Um Fluchtursachen zu bekämpfen bedarf es einer langfristigen, nachhaltigen Politik.  
36 Dazu gehören folgende Elemente:

37  
38 1. Umsetzung der im September in der UNO beschlossenen Sustainable Development  
39 Goals. Diese müssen so umgesetzt werden, dass sie tatsächlich Armut, Ungleichheit,  
40 Diskriminierung und mangelnde Perspektiven für die Menschen beseitigen, Umwelt  
41 und Klima nachhaltig schützen und Geschlechtergerechtigkeit fördern.

42 Die Mittel der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit müssen über die  
43 bereits beschlossenen begrüßenswerten Erhöhungen hinaus noch weiter aufgestockt  
44 werden. Deutschland und die Mitgliedsstaaten der EU müssen insbesondere das  
45 (bereits für 2015 zugesagte) Ziel von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für  
46 Entwicklungszusammenarbeit (sogenannte ODA-Quote) zur Verfügung zu stellen,  
47 schnell verwirklichen. Dabei darf die ODA-Quote nicht durch die Einrechnung der  
48 Kosten für Flüchtlingsunterbringung und Betreuung aufgebläht werden. Die ODA-Mittel  
49 müssen in den Herkunftsländern dazu verwendet werden, dass die Menschen vor Ort  
50 Zukunftsperspektiven erhalten und nicht aus Hunger und Armut zur Flucht gezwungen  
51 werden.

52  
53 2. Das globale Handelssystem muss fairer gestaltet werden. Auch alle europäischen  
54 Handelsabkommen (Economic Partnership Agreements) müssen revidiert werden,  
55 wenn sie insbesondere die Länder Afrikas in ihrer eigenen Entwicklung behindern und

1 vor allem den ungehemmten Export aus europäischen Ländern befördern und in den  
2 Partnerländern Wirtschaftsstrukturen zerstören (siehe Export von subventionierten  
3 Agrarprodukten). Die anzustrebenden neuen Handelsabkommen müssen den  
4 Partnerländern den Aufbau eigener Produktionen durch protektionistische Maßnahmen  
5 gestatten, subventionierte europäische Agrarexporte müssen verboten werden.  
6 Investitionen in Drittstaaten müssen in den schwächeren Ländern Arbeitsplätze und  
7 Wertschöpfung fördern. In allen Handelsabkommen der Europäischen Union sind  
8 zwingend verbindliche menschenrechtliche, ökologische und soziale Mindeststandards  
9 wie alle acht ILO-Kernarbeitsnormen mit konkreten Beschwerde- Überprüfungs- und  
10 Sanktionsmechanismen zu vereinbaren.  
11 Die SPD im Bundestag wird aufgefordert, die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht für  
12 Unternehmen (Corporate Human Rights Due Diligence), die die UNO beschlossen hat,  
13 schnell in einen nationalen Aktionsplan umzusetzen.  
14  
15 3. Alle Maßnahmen der Handelspolitik und der internationalen  
16 Wirtschaftszusammenarbeit müssen darauf überprüft werden, ob sie den  
17 Partnerländern schaden.  
18 Illegale Überfischung muss besser kontrolliert und geahndet werden, weil dadurch der  
19 einheimischen Bevölkerung ihre Lebensgrundlage entzogen wird.  
20 Landgrabbing (Aufkauf oder Pachtung von Agrarflächen) für den Anbau von  
21 Agrarprodukten für das Agrobusiness muss verhindert werden, z.B. durch  
22 internationale Abkommen, die kleinbäuerliche Landwirtschaft muss gefördert werden,  
23 da sonst die Ernährung der einheimischen Bevölkerung nicht sichergestellt werden  
24 kann.  
25  
26 4. Die Klimakatastrophe muss durch Einhaltung der beschlossenen Werte verhindert  
27 werden. Schon jetzt gibt es Flüchtlinge vor Dürre oder Überschwemmungen, bei  
28 Nichtstun drohen weitere Flüchtlingswellen.  
29 Ökologische und soziale Fluchtursachen können so eingedämmt werden.  
30  
31 5. Um mehr Gerechtigkeit in der Welt zu ermöglichen, muss international die  
32 Steuerpolitik fairer werden, Steueroasen müssen ausgetrocknet und  
33 Niedrigsteuereettbewerb abgestellt werden.  
34 Die SPD fordert nach wie vor eine Finanztransaktionssteuer.  
35 Illegale Kapitalabflüsse aus Entwicklungsländern müssen verhindert werden.  
36  
37 6. Um Flucht und Vertreibung zu verhindern bedarf es einer internationalen  
38 Anstrengung, um Konflikte zu regeln, Krisen zu bewältigen und Kriege zu vermeiden.  
39 Die Stärkung und der Ausbau ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung ist  
40 dringend erforderlich. Es stehen dafür zahlreiche Organisationen und nationale  
41 Instrumente zur Verfügung. UNO, EU, OSZE verfügen jeweils über  
42 Krisenpräventionszentren, die in der Lage sind, Konflikte im frühen Stadium zu  
43 erkennen. Oft fehlt es aber an politischem Willen, mit diplomatischen oder anderen  
44 nicht-militärischen Maßnahmen einzugreifen. Auch die Bundesrepublik hat zahlreiche  
45 nationale Instrumente der zivilen Krisenprävention eingerichtet, diese müssen gestärkt  
46 und ausgebaut werden. Dies bedeutet auch mehr finanzielle Mittel für den Ausbau des  
47 zivilen Friedensdienstes und des Zentrums für internationale Friedenseinsätze.  
48  
49 7. Waffenexporte sind ein wesentlicher Grund für gewaltsame Auseinandersetzungen.  
50 Waffenexporte in Spannungsgebiete sind grundsätzlich zu verbieten, der Endverbleib  
51 exportierter Waffen genau zu kontrollieren und Lizenzen an Nicht-NATO- und diesen  
52 gleichgestellten Staaten nicht mehr zu vergeben.  
53  
54 8. Deutschland hat zur Zeit den Vorsitz der Organisation für Sicherheit und  
55 Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Die OSZE befindet sich in einer tiefen Krise.

1 Die Bundesregierung (und damit besonders der deutsche Außenminister) sind  
2 gefordert, den Reformprozess so zu befördern, dass die OSZE wieder zu einer  
3 Organisation zur Bewahrung von Frieden und Stabilität und zum Konfliktausgleich  
4 werden kann. Ein neuer kalter Krieg und erneutes Wettrüsten müssen verhindert  
5 werden. Die Konflikte mit Russland müssen bearbeitet und gemildert werden.  
6 Langfristig muss es Initiativen zur Etablierung einer neuen europäischen  
7 Sicherheitsarchitektur geben.

8  
9 9. Im Rahmen der UNO ist die Bundesregierung aufgefordert, deren  
10 friedensstabilisierende Elemente zu unterstützen und zu stärken, insbesondere die  
11 Funktionsfähigkeit der Blauhelmissionen. Die Generalversammlung der UNO hat  
12 mehrere völkerrechtlich bedeutende Berichte beschlossen, die zu verbindlichen  
13 Völkerrecht weiterentwickelt werden sollten. Die Bundesregierung soll sich bemühen,  
14 insbesondere den Grundsatz der Responsibility to Protect, der internationalen  
15 Schutzverantwortung, zu stärken. Damit könnte ein frühes diplomatisches Eingreifen  
16 der internationalen Völkergemeinschaft in krisenhafte Entwicklungen legitimiert  
17 werden.

18 Den syrischen Bürgerkrieg zu beenden ist eine der wichtigsten Aufgaben der  
19 Völkergemeinschaft, um das Flüchtlingselend der Syrer zu stoppen.

20 Die SPD Hessen Süd dankt insbesondere dem Außenminister Frank-Walter Steinmeier  
21 für seinen unermüdlichen Einsatz für die Friedensgespräche in Genf.

## 22 23 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

24  
25 Annahme:

erledigt durch:

26 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

27 Überweisung an:

Nichtbefassung:

## 28 29 30 31 **F 2**

### 32 33 **(Unterbezirk Offenbach-Kreis)**

#### 34 35 **Flüchtlingspolitik neu gestalten – Flüchtlinge schützen – Fluchtursachen** 36 **bekämpfen**

37  
38 Der SPD Bezirk Hessen Süd möge beschließen:

39  
40 Die SPD im Bundestag soll sich für eine sofortige Aussetzung des EU-Türkei-  
41 Abkommens zur Rückführung von Flüchtlingen aus Griechenland in die Türkei  
42 einsetzen. Die SPD im Bundestag wird aufgefordert, das Abkommen durch die UNO  
43 und den Europarat, unter Umständen auch durch den Europäischen  
44 Menschenrechtsgerichtshof überprüfen zu lassen, ob das Abkommen mit der  
45 europäischen Asylgesetzgebung, mit der Genfer Flüchtlingskonvention und der UN und  
46 der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar ist.

47 Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag möge unverzüglich eine Anhörung dazu  
48 veranstalten. Wenn diese Konventionen und Gesetze verletzt werden, wie der UNO  
49 Sonderbeauftragte für Menschenrechte, Amnesty International und andere  
50 Nichtregierungsorganisationen behaupten, ist das Abkommen zu kündigen.

51  
52 Der SPD Bezirk Hessen-Süd fordert die SPD im Bundestag auf, eine Initiative zur  
53 humanitären Aufnahme von Flüchtlingen, die sich bereits in Griechenland befinden, zu  
54 ergreifen damit die menschenunwürdigen Verhältnisse in Idomeni, Piräus und auf den  
55 griechischen Inseln behoben werden können.

1 Die SPD muss darauf hinwirken, dass die Flüchtlinge nach dem bisher schon  
2 vereinbarten Schlüssel in Europa verteilt werden.

3 Die Europäische Union muss sich in angemessener Weise an den Resettlement-  
4 Abkommen des UNHCR beteiligen, Deutschland hat bisher seine Verpflichtungen noch  
5 nicht erfüllt.

6  
7 Die SPD Hessen-Süd begrüßt, dass die Hilfsgelder für die Türkei, Jordanien und  
8 Libanon aufgestockt werden, um diesen Ländern, die die größte Anzahl an  
9 Flüchtlingen aufgenommen haben, zu entlasten.

10 Wir fordern die SPD im Bundestag auf, noch wesentlich mehr Geld zur Verfügung zu  
11 stellen, damit die Flüchtlinge ordentlich untergebracht, ernährt und medizinisch  
12 versorgt werden können. Darüber hinaus muss für Arbeit und Einkommen, für  
13 ausreichende Schulbildung und für Ausbildung und damit für Lebensperspektiven  
14 gesorgt werden. Ohne diese Unterstützung werden sonst erhebliche Konflikte mit  
15 neuen Flüchtlingsströmen entstehen.

16 Die Geldzuweisungen an humanitären Organisationen wie UNHCR (UN-  
17 Flüchtlingsorganisation) World Food Programm und Nichtregierungsorganisationen wie  
18 Welthungerhilfe, Brot für die Welt und medico international oder Ärzte ohne Grenzen  
19 müssen so erhöht werden, dass sie den Anforderungen des humanitären Schutzes  
20 genügen. Der Haushalt 2016 der Bundesrepublik muss dem Rechnung tragen, für die  
21 Europäische Union ist eventuell ein Nachtragshaushalt nötig.

22  
23 Die SPD Hessen-Süd regt an, dass sich die SPD im Bundestag für eine UN Resolution  
24 zur gerechten Verteilung von Flüchtlingen weltweit einsetzt, damit alle Staaten  
25 Solidarität mit Kriegsflüchtlingen zeigen.

26  
27 Die SPD Hessen-Süd fordert die SPD im Deutschen Bundestag auf, sich einem  
28 ähnlichen Abkommen, wie es mit der Türkei ausgehandelt worden ist für Libyen, oder  
29 Tunesien, Marokko, Algerien oder Ägypten, die keine sicheren Herkunftsländer sind, zu  
30 widersetzen.

31  
32 Um Fluchtursachen zu bekämpfen bedarf es einer langfristigen, nachhaltigen Politik.  
33 Dazu gehören folgende Elemente:

34  
35 1. Umsetzung der im September in der UNO beschlossenen Social Development  
36 Goals. Diese müssen so umgesetzt werden, dass sie tatsächlich Armut,  
37 Ungleichheit, Diskriminierung und mangelnde Perspektiven für die Menschen  
38 beseitigt, Umwelt und Klima nachhaltig schützt und Geschlechtergerechtigkeit  
39 fördern.

40  
41 2. Das globale Handelssystem muss fairer gestaltet werden. Auch alle  
42 europäischen Handelsabkommen müssen revidiert werden, weil sie die Länder  
43 insbesondere Afrikas in ihrer eigenen Entwicklung behindern und vor allem den  
44 ungehemmten Export aus europäischen Ländern befördern und in den  
45 Partnerländern Wirtschaftsstrukturen zerstören (s. Export von subventionierten  
46 Agrarprodukten). Die anzustrebenden neuen Handelsabkommen müssen den  
47 Partnerländern den Aufbau eigener Produktionen durch protektionistische  
48 Maßnahmen gestatten, subventionierte Agrarexporte müssen verboten werden.  
49 Investitionen in Drittstaaten müssen in den schwächeren Ländern Arbeitsplätze  
50 und Wertschöpfung fördern. Investierende Staaten müssen gesetzlich  
51 gezwungen werden, ILO-Arbeitsstandards einzuhalten (ausreichender Lohn,  
52 Arbeitsschutz, Vereinigungsfreiheit für Gewerkschaften etc.)

53 Illegale Überfischung muss besser kontrolliert und geahndet werden.  
54 Landgrabbing (Aufkauf oder Pachtung von Agrarflächen) für den Anbau von  
55 Agrarprodukten für das Agrobusiness muss verhindert werden, z.B. durch

1 internationale Abkommen. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft muss gefördert  
2 werden, da sonst die Ernährung der einheimischen Bevölkerung nicht  
3 sichergestellt werden kann.

4  
5 3. Die Klimakatastrophe muss durch Einhaltung der beschlossenen Werte  
6 verhindert werden. Schon jetzt gibt es Flüchtlinge vor Dürre oder  
7 Überschwemmungen, bei Nichtstun drohen weitere Flüchtlingswellen.  
8 Ökologische und soziale Fluchtursachen können so eingedämmt werden.

9  
10 4. Um mehr Gerechtigkeit in der Welt zu ermöglichen, muss international die  
11 Steuerpolitik fairer werden, Steueroasen müssen ausgetrocknet und  
12 Niedrigsteuereettbewerb abgestellt werden.

13 Die SPD fordert nach wie vor eine Finanztransaktionssteuer.

14 Illegale Kapitalabflüsse aus Entwicklungsländern müssen verhindert werden.

15  
16 Um Flucht und Vertreibung zu verhindern bedarf es einer internationalen Anstrengung,  
17 um Konflikte zu regeln, Krisen zu bewältigen und Kriege zu vermeiden. Die Stärkung  
18 und der Ausbau ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung ist dringend  
19 erforderlich. Es stehen dafür zahlreiche Organisationen und nationale Instrumente zur  
20 Verfügung. UNO, EU, OSZE verfügen jeweils über Krisenpräventionszentren, die in der  
21 Lage sind, Konflikte im frühen Stadium zu erkennen. Oft fehlt es aber an politischem  
22 Willen, mit diplomatischen oder anderen Maßnahmen einzugreifen. Auch die  
23 Bundesrepublik hat zahlreiche nationale Instrumente der zivilen Krisenprävention  
24 eingerichtet, diese müssen gestärkt und ausgebaut werden. Dies bedeutet auch mehr  
25 finanzielle Mittel für den Ausbau des zivilen Friedensdienstes und des Zentrums für  
26 internationale Friedenseinsätze.

27 Deutschland hat zur Zeit den Vorsitz der Organisation für Sicherheit und  
28 Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Die OSZE befindet sich in einer tiefen Krise.

29 Die Bundesregierung (und damit besonders der deutsche Außenminister) sind  
30 gefordert, den Reformprozess so zu befördern, dass die OSZE wieder zu einer  
31 Organisation zur Bewahrung von Frieden und Stabilität werden kann.

32 Im Rahmen der UNO ist die Bundesregierung aufgefordert, die friedensstabilisierenden  
33 Elemente zu unterstützen und zu stärken, insbesondere die Funktionsfähigkeit der  
34 Blauhelmissionen. Die Generalversammlung der UNO hat mehrere völkerrechtlich  
35 bedeutende Berichte beschlossen, die zu verbindlichen Völkerrecht weiterentwickelt  
36 werden sollten. Die Bundesregierung soll sich bemühen insbesondere den Grundsatz  
37 der Responsibility to Protect, der internationalen Schutzverantwortung, zu stärken.  
38 Damit könnte ein frühes diplomatisches Eingreifen der internationalen  
39 Völkergemeinschaft in krisenhafte Entwicklungen legitimiert werden.

40 Den syrischen Bürgerkrieg zu beenden ist eine der wichtigsten Aufgaben der  
41 Völkergemeinschaft, um das Flüchtlingselend der Syrer zu stoppen.

42 Der SPD-Bezirk Hessen-Süd dankt insbesondere dem Außenminister Frank-Walter  
43 Steinmeier für seinen unermüdlichen Einsatz für die Friedensgespräche in Genf.

#### 44 45 Begründung

46  
47 Das Türkei-EU-Abkommen verletzt die Genfer Flüchtlingskonvention, weil  
48 Syrienflüchtlingen nicht sofort subsidiärer Schutz in Europa gewährt wird und es  
49 verletzt die europäische Asylgesetzgebung, wenn Flüchtlinge aus anderen Ländern wie  
50 Pakistan, Afghanistan, Irak oder Eritrea z. B. kein geordnetes Asylverfahren gewährt  
51 wird bzw. gewährt werden kann. Die kollektive Zurückschiebung von Flüchtlingen  
52 verstößt gegen das sog. Refoulmentverbot. Auch die Inhaftierung von Flüchtlingen und  
53 Asylbewerbern in Aufnahmelagern verletzt die Menschenrechte.

54 Es ist widersinnig, syrische Flüchtlinge, die den gefährvollen Weg über das Meer  
55 geschafft haben, nach der Türkei zurückzuführen, nur um dann andere syrische

1 Flüchtlinge nach Europa zu holen. Der beabsichtigte Abschreckungseffekt, der das  
2 Schleusertum eindämmen will, wird nicht erreicht, die Schleuser finden andere Routen.  
3 Die Türkei kann nicht als sicherer Drittstaat angesehen werden, da sie die Genfer  
4 Flüchtlingskonvention nur mit geographischer Einschränkung ratifiziert hat und nur  
5 Flüchtlingen aus Europa Schutz gewährt. Es gibt in der Türkei massive Verletzungen  
6 der Menschenrechte, Abschiebungen von Flüchtlingen nach Syrien und den Irak sind  
7 dokumentiert. Im Südosten der Türkei tobt ein Bürgerkrieg.  
8 Ohne Veränderungen der globalen Politik wird es nicht gelingen, die vielen  
9 vorhandenen und drohenden Konfliktherde in der Welt zu bewältigen.

10  
11 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**  
12 **Erledigt durch die Annahme von F 1**

13  
14 Annahme: erledigt durch:  
15 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:  
16 Überweisung an: Nichtbefassung:  
17  
18  
19

### 20 **F 3**

21  
22 **(Unterbezirk Odenwaldkreis)**

#### 23 **Bekämpfung von Fluchtursachen**

24  
25  
26 Der SPD-Bezirksparteitag Hessen-Süd möge beschließen:

27  
28 Die Bundesregierung muss ein mittelfristiges Konzept vorlegt, das die unmenschlichen  
29 Hauptursachen für die Flüchtlingsströme weltweit, wie Krieg, Gewalt, Terrorismus,  
30 Elend, Hungersnöte, Perspektivlosigkeit sowie Klimawandel und daraus folgende  
31 Naturkatastrophen, bekämpft.

32  
33 Waffenexporte, Ausbeutung der Entwicklungsländer und Kriegstreiberei müssen  
34 massiv unterbunden werden. durch eine völlige Änderung der Entwicklungshilfepolitik  
35 zum Nutzen der Länder (ohne IWF). Friedenspolitik hat Priorität vor Wirtschaftspolitik!  
36

37 **Begründung:**

38 Die Flüchtlingsströme nach Europa und das Elend der Flüchtlinge weltweit, rütteln  
39 endlich die Öffentlichkeit wach, darüber nachzudenken, was weltweit bisher alles in  
40 unmenschlicher Weise schief gelaufen ist und was zukünftig getan werden muss. Hier  
41 ist jetzt endlich die Gelegenheit für die SPD als Friedenspartei und Partei der sozialen  
42 Gerechtigkeit und Solidarität weltweit über die bisherigen Anstrengungen hinaus,  
43 erfolgreich aktiv zu werden.  
44

45 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**  
46 **Erledigt durch die Annahme von F 1**

47  
48 Annahme: erledigt durch:  
49 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:  
50 Überweisung an: Nichtbefassung:  
51  
52

1  
2 **F 4**

3  
4 **(Unterbezirk Odenwaldkreis)**

5  
6 **Sozialdemokratischer Deutschlandplan. Europaplan. Weltplan.**

7  
8 Der Bezirksparteitag Hessen-Süd möge beschließen:

9  
10 Die SPD entwickelt eine Vision. Einen Deutschlandplan, einen Europaplan und einen  
11 Weltplan. Die SPD zeichnet vor, wie die Zukunft in den nächsten 40 Jahren und in  
12 diesem Jahrhundert aussehen soll.

13  
14 **Begründung:**

15 Wie soll die Zukunft Deutschlands in 20 und 40 Jahren aussehen? Wir müssen uns  
16 jetzt damit beschäftigen wie wir mit Industrie 4.0 umgehen, damit, dass uns Soziologen  
17 sagen, dass es wegen der Technisierung bald nicht mehr genug Arbeit gibt. Wie  
18 gestalten wir Deutschland dann? Wollen wir ein bedingungsloses Grundeinkommen  
19 wie es der Telekom-Chef fordert? Wie soll unsere Gesellschaft aussehen? Wie wollen  
20 wir sie gleicher und gerechter machen? Um das alles in der heutigen globalisierten  
21 Welt zu beantworten, müssen wir auch Antworten auf die Fragen der Zukunft Europas  
22 und der Welt haben. Die SPD muss wieder Visionen entwickeln, Arbeitsgruppen  
23 schaffen und mit der Basis und mit der Wissenschaft eine Idee für die Zukunft  
24 entwickeln. Als Fortschrittskraft mit Plan, hat sie schon zu Willy Brandts Zeiten  
25 Deutschland entscheidend geprägt. Diesen Anspruch muss die Sozialdemokratie nun  
26 wieder haben und wegkommen von dem klein klein, dass sowieso niemand mehr  
27 versteht (Rente mit 64, 3 Jahre später mit 67, Frauenquote nur für ganz große Dax-  
28 Konzerne, Tarifeinheitgesetz, Vorratsdatenspeicherung. Das alles war nicht wirklich  
29 nachhaltige Politik für die Menschen) Die Tendenz muss sein, dass es in Richtung  
30 Gesellschaftlichen Zusammenhalts geht. Richtung linke Politik, Richtung mehr  
31 Gleichheit! Dazu ist Umverteilung der erste Schritt, aber lange nicht der letzte!

32  
33 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**  
34 **Vom Antragsteller zurückgezogen**

35  
36 Annahme:

erledigt durch:

37 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

38 Überweisung an:

Nichtbefassung:

39  
40  
41  
42 **F 5**

43  
44 **(Unterbezirk Odenwaldkreis)**

45  
46 **Stoppt den Waffenhandel**

47  
48 Der SPD-Bezirksparteitag Hessen-Süd möge beschließen:

49  
50 Die SPD setzt sich ein

- 51  
52 • gegen Rüstungslieferungen, z. B. an Menschenrechtsverletzende  
53 Regierungen, an Diktaturen und an kriegführende Staaten.

- 1 • für eine schonungslose namentliche Benennung aller beteiligten Täter in der
- 2 Industrie, Finanzwirtschaft und Politik – auch wenn es die eigene Partei
- 3 betrifft.
- 4 • für den Stopp des Waffenhandels in der ganzen Welt.
- 5 • weltweit für Frieden und Gerechtigkeit, für Abrüstung und
- 6 Rüstungskonversion.

7  
8 Folgende Schritte auf dem Weg zu einem Stopp des Waffenhandels aus Deutschland  
9 werden von der SPD befürwortet und umgesetzt:

- 10 • Verhinderung symbolträchtiger Rüstungsexporte (z. B. Leopard-2-Panzer, U-
- 11 Boote, G36-Gewehrexporte und Lizenzvergaben).
- 12 • Verwirklichung parlamentarischer Kontrolle (Demokratisierung, Transparenz,
- 13 Kontrolle, Restriktion).
- 14 • Neugestaltung gesetzlicher Rahmenbedingungen (grundsätzliches
- 15 Rüstungsexportverbot in Art. 26 (2) Grundgesetz, neues
- 16 Rüstungsexportgesetz).
- 17 • Verbot besonders verwerflicher Waffensysteme (Landminen, Streumunition,
- 18 Kleinwaffen, Drohnen usw.).
- 19 • Konversion der Rüstungsindustrie (Umstellung der Rüstungsproduktion auf
- 20 eine nachhaltige zivile Fertigung).
- 21 • Internationalisierung der Kampagnenarbeit.
- 22 • Verbot der Rüstungsproduktion in Deutschland, in anderen und letztlich in
- 23 allen Ländern.
- 24
- 25

26 (Text aus: Grässlin, Jürgen: Schwarzbuch Waffenhandel – Wie Deutschland am Krieg  
27 verdient. Heyne-Verlag, München, 2013, S. 583.)

28  
29 Begründung:

30  
31 Das Buch Schwarzbuch Waffenhandel von Jürgen Grässlin liefert die ausführliche  
32 Begründung zu diesem Antrag und deckt auch namentlich auf, welche Personen aus  
33 Politik, Industrie und Banken von Kriegen profitieren.

34  
35 In aller Kürze zusammengefasst:

36  
37 Unsere Politiker beschwören den Frieden und betreiben den Krieg: Deutschland ist der  
38 weltweit viertgrößte Waffenexporteur – und schreckt auch vor Lieferungen an  
39 verbrecherische Regime und Diktatoren nicht zurück. Die Profiteure dieser  
40 Kriegswirtschaft sind Industrieunternehmen und Aktionäre, die mit Waffenexporten  
41 hohe Gewinne erzielen, Politiker, die die Exporte genehmigen, und Banken, die alles  
42 finanzieren. Unser Land ist tief in die globale Tötungsmaschinerie verstrickt. Leiden  
43 müssen darunter alle von Krieg, Gewalt und Armut, Krankheit sowie Arbeitslosigkeit  
44 betroffenen Menschen. Vor allem auch Kinder.

45  
46 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

47 **Überweisung an den Ausschuss Sicherheit und Frieden des SPD-Bezirks**  
48 **Hessen-Süd**

49  
50 Annahme:

51 Annahme in geänderter Fassung:

52 Überweisung an:

erledigt durch:

Ablehnung:

Nichtbefassung:

53  
54

1  
2 **F 6**

3  
4 **(Jusos Hessen-Süd)**

5  
6 **Não ao Golpe! Gegen den Staatsstreich in Brasilien!**

7  
8 Wir, die SPD Hessen-Süd, blicken mit großer Sorge auf die jüngsten Angriffe gegen  
9 die noch junge Demokratie in Brasilien. Das Land hat auch nach dem Ende der  
10 Militärdiktatur noch mit ernstesten Problemen zu kämpfen. Ungleichheit, Armut,  
11 Umweltzerstörung und eine Korruption, die den gesamten Staats- und Parteienapparat  
12 durchzieht.

13 Anders als weitläufig dargestellt, ist das Amtsenthebungsverfahren gegen die  
14 Präsidentin Dilma Rousseff keine Maßnahme der Korruptionsbekämpfung. Im Laufe  
15 ihrer Amtszeit hat sich die wirtschaftliche Lage Brasiliens immer weiter verschlechtert.  
16 Sparmaßnahmen der Regierung verschärften die Krise nur noch weiter. Andere,  
17 sozialere, antizyklische Vorhaben wurden allerdings von der Opposition blockiert.  
18 Rousseff erschien auch durch offene Ablehnung der Wirtschaftsverbände als  
19 handlungsunfähig.

20 Im Zuge der Aufdeckung eines massiven Korruptionsskandales berichteten die  
21 konservativ dominierten Medien bevorzugt über die Verfehlung der Arbeiterpartei (PT),  
22 der auch Rousseff angehört, während die Verstrickung der konservativen Opposition in  
23 Korruption, Geldwäsche und Wahlbetrug kleingeredet oder gar nicht thematisiert  
24 werden.

25 Mit der ökonomischen und politische Krise ging ein massiver Vertrauensverlust der  
26 Menschen in die Vertreter\_innen der Regierung einher. Sowohl Rousseff als auch ihr  
27 Stellvertreter Temer erzielten in Umfragen teilweise nur einstellige Zustimmungswerte.  
28 In dieser angespannten Lage witterte das alte Establishment seine Chance die seit 13  
29 Jahren regierende Arbeiterpartei von der Macht zu verdrängen und strebte ein  
30 Amtsenthebungsverfahren gegen Präsidentin Rousseff an. Dieses muss laut  
31 brasilianischem Recht auf juristisch standhaften Belegen basieren, aber die  
32 Durchführung liegt allein bei parlamentarischen Gremien. Dadurch wird es zu einem  
33 dezidiert politischen Mittel.

34 Wie makelhaft der ganze Vorgang war, wurde an der Zusammensetzung der ersten  
35 parlamentarischen Kommission, die die Untersuchungen einleitete deutlich: gut ein  
36 Viertel der Mitglieder war selbst Ziel von (juristischen) Verfahren oder bereits verurteilt.  
37 Eine der treibenden Kräfte hinter dem Amtsenthebungsverfahren, Parlamentspräsident  
38 Cunha, ist bereits vor Rousseff und durch den obersten Gerichtshof abgesetzt worden.  
39 Doch die Mehrheiten in Unterhaus und Senat gegen die Präsidentin waren  
40 ausreichend um sie für den Verlauf des Verfahrens vorübergehend von ihrem Amt zu  
41 suspendieren. Die Debatten waren geprägt von virulentem Sexismus gegen Rousseff.  
42 Einige Redner bezogen sich sogar positiv auf die Militärdiktatur, unter der sie  
43 eingesperrt und gefoltert worden war.

44 Ihr Amt wird nun vom bisherigen Vizepräsidenten Temer ausgefüllt, der in einer  
45 regulären Wahl nicht dafür kandidieren durfte, da er wegen Wahlbetrugs angeklagt ist.  
46 Sein neues, deutlich verkleinertes Kabinett besteht aus vorwiegend weißen Männern.  
47 Vertreter der indigenden Bevölkerung haben bereits deutlich gemacht, dass sie eine  
48 Verschlechterung ihrer Lage, die unter der bisherigen Regierung etwas besser war,  
49 befürchten.

50 Aufgrund der angekündigten deutlich neoliberaleren Politik des neuen Präsidenten sind  
51 die Errungenschaften, die die PT vor allem in der Armutbekämpfung erzielen konnte,  
52 extrem gefährdet, ebenso wie Ziele des Klimaschutzes und der Gleichberechtigung  
53 von Frauen und LGBT\*IQ.  
54

1 Wir, die SPD Hessen-Süd, stehen an der Seite unserer Genoss\_innen der Juventude  
2 do PT und Dilma Rousseff. Ihre Amtsführung mag kritisierbar gewesen sein, doch eine  
3 direkt gewählte Präsidentin unter fadenscheinigen Gründen abzusetzen ist einer  
4 Demokratie nicht würdig und stellt einen massiven Rückschritt in der politischen  
5 Entwicklung Brasiliens dar.

6 Die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Staaten des globalen Nordens  
7 sollten sehr zurückhaltend in der Anerkennung der Übergangsregierung sein. Ihre  
8 Legitimität ist bestenfalls fragwürdig. Viele Nachbarländer haben Temer bereits die  
9 Anerkennung verweigert.

10 Die SPD sollte ihre Beziehungen zur PT und der Juventude do PT nutzen um  
11 Reformen der Partei und des Landes anzustoßen. Korruption in den eigenen Reihen  
12 muss aufgeklärt und bekämpft werden. Der Kontakt und Austausch mit  
13 Nichtregierungsorganisationen sollte fortgesetzt und auch in Regierungszeiten intensiv  
14 geführt werden.

15 Nicht erst durch das Amtsenthebungsverfahren ist das politische Klima in Brasilien  
16 aufgeheizt. Extreme Rechte verzeichnen Zulaufe, die Presse ist alles andere als  
17 unabhängig und die gesellschaftlichen Gräben sind nach wie vor tief. Dass die neue  
18 Regierung diese Umstände beheben oder gar die Wirtschaftskrise beenden kann, darf  
19 bezweifelt werden.

20 Die Weltgemeinschaft steht in der Verantwortung einem weiteren Abrutschen des  
21 Landes in autoritäre Strukturen entgegenzuwirken.

22  
23

#### 24 Quellen:

25 <http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/kalter-putsch-1370/>

26 <http://library.fes.de/pdf-files/iez/12505.pdf>

27 [http://www.theguardian.com/world/2016/may/13/brazil-dilma-rousseff-impeachment-](http://www.theguardian.com/world/2016/may/13/brazil-dilma-rousseff-impeachment-michel-temer-cabinet)  
28 [michel-temer-cabinet](http://www.theguardian.com/world/2016/may/13/brazil-dilma-rousseff-impeachment-michel-temer-cabinet)

29 [http://www.theguardian.com/world/2016/apr/19/dilma-rousseff-impeachment-](http://www.theguardian.com/world/2016/apr/19/dilma-rousseff-impeachment-comments-torture-era-brazil-history)  
30 [comments-torture-era-brazil-history](http://www.theguardian.com/world/2016/apr/19/dilma-rousseff-impeachment-comments-torture-era-brazil-history)

31 <http://www.telesur.tv/english/news/Brazil800-20160516-0033.html>

32 [http://www.sueddeutsche.de/politik/brasilien-der-neue-starke-mann-in-brasilien-ist-ein-](http://www.sueddeutsche.de/politik/brasilien-der-neue-starke-mann-in-brasilien-ist-ein-beruechtigter-intrigant-1.2992907)  
33 [beruechtigter-intrigant-1.2992907](http://www.sueddeutsche.de/politik/brasilien-der-neue-starke-mann-in-brasilien-ist-ein-beruechtigter-intrigant-1.2992907)

34 <http://www.sueddeutsche.de/politik/brasilien-legitim-aber-laepisch-1.2990888>

35 [http://www.deutschlandfunk.de/brasiliens-politische-fuehrung-michel-temer-hat-mehr-](http://www.deutschlandfunk.de/brasiliens-politische-fuehrung-michel-temer-hat-mehr-dreck.694.de.html?dram:article_id=353892)  
36 [dreck.694.de.html?dram:article\\_id=353892](http://www.deutschlandfunk.de/brasiliens-politische-fuehrung-michel-temer-hat-mehr-dreck.694.de.html?dram:article_id=353892)

37

#### 38 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

39 **Eine Empfehlung der Redaktionskonferenz wird nachgereicht.**

40

41 Annahme:

erledigt durch:

42 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

43 Überweisung an:

Nichtbefassung:

44

45

46

47 **F 7**

48

#### 49 **(Unterbezirk Offenbach-Stadt)**

50

#### 51 **Öffnung der europäischen Grenzen**

52

53 Wir fordern die sukzessive Öffnung der europäischen Grenzen und damit die  
54 Einführung der allgemeinen Personen- und Niederlassungsfreiheit in der Europäischen  
55 Union. Jede Ungleichbehandlung von aus- und inländischen Arbeitnehmer\*innen auf

1 dem Arbeitsmarkt muss aufgehoben werden. Forderungen wie der Abschaffung des  
2 Mindestlohns für Einwanderer\*innen oder Flüchtlinge ist eine klare Absage zu erteilen.  
3 Um die Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, müssen ausländische  
4 Bildungsabschlüsse leichter anerkannt werden.

#### 5 6 Begründung:

7 Als Linken ist uns die Forderung „No Borders, no Nations“ vertraut. Mit dieser  
8 Forderung wissen wir uns ethisch auf der richtigen Seite und wieso Grenzen  
9 diskriminierender Unsinn sind, wurde schon an anderer Stelle häufig theoretisch  
10 erläutert. Interessanterweise wird die Forderung nach einem freien Personenverkehr  
11 zunehmend nicht mehr nur durch linke Politiker\*innen sondern auch durch eine die  
12 verschiedenen Denkrichtungen übergreifende Mehrheit von Ökonomen\*inne  
13 aufgegriffen.

14  
15 Was den freien Warenverkehr angeht, herrscht schon lange weitgehender Konsens.  
16 Der freie Warenverkehr zwischen zwei Volkswirtschaften auf ähnlichem Stand birgt die  
17 Chance des beiderseitigen Wohlstandsgewinns. Natürlich gibt es auch Ausnahmen,  
18 die Agrarsubventionen, die den Handel mit der afrikanischen Agrarindustrie extrem zu  
19 unseren Gunsten verzerren, sind ein viel zitiertes Beispiel. Fragwürdiger, aber fast  
20 allgemein akzeptiert, ist der freie Kapitalverkehr, wodurch Investoren auf der ganzen  
21 Welt die Möglichkeit gegeben wird, ihre Kapitalerträge uneingeschränkt von nationalen  
22 Grenzen zu maximieren. All jene Freiheiten, die man kritisieren kann, sind letztendlich  
23 Ausprägungen einer Entwicklung, die man vielleicht auch kritisieren, aber die man nicht  
24 leugnen kann, der Globalisierung.

25  
26 Die nächste Konsequenz dieser Dynamik, die bereits jetzt massive Auswirkungen auf  
27 unser tägliches Leben hat, ist die Personenfreizügigkeit und Niederlassungsfreiheit.  
28 Neben der bereits erwähnten moralischen Implikation, die es uns nahelegt, willkürliche  
29 Ungleichbehandlung von In- und Ausländern in diesem Punkt zu beenden, erscheint  
30 sie auch wünschenswert hinsichtlich der Beendigung der systematischen Bevorteilung  
31 von Kapitaleinkommen gegenüber Arbeitseinkommen. Während Kapitaleigner\*innen  
32 bereits jetzt die Möglichkeit haben, sich international die besten Anlagemöglichkeiten  
33 auszusuchen, ist diese Freiheit Arbeitnehmer\*innen verwehrt, die von willkürlichen  
34 Grenzen daran gehindert werden, die für sich besten Beschäftigungsmöglichkeiten  
35 wahrzunehmen.

36  
37 Diese Ungleichbehandlung ist in gewisser Form ein Herrschaftsinstrument der  
38 kapitalistischen Klasse, der es dadurch gelingt, künstliche Lohnunterschiede in  
39 Ländern zu zementieren und Arbeitskräften die Möglichkeit entzieht, sich durch  
40 Migration der schlechten Bedingungen in den Herkunftsländern zu entziehen, die die  
41 Lohnkosten für die Unternehmer\*innen wiederum gering halten.

42  
43 Der häufig beschworene Konkurrenzdruck, dem die einheimische Bevölkerung durch  
44 Migration zu ihren Lasten ausgesetzt wird, ist nichts mehr als ein Mythos. Zwar ist es  
45 zu einem geringen Maß nachweisbar, dass Verdrängungseffekte durch Migration  
46 entstehen, diese sind allerdings lediglich in der kurzen Frist und hauptsächlich  
47 zwischen Migrant\*innen, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten in ein Land gekommen sind,  
48 nachweisbar. In der langen Frist legen zahlreiche ökonomische Studien nahe, dass  
49 Arbeitsmigration, unabhängig davon ob die Arbeitnehmer\*innen hoch- oder  
50 geringqualifiziert sind, eine positive Korrelation mit Beschäftigung und Lohnniveau  
51 zeigt, Entwicklungen von denen alle Mitglieder einer Volkswirtschaft profitieren.  
52 Langzeitstudien in Dänemark und Deutschland zeigen eindeutig, dass von  
53 Arbeitsmigration ein positiver Effekt ausgeht. Die gegenwärtige Angstdebatte,  
54 die wahlweise versucht, Einwander\*innen entweder als faule menschliche  
55 Kostenfaktoren oder als lüsterne Konkurrenten um ein starres Kontingent an

1 Arbeitsplätzen darzustellen, ist eine unwissenschaftliche und rein interessensgeleitete  
2 Scheindebatte, die versucht, allgemeine und tatsächlich existierenden Verlusts- und  
3 Konkurrenzängste, wie sie zwangsläufig in einer wettbewerbsorientierten  
4 Marktwirtschaft entstehen, Minderheiten anzulasten, anstatt dem eigentlich  
5 Verantwortlichen, nämlich der wettbewerbsorientierten Marktwirtschaft als  
6 Wirtschaftsform die Schuld zu geben.

7  
8 Ohne zu sehr auf die wirtschaftlichen Details einzugehen, ist es offensichtlich, dass  
9 sich durch Zuwanderung nicht nur das Arbeitskräfteangebot erhöht, sondern auch die  
10 Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen, was wiederum die Nachfrage nach  
11 Arbeitskräften erhöht. Dies funktioniert dann, wenn man den ausländischen  
12 Arbeitskräften nicht der Möglichkeit beraubt, am Arbeitsmarkt teilzunehmen. Deshalb  
13 verbietet sich die Ungleichbehandlung von in- und ausländischen Arbeitnehmer\*innen.

14  
15 Dazu gehört, dass den Forderungen der Wirtschaft und konservativer Parteien nach  
16 einer Abschaffung des Mindestlohns eine klare Absage zu erteilen ist. Dazu gehört  
17 aber auch, dass ausländische Bildungsabschlüsse einfacher anerkannt werden  
18 können. Die bisherige Praxis in der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse  
19 stellt eine massive Diskriminierung dar, weil etliche Länder, vor allem jene aus denen  
20 der Großteil der Zuwanderung erfolgt, nicht die Möglichkeit haben, ihre Qualifikation  
21 nachzuweisen. Ausländische Studienabschlüsse sind grundsätzlich europäischen  
22 gleichzustellen. In Berufsfeldern, wie der Medizin, in denen es von besonderer  
23 Wichtigkeit ist, die Eignung eines\*r Bewerbers\*in bereits vor der Einstellung zu  
24 ermitteln, sind genormte Tests einzuführen, durch denen ausländischen  
25 Absolventen\*innen die Möglichkeit des Nachweises der eigenen Fähigkeiten gegeben  
26 wird. Bürokratische Hemmnisse, wie die Vorrangprüfung bei Asylbewerber\* innen gilt  
27 es, grundsätzlich abzuschaffen.

28  
29 Das Einwanderungsgesetz ist eine in der Praxis erprobte Alternative zu der Einführung  
30 der allgemeinen Freizügigkeit. Die Bewertung erfolgt dabei - gemäß des viel zitierten  
31 kanadischen Beispiels - nach zwei Kriterien. Erstens nach dem Kriterium der  
32 ökonomischen Verwertbarkeit von Individuen und zweitens nach dem Kriterium der  
33 prognostizierten Integrationschancen. Demgemäß sollen Punkte nach  
34 Fragenkatalogen verteilt werden, die jene beiden „Potenziale“ von  
35 einwanderungswilligen Menschen abklopfen. Das Ergebnis entscheidet über die  
36 tatsächliche Aufnahme.

37  
38 Eine solche Kategorisierung von Menschen ist abzulehnen. Erstens bestehen  
39 erhebliche Zweifel an der Praktikabilität einer Klassifizierung, der Name sagt es,  
40 individueller Individuen anhand eines genormten Bewertungsverfahrens und zweitens  
41 stellt es eine extreme Diskriminierung weniger privilegierter Migranten\*innen dar, die in  
42 ihren Heimatländern häufig aus willkürlichen, meistens aus materiellen Gründen, nicht  
43 die Chance auf Bildung hatten. Auch lehnen wir die Haltung ab, anderen Ländern  
44 gezielt die Bildungselite abzuschöpfen.

45  
46 Abgesehen von den erheblichen Zweifeln an der richtigen Erfassung steckt hinter der  
47 Bewertung der Integrationschancen ein seltsam einseitiges Verständnis von Integration  
48 durch Anpassung. Es wird angenommen, dass es die Aufgabe der Migranten\*innen  
49 wäre, sich möglichst gut an die heimische Kultur anzupassen und unter dieser  
50 Prämisse werden die Bewerber\*innen auf ihre Anpassungsfähigkeit abgeklopft. Dem  
51 liegt ein egozentrischer Chauvinismus in Bezug auf die eigene Kultur vor, der die  
52 Veränderlichkeit von Kultur leugnet und außerdem außer Acht lässt, dass die meisten  
53 gelungenen Beispiele von Integration die Beobachtung des Verschmelzens kultureller  
54 Kategorien nahe legen. Integration braucht bestimmt keinen bürokratischen  
55 Sittenwächter. Ein funktionierendes Rechtssystem und die Bereitstellung von

1 Integrationshilfen, wie Deutsch- und anderen Kursen, die Kommunikations- und  
2 Verständnisprobleme helfen zu beseitigen, sowie ein Bildungssystem, das aufgeklärten  
3 Bürgern\*innen die freie Wahl aus verschiedenen Möglichkeiten anbietet, ist völlig  
4 ausreichend.

5  
6 Ein Einwanderungsgesetz ist abzulehnen. Es ist systematisch diskriminierend und  
7 willkürlich in der Kategorisierung.

8  
9 Die Forderung nach einer allgemeinen Freizügigkeit klingt zunächst utopisch und  
10 gerade in Deutschland, dem Land der Ordnungsliebhaber\*innen, mag schnell ein  
11 Kontrollverlust befürchtet werden.

12  
13 Die Alternative zur allgemeinen Freizügigkeit ist nun entweder der Status qua oder eine  
14 konsequente Sicherung der Grenzen. Der Status qua ist nun allerdings bereits eine  
15 Situation, der wohl am besten mit einer unkontrollierten Freizügigkeit ohne rechtlichen  
16 Rahmen zu vergleichen ist. Getrieben von den Krisen dieser Welt kommen Millionen  
17 Menschen nach Europa. Die meisten treibt die konkrete Not, viele hat bereits vor der  
18 jetzigen „Krise“ das Versprechen auf Wohlstand zu uns gebracht und eine Mehrzahl  
19 davon arbeitet nicht erfasst von irgendwelchen Statistiken auf dem Schwarzmarkt.

20 Erstere Gruppe stellt mit einiger Aussicht auf Erfolg Anträge auf Asyl oder  
21 Anerkennung des Flüchtlingsstatus und bringt unsere Bürokratie in vielen Ländern zum  
22 Zusammenbruch, letztere Gruppe wird systematisch prekariert. Ohne die Möglichkeit  
23 auf einen Arbeitsvertrag, arbeiten sie als Arbeitsklaven unserer Gesellschaft auf dem  
24 Bau, in Küchen, in der Krankenpflege oder auf den Feldern und wohnen unter  
25 unmenschlichen Bedingungen zu Wucherpreisen in illegalen Massenunterkünften.  
26 Beides kann nicht im gesellschaftlichen Interesse liegen, unabhängig von der  
27 politischen Überzeugung.

28  
29 Demgemäß gibt es nur zwei realistische Alternative. Erstens die Schließung der  
30 Grenzen, zweitens die Organisierung der Freizügigkeit, die der illegalen Einwanderung  
31 den Nährboden entzieht.

32  
33 Erstere Alternative ist unmöglich zu realisieren. Viele Länder versuchen, ihre  
34 Außengrenzen zu schützen und keinem Land außer vielleicht Nordkorea gelingt es.  
35 Nicht einmal die USA schaffen es, ihre Landgrenze zu Mexiko unter Kontrolle zu  
36 bringen. Wie sollte es dann einer europäischen Union, beispielsweise einem  
37 Griechenland gelingen, über dreitausend Inseln in der Adria unter permanente  
38 Bewachung zu stellen? Eine Sicherung der Grenze bedeutet die Errichtung  
39 unmenschlicher Grenzanlagen, ähnlich der innerdeutschen Grenze, die vielleicht die  
40 Einwanderung reduzieren könnten, aber zum Preis der Aufgabe aller humanistischen  
41 Prinzipien, derer sich die europäischen Länder gerne rühmen. Eine Schließung der  
42 Grenzen ist nicht möglich, abgesehen davon, dass sie ganz und gar nicht  
43 wünschenswert ist.

44  
45 Die größten Befürchtungen von Kritikern der allgemeinen Freizügigkeit mag der  
46 unaufhaltsame Zustrom von Migranten\*innen sein. Dieses Szenario ist möglich, aber  
47 nicht wahrscheinlich. Das einzig vergleichbare Szenario der Öffnung der Grenzen in  
48 einem großen Staatengebiet ist das Beispiel der Europäischen Union. Die Befürchtung  
49 der Masseneinwanderung in die Arbeitsmärkte vor allem durch Migranten\*innen aus  
50 dem ärmeren Osteuropa hat sich nicht bewahrheitet. Zwar gab es  
51 Migrationsbewegungen in diese Richtung, vor allem von Osteuropa nach  
52 Großbritannien, aber sie blieben hinter den Prognosen zurück und hatten davon  
53 abgesehen nachweislich positive Wohlstandseffekte auf die beteiligten Länder.

54 Der Schlüssel zur gelingenden Einführung der Personenfreizügigkeit stellt die  
55 sukzessive Öffnung der Grenzen zusammen mit einem realistischen

1 Erwartungsmanagement dar. Die Öffnung muss schrittweise von wirtschaftlich ähnlich  
2 aufgestellten Ländern zu schwächeren Ländern eingeführt werden. Dadurch werden  
3 Beispiele geschaffen und Best-Practices entwickelt und es wird vermieden, dass der  
4 Eindruck in anderen Ländern entsteht, die Einwanderung sei von vorneherein mit  
5 Wohlstandsgewinnen verbunden, Sensibilität für unterschiedlichen Preisniveaus und  
6 Qualifikationserfordernisse in europäischen Ländern werden geweckt.  
7 Selbstverständlich wird das in Krisenzeiten wenig nutzen. Aber die Erfahrung der  
8 letzten Jahre zeigt, dass sich Menschen in lebensbedrohlicher Not sowieso einen Weg  
9 aus der Gefahr suchen und dass das auch richtig und nachvollziehbar ist. Die Lösung  
10 der Probleme in den Herkunftsstaaten bleibt mit oder ohne Freizügigkeit eine wichtige  
11 Aufgabe.

12  
13 Eine Beobachtung innerhalb der EU ist, dass Krisen in manchen Ländern zu  
14 Wanderungsbewegungen in stabilere Länder führen, dass dies aber nicht einseitig ist,  
15 sondern Menschen zurückkehren, sobald temporär angespannte volkswirtschaftliche  
16 Situationen sich wieder normalisieren. Diese allgemeine Flexibilisierung mindert  
17 zumindest für mobile Personengruppen die persönlichen Auswirkungen von Krisen und  
18 ist begrüßenswert.

19  
20 Wir fordern deshalb die schrittweise Einführung des freien Personenverkehrs von  
21 Nicht-EU-Ländern nach Europa.

22  
23 Dadurch wird nicht die Flüchtlingskrise gelöst. Asyl ist ein Individualrecht, mit dem  
24 Leistungen verbunden sind. Es sollte nicht mit der Einwanderungsdebatte vermengt  
25 werden. Aber einige Teilaspekte, wie die Einreise, können so unter Kontrolle gebracht  
26 werden, indem man sich einfach der legalen Routen bedienen kann, in ein Flugzeug  
27 steigen und seinen Antrag im Land seiner Wahl stellen kann.

28  
29 Durch die Einführung der Freizügigkeit löst sich auch die Debatte um ein  
30 Quotensystem, das wir ablehnen. Menschen sind keine Ware und es ist fraglich, ob es  
31 vertretbar wäre, Ländern wie Ungarn oder Polen, die gravierende  
32 Nationalismusprobleme haben, feste Quoten an Einwander\*innen zuzuweisen.

33  
34 Die Frage der Finanzierung von Leistungen an Asylbewerber\* innen oder auch die  
35 nach der Zuerkennung von Sozialleistungen an Einwander\*innen werden nicht  
36 beantwortet und bedürfen der Klärung.

37  
38 Allerdings ist die Einführung der allgemeinen Freizügigkeit ein erster Schritt, nicht nur  
39 Konzerne und Kapitaleigner an der Entwicklung zu einer vernetzten Welt teilhaben zu  
40 lassen, sondern auch jene, die bisher hauptsächlich unter der Globalisierung zu leiden  
41 hatten.

42  
43 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**  
44 **Erledigt durch die Annahme von F 1**

45  
46 Annahme:

47 Annahme in geänderter Fassung:

48 Überweisung an:

erledigt durch:

Ablehnung:

Nichtbefassung:

49  
50

# Antragsgruppe G

## Europa

### G 1

#### (Bezirksvorstand)

#### Europa neu ausrichten

#### Demokratie stärken, Asyl- und Flüchtlingspolitik human gestalten, Wachstum fördern, Finanzmärkte weiter regulieren

#### 1. Wo Europa steht

Die Europäische Union steht vor einer inneren Zerreißprobe. Die Folgen der Weltfinanzkrise und ihre Auswirkungen auf den Euroraum sind noch immer nicht vollständig überstanden und stellen weiterhin eine Gefahr für Europas Wirtschaft dar. Die Art und Weise, wie die konservativen Staats- und Regierungschefs versucht haben die Krise zu überwinden, widersprach wichtigen Grundsätzen der Europäischen Integration, wie der Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Die hierdurch einsetzende Entfremdung zwischen den EU-Staaten ist mit eine Erklärung dafür, warum es ihnen so schwer fällt, auf die asyl- und flüchtlingspolitischen Fragen unserer Zeit gemeinsame Antworten zu entwickeln.

#### Menschen wollen mehr Europa

Bei dem Versuch, faire und humane Lösungen für die - vor allem sich in der zweiten Jahreshälfte 2015 zuspitzenden Situation – angespannte Lage von Flüchtlingen zu finden, haben sich einige Staaten einer gemeinsamen Politik verweigert. Vielmehr sind die jeweiligen Regierungen in nationalstaatliche Reflexe verfallen. Bei einigen Mitgliedstaaten äußert sich das in einem drastischen Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik; in anderen Ländern hingegen in einer von Anfang an den Tag gelegten Weigerungshaltung.

Beide Haltungen sind nicht zuletzt auch das Ergebnis politischen Druckes, der sich europaweit in Erfolgen rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien zeigt. Diese Entwicklung ist leider nicht neu, doch sie verschärft sich im Zuge der flüchtlingspolitischen Debatte. Ein Trend ist dabei immer klar erkennbar: Besagte Parteien suggerieren, dass die Probleme unserer Zeit durch nationale Abschottung lösbar seien.

Doch dabei verkennen sie, dass die überwältigende Mehrheit der Menschen durchaus ein Mehr an Europa möchte – nämlich in jenen Bereichen, wo es Sinn macht und vor allem demokratische Legitimation besteht. Die Menschen spüren, dass gerade in einer immer komplexer werdenden und sich globalisierenden Welt Europas Bedeutung zunehmen muss.

#### Globale Fragen erfordern europäische Antworten

Europas Gesellschaftsmodell, das auf den Säulen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, sozialer Marktwirtschaft, Pluralismus und Zusammenarbeit beruht, hat nichts von

1 seiner Wichtigkeit oder Attraktivität eingebüßt. Daher darf die Debatte über Europas  
2 Zukunft nicht entlang der Frage rückwärts ins nationalstaatliche Klein-Klein oder weiter  
3 vorwärts im europäischen Miteinander geführt werden. Denn am Miteinander darf kein  
4 Weg vorbei führen. Wir müssen vielmehr darum streiten, wie wir das Miteinander  
5 gestalten.

6  
7 Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist dabei klar, dass Europa all  
8 jene Themen angehen muss, die vor nationalen Grenzen keinen Halt machen. Die  
9 Asyl- und Flüchtlingspolitik ist ein akutes Beispiel hierfür. Doch der Skandal um die so  
10 genannten Panama-Papers, die zwischenzeitlich wieder auf schwelende Krise in  
11 Griechenland oder die weiterhin in weiten Teilen Europas bestehenden  
12 Ungleichgewichte und Probleme in der wirtschaftlichen Aufstellung zeigen, dass es  
13 derzeit eine Reihe von Projekten gibt, die auf europäischer Ebene angegangen werden  
14 müssen. Das kann nur dann gelingen, wenn die entsprechende Akzeptanz durch die  
15 Menschen gegeben ist. Auch deshalb wollen wir Sozialdemokratinnen und  
16 Sozialdemokraten eine Demokratisierung und Stärkung der EU.

## 17 **2. Asyl und Migration menschlich gerecht und europäisch gestalten**

### 18 **Grundrecht auf Asyl**

19  
20 Das Recht auf Asyl und damit verbunden das Recht auf ein faires Asylverfahren dürfen  
21 nicht aufgrund der Kassenlage oder politischer Opportunität relativiert werden. Deshalb  
22 müssen menschenwürdige Aufnahmebedingungen und faire Asylverfahren überall in  
23 der EU selbstverständlich sein: Wir brauchen angemessene Standards für die  
24 Unterbringung, Versorgung und die Integration von Asylsuchenden in ganz Europa.  
25 Zwar gelten seit einiger Zeit neue Regelungen für Aufnahmebedingungen und bei  
26 Asylverfahren; die nicht zuletzt durch den engagierten Einsatz der  
27 sozialdemokratischen Abgeordneten im Europäischen Parlament verabschiedet  
28 worden sind; doch deren Umsetzung durch die Mitgliedstaaten verläuft sehr  
29 schleppend. Wir fordern daher die Mitgliedstaaten, entsprechende EU-Vorgaben  
30 endlich zu erfüllen.  
31

### 32 **Sichere Wege ausbauen**

33 Wir brauchen legale und sichere Wege nach Europa, um Elend oder gar Tod auf den  
34 Fluchtrouten ein Ende zu machen und Schlepperbanden die Grundlage für ihr  
35 kriminelles Treiben zu entziehen. Dazu gehört eine bessere Zusammenarbeit unter  
36 Federführung der EU mit den Herkunfts- und Transitstaaten. Bereits dort muss  
37 Asylsuchenden eine Verfahrensberatung angeboten werden. Dazu müssen regionale  
38 Aufnahmezentren geschaffen werden, welche für Menschen mit einer  
39 Anerkennungsperspektive einen sicheren Weg nach Europa ebnen können. Menschen  
40 ohne Perspektive hätten hingegen eine breitere Informationsbasis, auf deren  
41 Grundlage sie ihre Entscheidung hinsichtlich eines Aufbruchs nach Europa treffen  
42 können. In diesem Zusammenhang müssen auch die Schaffung von  
43 Botschaftsverfahren oder die flexiblere Gewährung von Visa diskutiert werden.  
44

45  
46 Mit Blick auf besonders verletzbare Flüchtlinge muss Europa in Zusammenarbeit mit  
47 dem UNHCR ein verbindliches Resettlement-Programm unter Koordinierung der  
48 Europäischen Kommission auflegen. Das Programm sollte die Mitgliedstaaten anhand  
49 bestimmter Kriterien wie Wirtschaftskraft und Größe mit einbeziehen und mit Blick auf  
50 seine Umsetzung vom Europäischen Parlament begleitet werden.  
51

52 Angesicht der Herausforderungen durch Fachkräftemangel und den demographischen  
53 Wandel darf sich Europa einer Politik zur Koordination von legaler Zuwanderung nicht  
54 verschließen. Solche Maßnahmen sollen über bestehende Angebote wie die Blaue

1 Karte EU für Hochqualifizierte und die Saisonarbeiterrichtlinie hinausgehen. Ein  
2 modernes Europa braucht eine zukunftsorientierte Zuwanderungspolitik.

### 4 **Faire Verteilung und Einrichtung von Hotspots**

5 Die Zuwanderung von Asylsuchenden nach Europa wird mittel- und langfristig nicht  
6 abnehmen. Auch deshalb brauchen wir eine Debatte über mehr Solidarität zwischen  
7 den EU-Mitgliedstaaten, wenn es um die Aufnahme von Asylsuchenden geht. Die  
8 Regelungen der Dublin-III-Verordnung, wonach die Einreisestaaten zuständig für die  
9 Asylverfahren sind, widerspricht diesem Geist und wird auch seit Sommer 2015  
10 defakto nicht mehr angewendet. Wir brauchen vielmehr einen festen  
11 Verteilungsmechanismus, der auf Basis sozio-ökonomischer Kriterien  
12 Aufnahmekontingente je Mitglied festlegt und auch mit Blick auf Flüchtlinge  
13 angewendet wird. Die Erfahrungen mit dem bisherigen Versuch der Verteilung von  
14 Flüchtlingen zeigt, wie wichtig es ist, dass so ein Verteilungsmechanismus verbindlich  
15 und auf Grundlage der EU-Gesetzgebung erfolgen sollte. Zwischenstaatliche,  
16 hemdsärmelige Lösungen verlieren sich allzu oft im Klein-Klein; Hinterzimmer-  
17 Entscheidungen der Staats- und Regierungschefs können keine verbindlichen  
18 Prozesse und Regelungen ersetzen.

19  
20 Die Schaffung von einem gerechten Verteilungsmechanismus muss durch die  
21 Einrichtung von Hotspots begleitet werden: Die Staaten an den europäischen  
22 Außengrenzen müssen durch diese entlastet werden. Hier muss der Ausbau von  
23 Hotspots zur Registrierung, Versorgung und Umsiedlung von Asylsuchenden in den  
24 Grenzstaaten entschieden vorangetrieben werden. Auch ist eine gemeinsame  
25 europäische Grenzsicherung notwendig; einzelne Staaten, die europäische  
26 Unterstützung haben wollen, dürfen nicht alleine gelassen werden.

### 28 **Flüchtlinge auch außerhalb Europas schützen und Fluchtursachen bekämpfen**

29 Eine europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik muss auch die Lebensbedingungen in  
30 den Herkunftsländern verbessern und Fluchtursachen beseitigen helfen. Deshalb muss  
31 Europas Entwicklungs- und Handelspolitik darauf ausgerichtet sein, Armut zu  
32 bekämpfen, Hilfe zur Selbsthilfe zu organisieren, wirtschaftliches Wachstum zu  
33 ermöglichen, Perspektiven zu eröffnen und Demokratie sowie Rechtsstaatlichkeit zu  
34 stärken. Das ist notwendige Bedingung dafür, um Fluchtursachen mittel- und langfristig  
35 abzubauen oder gar zu beseitigen.

36  
37 Kurzfristig hingegen müssen Europas Staaten endlich aktiv werden, um die  
38 Lebenssituation der Flüchtlinge vor Ort spürbar zu verbessern. Viele Flüchtlinge  
39 bleiben meist in der Nähe der Länder aus denen sie fliehen. Leider ist aktuell die  
40 Versorgung in Camps vieler Nachbarländer nicht gesichert. Es fehlt an  
41 Unterbringungsmöglichkeiten, Nahrung, Schulbildung und anderen lebenswichtigen  
42 Grundlagen in den Camps. Eine Ursache hierfür: Das Budget des World-Food-  
43 Programms sowie des UN-Flüchtlingswerks wurden über Jahre hinweg gekürzt und  
44 zugesagte Beiträge nicht gezahlt. Wir fordern daher die Regierungen der EU-  
45 Mitgliedstaaten dazu auf, finanzielle Mittel, die die Lebensbedingungen der Flüchtlinge  
46 vor Ort verbessern helfen, endlich zu leisten beziehungsweise aufzustocken.

47  
48 Natürlich können nicht alle Fluchtursachen von Europa verhindert und beseitigt  
49 werden, dennoch müssen die europäischen handels-, außen- und  
50 entwicklungspolitischen Maßnahmen kritisch hinsichtlich ihrer Auswirkungen überprüft  
51 werden. Die Fluchtursachen an der Wurzel packen und eine Verbesserung der  
52 Lebensbedingungen umfasst eben nicht nur die Beendigung von Krieg und politischen  
53 Konflikten, sondern eben auch die lebenssichernde Versorgung vor Ort. Hier müssen  
54 insbesondere die Mitgliedsstaaten ihren Zusagen nachkommen.

### 3. Europäische Finanzmarkt- und Steuerpolitik weiter vorantreiben

Die Enthüllungen um die so genannten Panama-Papers haben uns einmal mehr vor Augen geführt, wie dringend notwendig eine grenzüberschreitende Regulierung des Finanzsektors ist. Gerade dann, wenn auf Profitmaximierung ausgerichtete, hochkomplexe und globale Finanzmarktgeschäfte auf eine unzureichende steuerpolitische Regulierung treffen, sind Steuervermeidung und Steuerkriminalität Tür und Tor geöffnet.

Umso dringender ist eine Europäisierung und Demokratisierung unserer Steuerpolitik. Das hat auch die politische Praxis der jüngeren Vergangenheit gezeigt, als es um die Re-Regulierung oder Regulierung der Finanzmärkte im Zuge der Weltfinanzkrise von 2007/08 ging. Zwar hat die Europäische Union in Sachen Finanzmarktregulierung insbesondere auf Druck der Sozialdemokratie im Europäischen Parlament teils erhebliche Fortschritte gemacht. Dazu gehören das Verbot ungedeckter Leerverkäufe und ungedeckter Kreditausfallversicherungen, die Begrenzung des außerbörslichen Derivatehandels, die Deckelung von Bankerboni, strengere Eigenkapitalforderungen gegenüber Banken, die Grundsteinlegung für die Schaffung einer europäischen Bankenaufsicht. Doch gerade bei Reformprojekten, die einen steuerpolitischen Hebel gebraucht hätten, scheiterten progressive Ansätze entweder an den politischen Mehrheitsverhältnissen oder an der rechtlichen Struktur Europas, innerhalb dessen die Steuergesetzgebung nahe ausschließlich Sache der Mitgliedstaaten ist.

Wenn wir jedoch dem Treiben illegaler oder asozialer Finanzgeschäfte ein Ende setzen und Steueroasen konsequent trocken legen wollen, müssen wir Europas Steuerpolitik neu ausrichten. Dazu gehört:

- Die EU benötigt die Kompetenz auch im Bereich der Steuergesetzgebung. Insbesondere Mindestsätze für die Unternehmensbesteuerungen und Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlagen müssen hierrüber festgeschrieben werden und gleichzeitig müssen Begünstigungen für besondere Einkunftsarten, wie zum Beispiel Lizenzen oder Patente, abgeschafft werden.
- Der Grundsatz der Versteuerung der Gewinne am Leistungsort muss ferner ein Grundsatz der europäischen Steuerpolitik sein.
- Einheitliche Regeln brauchen einheitliche Sanktionen, daher müssen Steuervergehen in allen Mitgliedstaaten einheitlich geahndet werden.
- Die Europäische Kommission muss die Kompetenz erhalten, die Arbeit der nationalen Steuerbehörden koordinieren zu können.
- Anonyme Finanzgeschäfte müssen verboten werden, daher müssen bei allen Zahlungsverkehren der Kontoinhaber und der wirtschaftliche Berechtigte feststellbar sein.

### 4. Europas Wirtschaftspolitik

#### **Gemeinsames wirtschaftspolitisches Handeln**

Europa ist nicht zuletzt durch die Weltwirtschaftskrise und den derzeitigen Herausforderungen in einer schwierigen finanziellen und wirtschaftlichen Situation. Das erfordert ein verstärktes, gemeinsames pro-europäisches wirtschaftspolitisches Handeln aller Mitgliedsstaaten, mit dem Ziel, die nationalen Haushalte zu konsolidieren, aber gleichzeitig Wachstumsimpulse für die europäischen Volkswirtschaften zu geben.

1  
2 Dazu gehört auch, wirtschaftlich schwächeren, Mitgliedsstaaten unter die Arme zu  
3 greifen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die Staatsverschuldung der  
4 Mitgliedsstaaten wirkt sich in den einzelnen Staaten unterschiedlich aus. Während  
5 einige kaum haushaltspolitische Probleme haben, sind andere Staaten massiv  
6 eingeschränkt, bis hin zur Gefährdung ihres Verbleibs in der EU. So mussten die  
7 Krisenländer bereits erhebliche Sparmaßnahmen zu Lasten ihres  
8 Wirtschaftswachstums umsetzen. Das bringt sie in eine extreme Abhängigkeit  
9 internationaler Finanzmärkte. Europa muss daher über gemeinschaftliche Lösungen  
10 wie beispielsweise die Schaffung eines Schuldentilgungsfonds für die  
11 Verschuldungsproblematik nachdenken. Die Finanzierung dieses Fonds muss sowohl  
12 vom EU-Haushalt als auch durch die Mitgliedsstaaten unter Berücksichtigung ihrer  
13 Leistungsfähigkeit erfolgen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss zugleich  
14 konsequent angewendet werden, um einer unwirtschaftlichen Neuverschuldung der  
15 Mitgliedsstaaten Grenzen zu setzen. Allerdings darf er dabei notwendige  
16 Wachstumsimpulse nicht beschränken; nicht zuletzt aus diesem Grund fordern wir eine  
17 weitere Demokratisierung des Pakts: Seine Ausgestaltung und Umsetzung muss unter  
18 Beteiligung des Europäischen Parlaments erfolgen.

19  
20 Langfristig muss es in Europa eine gemeinsame Wirtschaftspolitik geben, die die  
21 Unterschiede in den Bilanzen zwischen den Defizit- und Überschussländern  
22 koordiniert. Dazu muss es zwingend soziale und ökologische Mindeststandards in  
23 Bildung, Löhnen und Sozialversicherung geben. Gute Arbeit und Löhne, starke  
24 Sozialsysteme und gestärkte Staatsfinanzen sorgen für nachhaltiges Wachstum und  
25 Beschäftigung und damit stabile Finanzen.

#### 26 27 **Mehr Investitionen mit langfristiger Perspektive**

28 Ein europaweites Investitionsprogramm kann zusätzliche neue Impulse für Wachstum  
29 und eine nachhaltige Politik setzen. Dabei sollte der Infrastruktur und der innovativen  
30 und erneuerbaren Energiepolitik und nicht der Atomkraft eine Schlüsselrolle  
31 zukommen, wie es beispielsweise der Marshallplan des DGB für Europa vorsieht. Doch  
32 leider sah und sieht die Wirklichkeit in den vergangenen Jahren anders aus:  
33 Investitionen als Mittel einer intelligenten Wirtschaftspolitik suchte man vergeblich.  
34 Kriselnde Staaten sollten allein mit drastischen Budgetkürzungen ihren Haushalt  
35 wieder in Ordnung bringen. Dabei wurden bedenkliche Trends, wie niedrige  
36 Investitionen in neue Produktionsanlagen, in Infrastruktur oder Kommunikation  
37 verstärkt, wo eine Umkehr nötig gewesen wäre. Bis heute hat die Industrieproduktion in  
38 der EU nicht einmal mehr das Niveau von 2009 erreicht. Der Investitionsbedarf in den  
39 Bereichen Energieeffizienz, Breitband und Transportinfrastruktur liegt innerhalb der EU  
40 bei 200 Milliarden Euro jährlich. Das ist eine gefährliche Entwicklung. Denn der Erfolg  
41 Europas war immer eng damit verbunden, dass wir eine Vorreiterrolle eingenommen  
42 haben - zum Beispiel in der Ausbildung, bei Forschung und industrieller Entwicklung.  
43 Deshalb fordern wir, dass die Investitionslücke gestopft wird. Zu diesem Zweck haben  
44 das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten den Europäischen Fonds für  
45 Strategische Investitionen geschaffen, der innerhalb von drei Jahren 315 Milliarden  
46 Euro an zusätzlichen Investitionen ermöglichen soll.

47  
48 Der Fonds kann ein erster Schritt auf dem Weg zu einer langfristig angelegten  
49 Investitionsstrategie für Europa sein. Nach langem Ringen ist es dabei insbesondere  
50 uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gelungen, den Fonds so  
51 auszugestalten, dass er in Zukunftsprojekte investieren kann. Derartige Projekte, die  
52 einen unmittelbaren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen haben, deren  
53 betriebswirtschaftlicher Gewinn sich aber womöglich erst auf mittlere Sicht einstellt,  
54 sind heute vielfach unterfinanziert und können daher nicht realisiert werden.  
55 Perspektivisch muss der Investitionsfonds zu einem dauerhaften Instrument

1 ausgeweitet werden, der die einseitig auf Konsolidierung fixierte wirtschaftspolitische  
2 Strategie der EU um strategische Investitionen erweitert.

3  
4 Wir fordern daher eine echte und ausgewogene Wirtschaftspolitik statt einseitiger  
5 Spardiktate. Den Mittelpunkt muss eine neue Etappe von Strukturreformen bilden, die  
6 auf wachstumsfördernden, ökologisch und sozial ausgewogenen Initiativen fußt. Hierzu  
7 zählen Modernisierungsmaßnahmen in den Bereichen Bildung und Weiterbildung,  
8 Gesundheit und Kinderbetreuung, aber auch Strategien für innovative und nachhaltige  
9 Wirtschaftspolitik. Dies wird die Widerstandsfähigkeit und das Wachstumspotential der  
10 Wirtschaft nachhaltig stärken.

### 11 **Arbeit, Bildung und soziale Gerechtigkeit**

12 Aus der Finanz- und Wirtschaftskrise Europas ist auch eine soziale Krise geworden.  
13 Die Schere zwischen Arm und Reich driftet weiter auseinander. Arbeitslosigkeit und  
14 Armut betreffen alle Mitgliedsstaaten, insbesondere Europas Jugend. Europas Politik  
15 muss einen Beitrag dazu leisten, den Menschen die Angst um ihre Zukunft, ihren  
16 Lebensunterhalt und ihre Altersvorsorge zu nehmen.

17  
18  
19 Für Europas Jugend brauchen wir ein Zukunftsprogramm für Jugendbeschäftigung und  
20 eine Ausbildungsgarantie. Wir dürfen diese jungen Menschen nicht in Zukunftsangst  
21 lassen und sie so in die Arme rechtspopulistischer Bewegungen treiben. Die Zukunft  
22 Europas braucht die heutige Jugend. Wir brauchen in Europa nicht weniger als die  
23 beste Bildung für alle Jugendlichen. Dazu kann unser duales Ausbildungssystem, das  
24 weltweit Anerkennung findet, über Deutschland hinaus seine Leistungsfähigkeit unter  
25 Beweis stellen. Hier muss die deutsche Sozialdemokratie auf europäischer Ebene Hilfe  
26 anbieten, um dieses System, wenn es vor Ort gewünscht wird, auf andere europäische  
27 Länder zu übertragen.

### 28 **Die Jugendarbeitslosigkeit muss stärker bekämpft werden.**

29 Europa muss verstärkt die europäische Idee hervorheben. Es darf sich von  
30 Rechtspopulisten nicht spalten lassen. Europa muss deshalb spürbar Politik für  
31 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer machen. Wir brauchen ein soziales, gerechtes  
32 und demokratisches Europa, das sich auf die sozialdemokratischen Werte beruft, mit  
33 dem Ziel die Lebens- und Arbeitssituation der Menschen zu verbessern. Dazu gehören  
34 nicht nur Wirtschaftswachstum, sondern auch Arbeitsmarktintegration und Partizipation  
35 der Beschäftigten.

36  
37  
38 Wir müssen uns dafür einsetzen, dass auch benachteiligte Menschen in den ersten  
39 Arbeitsmarkt integriert werden und dies nicht nur ein ethisches Lippenbekenntnis  
40 bleibt. Hier sind auf EU-Ebene gleiche Rahmenbedingungen für alle Menschen zu  
41 schaffen, um so viele erwerbsfähige Menschen wie möglich, auf dem Arbeitsmarkt zu  
42 integrieren.

43  
44 Wir brauchen auf europäischer Ebene mehr Mitbestimmung und verbindliche  
45 Standards, wie einen Beschäftigtendatenschutz, aber auch den Ausbau (statt des  
46 Abbaus) sozialer Errungenschaften wie Mitbestimmungsrechte und Partizipation für  
47 Arbeitnehmer.

### 48 **5. Europas Demokratie stärken**

49  
50 Viele Menschen sind über den Zustand Europas verunsichert. Dieser Umstand wird  
51 leider auch durch das Versagen einer perspektiv- und mutlosen Politik verstärkt, die  
52 statt auf europäische Lösungen zu setzen sich im Klein-Klein verliert und  
53 Entscheidungen am Verlauf der Umfragebarometer ausrichtet. Die Folge dieses  
54 Versagens ist nicht nur eine Führungskrise, sondern auch ein Widererstarben  
55

1 nationaler Ressentiments sowie die Zunahme antieuropäischer, populistischer  
2 Stimmungen. Diese Politik stellt dabei die Verhältnisse von den Füßen auf den Kopf:  
3 Denn im Kern ist nicht zu viel, sondern zu wenig Europa das Problem. Die Menschen  
4 wenden sich daher nicht ab, weil sie unzufrieden mit Europa sind. Sie wenden sich ab,  
5 weil die Regierungen keine Antworten auf Europas Herausforderungen geben.

6  
7 Der Kern des Problems: Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, eine  
8 parlamentarische Kontrolle oder eine öffentliche Debatte, in der die Regierungspolitiker  
9 für ihre Entscheidungen gerade stehen müssen, findet nicht statt. Um gegensteuern  
10 und diese Entwicklung umkehren zu können, muss in Europa ein Demokratisierungs-  
11 und Parlamentarisierungsprozess eingeleitet werden. Die Entscheidungsstrukturen  
12 Europas müssen daher transparenter und demokratischer gestaltet werden.

13  
14 Unter demokratiepolitischen Gesichtspunkten ist eine Neuausrichtung der EU dringend  
15 erforderlich: Das Europäische Parlament, als einzige direkt von der Bevölkerung  
16 gewählte Institution, muss volle Mitentscheidungsbefugnisse sowie ein Initiativrecht  
17 erhalten. Darüber hinaus muss die Europäische Kommission durch das Parlament  
18 gewählt werden. Sie muss Stück für Stück zu einer politischen Regierung Europas  
19 werden. Die von den sozialdemokratischen Parteien vorangetriebene Idee eines  
20 Spitzenkandidaten bei der Europawahl 2014 war ein erster Schritt dahin. Versuche der  
21 nationalen Regierungen dies wieder abzuschaffen, lehnen wir ab. Gleichzeitig müssen  
22 die Beteiligungsrechte nationaler Parlamente im Rahmen des Subsidiaritätsverfahrens  
23 gestärkt und vertieft werden. Das Europäische Bürgerbegehren, welches heute schon  
24 Realität ist, muss mit Blick auf seine Verpflichtungselemente gegenüber der  
25 Kommission dringend verbindlicher ausgestaltet werden. Zudem müssen die  
26 Regierungen Europas endlich ihre Türen öffnen: Die Sitzungen des Ministerrates und  
27 die EU-Gipfel müssen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

28  
29 Nur wenn die Menschen darüber mitreden können, wie es mit Europa weiter geht, hat  
30 Europa eine Zukunft. Dabei ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten  
31 klar, dass demokratische Mitsprache und soziale Teilhabe zwei Seiten derselben  
32 Medaille sind. Deshalb müssen wir neben einer Demokratisierung Europas auch um  
33 seine soziale Neujustierung streiten und die bestehenden sozialen Ungleichheiten in  
34 Europa bekämpfen.

### 35 36 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**

37  
38 Annahme:

39 Annahme in geänderter Fassung:

40 Überweisung an:

erledigt durch:

Ablehnung:

Nichtbefassung:

1  
2  
3 **Antragsgruppe H**  
4 **Verkehr – Energie – Umwelt - Landwirtschaft**  
5

6  
7  
8  
9 **H 1**

10 **(Unterbezirk Offenbach-Stadt)**

11  
12 **Überprüfung des Fluglärmschutzgesetzes**  
13  
14  
15

16 Die SPD Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, die im Fluglärmschutzgesetz  
17 festgelegten Werte für die Abgrenzung der Lärmschutzzonen nicht nur zu überprüfen,  
18 sondern sich dafür einzusetzen, dass diese Grenzwerte für neue bzw. für bereits  
19 bestehende Flughäfen durchgängig um jeweils 5 dB(A) zeitnah abgesenkt werden mit  
20 dem Ziel, die Menschen rund um den Frankfurter Flughafen und auch an anderen  
21 Standorten in Deutschland nachhaltig vor den negativen gesundheitlichen Folgen von  
22 Fluglärm zu schützen.  
23

24 Begründung:

25 Der Berliner Koalitionsvertrag sieht vor, dass die im Fluglärmschutzgesetz festgelegten  
26 Werte für die Abgrenzung der Lärmschutzzonen in dieser Legislaturperiode überprüft  
27 werden. Diese Vereinbarung im Koalitionsvertrag ist weitgehend identisch mit den  
28 inhaltlichen Vorgaben für den Fluglärmbericht, den die Bundesregierung 2017 dem  
29 Deutschen Bundestag vorlegen muss. Weil beide Vorgänge praktisch übereinstimmen,  
30 soll deshalb nach Auskunft des Umweltministeriums mit dem Fluglärmbericht 2017  
31 parallel auch der Auftrag des Koalitionsvertrages umgesetzt werden.  
32

33 In der Lärmwirkungsforschung besteht weitgehend Konsens, dass oberhalb eines  
34 Mittelungspegels von 55 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts die Grenze zur erheblichen  
35 Belästigung überschritten wird. Auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen legt  
36 die Grenze der zumutbaren Belastung bei diesen Werten fest, und die  
37 Weltgesundheitsorganisation WHO spricht sich dafür aus, dass mittelfristig oberhalb  
38 dieser Werte keine Belastungen auftreten sollten.  
39

40 Wie zuletzt die im Herbst 2015 komplett veröffentlichte NORAH-Studie eindrucksvoll  
41 gezeigt hat, sind die Menschen in der Rhein-Main-Region bereits jetzt einem nicht  
42 akzeptablen gesundheitlichen Risiko durch Fluglärm ausgesetzt. Es besteht also  
43 akuter Handlungsbedarf. Eine reine Überprüfung der Grenzwerte des  
44 Fluglärmschutzgesetzes reicht nicht aus.  
45

46  
47 **Empfehlung der Redaktionskonferenz: Annahme**  
48  
49

50 Annahme:

51 Annahme in geänderter Fassung:

52 Überweisung an:  
53  
54

erledigt durch:

Ablehnung:

Nichtbefassung:

1  
2 **H 2**

3  
4 **(Unterbezirk Offenbach-Stadt)**

5  
6 **Kleine Anfrage zur „Allianz für Lärmschutz 2012“**

7  
8 Die SPD Fraktion im hessischen Landtag wird aufgefordert, eine Kleine Anfrage an die  
9 Hessische Landesregierung zur Regierungserklärung des Hessischen  
10 Ministerpräsidenten Volker Bouffier vom 29. Februar 2012 zur „Allianz für Lärmschutz  
11 2012“ mit folgendem Inhalt zu stellen:

- 12  
13 1. Geht die Hessische Landesregierung davon aus, dass der Zuwachs von derzeit  
14 470.000 auf maximal 701.000 Flugbewegungen durch eine Entkopplung von  
15 Flugbewegungen und Lärmbelastung lärmneutral erfolgen wird, um die durch  
16 das Maßnahmenbündel zum aktiven Schallschutz der „Allianz für Lärmschutz  
17 2012“ bereits erreichten Lärminderungsziele auch in der weiteren  
18 Ausbauphase zu sichern?
- 19  
20 2. Welche konkreten Maßnahmen wird die Hessische Landesregierung ergreifen,  
21 wenn der weitere Ausbau des Frankfurter Flughafens nicht lärmneutral erfolgt  
22 und damit die durch das Maßnahmenbündel zum aktiven Schallschutz der  
23 „Allianz für Lärmschutz 2012“ erreichten Lärminderungsziele in der  
24 Ausbauphase nicht gesichert werden?

25  
26 Begründung:

27 Der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier hat in seiner Regierungserklärung  
28 vom 29. Februar 2012 zur „Allianz für Lärmschutz 2012“ erklärt: „Ich habe immer  
29 gesagt, es muss leiser werden – und mit dieser Allianz wird es leiser werden.“ Mit  
30 dieser Erklärung hat die Hessische Landesregierung eingeräumt, dass die  
31 Lärmbelastung für die Menschen in der Rhein-Main-Region bereits bei damals rund  
32 490.000 Flugbewegungen im Jahre 2011 zu hoch war. Der höchstrichterlich bestätigte  
33 Planfeststellungsbeschluss ermöglicht bis zu 701.000 Flugbewegungen pro Jahr.  
34 Jedoch ist bis zum heutigen Tag nicht geklärt, wie die Hessische Landesregierung  
35 sicher stellen will, dass der weitere Ausbau lärmneutral erfolgen wird.

36  
37 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

38 **Überweisung als Material an die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag.**

39  
40 Annahme: erledigt durch:  
41 Annahme in geänderter Fassung: Ablehnung:  
42 Überweisung an: Nichtbefassung:  
43  
44  
45

46 **H 3**

47  
48 **(Jusos Hessen-Süd)**

49  
50 **Das Bürgerticket**

51  
52 **Die SPD Hessen Süd mögen beschließen:**

53 Als Antwort auf den drohenden Klimawandel benötigen wir eine gravierende  
54 Umlagerung des motorisierten Individualverkehrs auf öffentliche Busse und Bahnen.  
55 Jede Bürgerin und jeder Bürger muss die Möglichkeit besitzen preiswert einen gut

1 ausgebauten Nahverkehr zu benutzen, gleichzeitig muss die chronische  
2 Unterfinanzierung eben jenes aufhören. Wir benötigen einen solidarischen ÖPNV.  
3 Aus diesem Grunde setzen sich die SPD Hessen-Süd für die Einführung eines  
4 Bürgertickets in Hessen ein. Dieses erwerben alle Einwohner zu Jahresbeginn, eine  
5 Härtefallregelung ist einzurichten ebenso eine Drittnutzerfinanzierung. Das Ticket soll  
6 sich durch eine transparente und solidarische Preisgestaltung auszeichnen. Mögliche  
7 Upgrades (1. Klasse, Bahncard 100, ICE, etc.) sind zusätzlich vorhanden. Externe  
8 Nutzer müssen weiterhin einen Fahrschein erwerben.

9  
10 Das Bürgerticket basiert auf vier Säulen:

11  
12 **Solidarität**

13 Es ermöglicht jedem Mitglied unserer Gesellschaft durch Mobilität am öffentlichen  
14 Leben teilzunehmen, mit den jetzigen Hartz4-Sätzen ist das allerdings nicht möglich.  
15 Solidarität bedeutet, dass Wirtschaft, Bürger und Tourismus gemeinsam die Kosten  
16 tragen und es dabei billiger und effizienter für alle wird, unabhängig vom tatsächlichen  
17 Nutzungsverhalten.

18 **Umweltschutz**

19 Der motorisierte Individualverkehr ist für knapp 20% aller CO<sup>2</sup>-Emissionen in  
20 Deutschland verantwortlich. Im Gegensatz zur Industrie oder Privathaushalten ist der  
21 Ausstoß in den letzten Jahren stark gestiegen. Das Bürgerticket verlagert den Verkehr  
22 von der Straße auf die Schiene und besitzt die finanzielle Kraft, den ÖPNV noch  
23 umweltfreundlicher zu gestalten. Außerdem verringert es die Lärm- und  
24 Feinstaubbelastung.

25 **Lebensqualität**

26 Fußgängerfreundlichere Innenstädte, weniger Verkehrsunfälle, mehr Grünanlagen,  
27 sicherere Schulwege; das alles sind Faktoren die für eine höhere Lebensqualität und  
28 damit eine höhere Attraktivität der Stadt sprechen. Und weniger Autos auf den Straßen  
29 können Platz für mehr Radverkehrswege schaffen.

30 **Ökonomische Vorteile**

31 Ein aufgewerteter ÖPNV bietet natürlich eine Vielzahl von neuen Arbeitsplätzen. Aber  
32 auch Unternehmen profitieren von der guten Anbindung ans Schienennetz.  
33 Kommunale Kassen werden entlastet, da die externen Kosten für den Verkehr sinken  
34 und weniger Infrastruktur (Parkhäuser, Stellflächen, usw.) gestellt werden muss.  
35 Letztendlich profitieren wir alle, da ein Bürgerticket weniger kostet als jedes  
36 Monatsticket in Hessen und erst recht viel weniger als ein eigenes Auto.

37 Das Bürgerticket ist ein Baustein, um den ÖPNV Hessen ins 21. Jahrhundert zu heben.  
38 Lasst uns die Zukunft aktiv gestalten.

39  
40 **Begründung:**

41 Erfolgt mündlich

42  
43 **Empfehlung der Redaktionskonferenz:**

44 **Überweisung an die im Aufbau befindliche Kommission zur Verkehrspolitik beim**  
45 **SPD Landesverband Hessen.**

46  
47 Annahme:

erledigt durch:

48 Annahme in geänderter Fassung:

Ablehnung:

49 Überweisung an:

Nichtbefassung:

50  
51  
52



# Antragsübersicht

	<b>Antragsgruppe A Organisation – Parteien - Verbände</b>	
A 1	Mehr Gerechtigkeit wagen	Bezirksvorstand
A 2	Wir wollen Freiheit, Gleichheit, Solidarität: Geschlechtergerechtigkeit jetzt!	Jusos
A 3	SPD Programm = Soziale Gerechtigkeit	UB Odenwaldkreis
A 4	Antrag zur Urwahl des Parteivorsitzenden	UB Odenwaldkreis
A 5	Antrag zur Urwahl des Parteivorsitzenden	Jusos
A 6	Abwahantrag zur Abwahl des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel	UB Odenwaldkreis
A 7	Erstellung einer mitgliederoffenen Datenbank zur Verwaltung von Anträgen und jährlicher Bericht über den Status der Anträge an die jeweiligen Gliederungen	AsF
A 8	Behindertengerechter Fahrstuhl im SPD Haus in Frankfurt	Selbst Aktiv / Menschen mit Behinderung in der SPD
A 9	Behindertengerechter Eingang zum SPD- Haus	Selbst Aktiv / Menschen mit Behinderung in der SPD
	<b>Antragsgruppe B Wirtschaft - Finanzen</b>	
B 1	Steuern und Gerechtigkeit	Jusos
B 2	Übermittlung einer gemeinsamen Einkommenssteuererklärung über ELSTER	AsF
B 3	Bundesweite Finanzierung von Frauenhäusern gesetzlich verankern	AsF

B 4	Deckelung der Zinsen für Dispositions- und Überziehungskredite	UB Hochtaunus
B 5	Familiengerechteres Besteuerungssystem	UB Main-Taunus
	<b>Antragsgruppe C</b> <b>Sozialpolitik</b>	
C 1	Gute und zukunftsfeste Rente solidarisch sichern!	Bezirksvorstand
C 2	Rente und Gerechtigkeit – Altersarmut geht uns alle an	UB Hochtaunus
C 3	Sicherung der Altersversorgung	60plus
C 4	Rentenpolitik	OV DA-Mitte / OV DA-Eberstadt
C 5	Erziehungsrente	AsF
C 6	Für eine bessere soziale Absicherung von (Solo-)Selbständigen	AGS
C 7	Doppelbelastung durch geringfügige Beschäftigung in der Elternzeit gerecht entlohnen	AsF
C 8	Alleinerziehenden kein Geld bei „Vater-Tagen“ abziehen	AsF
C 9	Schnelle und verstärkte Einstellung ausländischer Jugendlicher	AGS
C 10	Ausbildung von jungen Flüchtlingen organisieren	UB Odenwaldkreis
C 11	Geschlechterspezifische Forderungen für Flüchtlinge	AsF
C 12	Vollständige paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherungsbeiträge	60plus Hochtaunus
C 13	Paritätische Finanzierung der Krankenversicherung	UB Hochtaunus UB Main-Taunus
C 14	Leiharbeit und Werkverträge – Missbrauch stoppen! Gute Arbeit durchsetzen! Mitbestimmung stärken!	AfA
C 15	Keine Ausnahmen vom Mindestlohn	UB Odenwaldkreis

C 16	Lohngerechtigkeit in Ost und West	AsF
C 17	Meister-BAföG soll erhöht werden	AGS
C 18	Gesetzlicher Anspruch auf Umgangsmehrbedarf	AsF
C 19	Stoppt das Aussterben des Hebammen-Berufs!	AsF
C 20	Fortschritt und Gerechtigkeit	Jusos
C 21	Freizügigkeit ist kein Reichenrecht – Zur Verteidigung der europäischen Wertegemeinschaft	UB Offenbach-Stadt
	<b>Antragsgruppe D Bildungspolitik</b>	
D 1	Beschulung von Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien (SeiteneinsteigerInnen)	AfB
	<b>Antragsgruppe E Innenpolitik, Rechtspolitik - Kommunalpolitik</b>	
E 1	Daseinsvorsorge muss öffentliche Aufgabe bleiben	AfA
E 2	Kommunale Daseinsvorsorge	AGS
E 3	Du hast Polizei – ich hab Menschenrechte!	Jusos
E 4	Haltung Genoss*Innen	Jusos
	<b>Antragsgruppe F Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik</b>	
F 1	Flüchtlingspolitik neu gestalten – Flüchtlinge schützen – Fluchtursachen bekämpfen	Bezirksvorstand
F 2	Flüchtlingspolitik neu gestalten – Flüchtlinge schützen – Fluchtursachen bekämpfen	UB Offenbach-Kreis
F 3	Bekämpfung von Fluchtursachen	UB Odenwaldkreis
F 4	Sozialdemokratischer Deutschlandplan, Europaplan, Weltplan	UB Odenwaldkreis

F 5	Stoppt den Waffenhandel	UB Odenwaldkreis
F 6	Nao ao Golpe! Gegen den Staatstreich in Brasilien!	Jusos
F 7	Öffnung der europäischen Grenzen	UB Offenbach-Stadt
	<b>Antragsgruppe G</b> <b>Europa</b>	
G 1	Europa neu ausrichten	Bezirksvorstand
	<b>Antragsgruppe H</b> <b>Verkehr – Energie – Umwelt -</b> <b>Landwirtschaft</b>	
H 1	Überprüfung des Fluglärmschutzgesetzes	UB Offenbach-Stadt
H 2	Kleine Anfrage zur „Allianz für Lärmschutz 2012“	UB Offenbach-Stadt
H 3	Das Bürgerticket	Jusos